Freitag, den 1. Januar 1943

bis

Freitag, den 15.Januar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 16.Januar 1943

7^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbereichsleiter Schalk, zur Zeit Unteroffizier im Heer, in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

13^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß demnächst in Saarbrücken eine Kunstausstellung stattfinden solle. Für diese Ausstellung seien auch sieben deutsche Künstler des Generalgouvernements mit ihren Werken in Aussicht genommen. Die Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements habe bereits die Vorbereitungen für die Beteiligung dieser Künstler an der Ausstellung getroffen, müsse nun aber zu ihrem Befremden feststellen, daß sich in die über diese Frage gepflogenen Verhandlungen die hiesige Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums eingeschaltet habe. In dieser Haltung der

16.1.1943

Dienststelle sei nicht nur ein Eingreifen in die Hoheitsrechte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, sondern auch in diejenigen der Regierung des Generalgouvernements zu erblicken.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, ein Schreiben an den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums zu richten. Er ersucht weiter Präsident Ohlenbusch, dem Reichsminister Dr. Goebbels den Sachverhalt darzulegen und diesem Schreiben Durchschläge des an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens und des bezüglichen Erlasses der Hauptabteilung Propaganda beizufügen.

Präsident Ohlenbusch legt dann dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die zum 29. und 30. Januar aus Anlaß des Tages der Machtübernahme in Aussicht genommenen Veranstaltungen vor.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonntag, den 17.Januar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 18.Januar 1943

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{35} E i n f ü h r u n g des bisherigen Amtschefs des Distrikts Galizien in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung im Königssaal der Burg.

An dem feierlichen Akt nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple und die Hauptabteilungspräsidenten teil.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich habe Sie zusammengebeten, damit Sie der Einführung des bisherigen Chefs des Amtes des Distrikts Galizien Losacker in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung beiwohnen. Herr Präsident Losacker, im Namen des Führers und des Reiches berufe ich Sie zu Ihrem neuen Amt. Meine Tendenz geht, wie Sie wissen, dahin, daß ich die maßgeblichen Stellen der Regierung des Generalgouvernements mit Männern besetzen möchte, die ihren Aufstieg im Generalgouvernement selbst gefunden haben. Im Rahmen der sehr schwierigen Verwaltungsarbeit, die Sie bisher geleistet haben, sind Sie zweifellos einer derjenigen gewesen, der durch seine Gewissenhaftigkeit und sein fachliches Vermögen uns die besten Dienste geleistet hat.

In der Geschichte des Generalgouvernements ist eines der wesentlichen Momente immer die Durchsetzung eines einfachen kriegsmäßigen Prinzips gewesen, des Prinzips nämlich, hier irgendwie einen staatsraummäßigen Mechanismus aufzubauen, der so funktioniert, daß im Interesse des Reiches ein möglichst großer Nutzen erzielt werden kann. Die Durchsetzung dieses Gedankens hat wohl bisweilen zu dem großen Irrtum geführt,

18.1.1943

als ob das Generalgouvernement eine Stellung hätte, die der der Reichsverwaltung entgegengesetzt wäre. Es bedarf immer einer gewissen Zeit, bis sich die Verwaltung eines altgewohnten Bereiches in neue Gesichtspunkte hineinfindet. ⌜Auch wenn immer wieder von den Zentralen der Reichsverwaltung aus in unsere Verwaltung hineinregiert wird, so kann doch in Wirklichkeit dieser Mechanismus, diese merkwürdige, eigenartige Verwaltungsgliederung des Generalgouvernements überhaupt nur bestehen, wenn sie trotz der Angriffe aus dem Reich immer wieder ihre Selbständigkeit behauptet. Sonst wäre es besser, wennman aus dem Generalgouvernement einen Reichsgau machte. Die Eigenverantwortung, die wir zu tragen haben, zeigt sich nicht in der Form, daß wir uns an die Brust schlagen und sagen können: was haben wir doch alles geleistet im Interesse des Generalgouvernements!⌟ - sondern in dieser gewissen Autarkie des Generalgouvernements muß immer der Gedanke an die ungeheure ununterbrochene suksessive Leistung im Dienste des Reiches, der Wehrmacht, der Front, des Volkes, der Ernährung, der Befriedung dieses Gebietes, kurz an alles das, was das Generalgouvernement geleistet hat, leistet und noch leisten wird, verankert bleiben.

Ich bin mehr denn je absolut entschlossen, den Gesichtspunkt der absoluten und totalen einheitlichen Führung dieses Gebietes auf allen Sektoren unter Einsatz meiner ganzen Person durchzuhalten. Die Zeiten werden nicht leichter. Wir kommen jetzt in die schwerste Zone des Krieges. Es brandet überall in ungeheuren Wogen mit einer Stärke, die unausgesetzt die ungeheuerlichsten Anforderungen an uns und an die Soldaten stellt, damit wir den Ansturm der Machtgruppen der Feinde auf unsere Bastionen bannen können.

18.1.1943

Wir sind mitten in den Osten hineingestellt, und zwar als letztes einigermaßen noch durchorganisiertes staatliches Gebilde im Gesamtraum. Die Probleme der Reichskommissariate im Osten sind noch längst nicht gelöst. Eine irgendwie geartete Verwaltungsdurchorganisation, wie wir sie immerhin noch besitzen und auch in Galizien noch haben, gibt es im Osten nicht mehr. Sie werden gestern die Meldung gehört haben, daß wir Veliji Lucki aufgegeben haben, nachdem sich die Zitadellenbesatzung durchgeschlagen hat. Es genügt ein Blick auf die Karte, um zu erkennen, daß mit der Wegnahme dieses Ortes durch die Russen diese nur noch 18o km von der lettischen und nur noch 2oo bis 3oo km von der Ostgrenze entfernt sind. Das müssen Sie sich allen Ernstes vor Augen halten, um zu verstehen, daß für uns nun Probleme aufsteigen können, die außergewöhnliche Geschlossenheit, Entschlossenheit, Härte und kriegsmäßige Ruhe erheischen. Sie wissen es selber aus Ihrer Tätigkeit in den einzelnen Ressorts, wie schwer es ist, eine geschickte Linie zwischen Reich und Generalgouvernement aufrecht zu erhalten, Sie wissen, wie schwer es ist, das Reich für ein Verständnis dafür zu gewinnen, daß wir ein liebes Kind und kein böses Kind sind.

Ich möchte den Anlaß des Jahreswechsels dazu benutzen, um Ihnen, meine Herren, für alles das, was Sie ununterbrochen ~~alles~~ leisten, zu danken.

Was wir bis jetzt hinter uns haben, ist nichts gegenüber dem, was uns noch bevorsteht. Als Vertreter des Führers in diesem Raum rechne ich damit, daß ich mich auf jeden Einzelnen von Ihnen unbedingt verlassen kann. Ich werde vor nichts zurückschrecken, um die Stellung, die wir uns hier aufgebaut haben, im Dienste des Reiches und des Führers zu halten. Sie alle, meine Herren, haben jetzt nur noch eine Kriegsaufgabe.

18.1.1943

In diesem Augenblick wollen wir Sie, Herr Doktor Losacker, alle miteinander in unserem Kreise herzlich begrüßen. Im Rahmen der Gesamtlage des Generalgouvernements steht naturgemäß das Problem der Aufrechterhaltung der absoluten Verwaltungsbeharrlichkeit für dieses Gebiet im Mittelpunkt. Der Krieg hat uns die wertvollsten Kräfte, die jungen arbeitsamen Menschen, immer wieder weggeholt. Alle Verwaltungsleiter stöhnen darunter, daß ihnen die wirklich fähigen und elastischen jungen Kräfte, die sie an besonderen Stellen eingesetzt hatten, fehlen.

In allen den Fragen, hinsichtlich deren wir mit irgendwelchen Zentralen des Reiches noch nicht ins klare gekommen sind, verlange ich von Ihnen, daß Sie leidenschaftlicher Repräsentant der Einheit der Verwaltung sind, daß Sie, gestützt auf die Verordnung des Führers, nicht nur bei der Regierung des Generalgouvernements die absolute Einheitsbehörde sind, nein, es muß auch dafür gesorgt werden, daß auch Gouverneur und Kreishauptmann Einheitsbehörden sind. Nur so werden wir mit den Dingen fertig werden. Darüber hinaus erwarte ich von Ihnen, daß Sie dem großen Problem der Schulung eines Verwaltungsnachwuchses Ihr ernstes Augenmerk schenken. Es muß möglich sein, daß uns die Wehrmacht aus der großen Zahl der Versehrten und Verwundeten Leute gibt, die wir in den Dienst stellen können. Da, wo wir sie am dringendsten brauchen, müssen wir sie im Interesse des Reiches haben. Uns trifft ja diese Entwicklung im Osten genau so, wie sie etwa in zunehmendem Maße auch die Ukraine trifft.

Herr Dr. Losacker, Sie übernehmen Ihr Amt von einem sehr tüchtigen und fähigen Vorgänger, dessen wir alle in diesem Augenblick gedenken wollen, von dem Parteigenossen Dr. Siebert, in einer schweren Stunde.

18.1.1943

Sie können überzeugt sein, Herr Dr. Losacker, daß wir alle in kameradschaftlicher und loyaler Aufgeschlossenheit zur Verfügung stehen.

Das wesentliche uns alle beherrschende Problem ist ja die Frage, ob es möglich ist, eine Staatsverwaltung fachlich aufzubauen und sie von dem Dilettantismus zu befreien, der da und dort immer wieder einzudringen gedroht hat. Es muß möglich sein, den Grundsatz wieder aufzurichten, daß man auch die Verwaltung lernen muß, daß es ein Geschwätz ist, wenn etwa jemand sagt: ich brauche nur ein guter Redner oder etwas Derartiges zu sein, um sofort verwalten zu können. Die Verwaltung des Staates ist das schwerst zu erlernende Gewerbe, das es gibt. Es bedarf einer unendlichen Schulung, um mit den Dingen fertig zu werden, die man im Interesse der Allgemeinheit individuell und konkret zu bearbeiten hat. Diese fortdauernden Angriffe auf den Fachmann der Verwaltung schlagen wir hier zurück; denn hier haben in Wahrheit die Fachleute gearbeitet.

Daher, Herr Dr. Losacker, müssen Sie die Schulung der Beamten auch im Rahmen der Verwaltungsakademie, die stete Heranführung der Beamten und Angestellten an das große Gefüge des Raumes, die Aufrichtung der geistigen Haltung und des Mutes des Einzelnen gegenüber jedem Widerstand, woher er auch kommen möge, als Ihre besondere Aufgabe ansehen. So möchte ich von Ihnen die kriegsmäßige Verwaltung hier aufgezogeh wissen, und man soll sagen: wer hier in der Verwaltung des Generalgouvernements tätig ist, muß ein Kerl, ein Bursche sein, er muß in jeder Beziehung hieb- und stichfest sein.

Herr Dr. Losacker, ich freue mich, daß Sie dem Unfall, der Sie getroffen hat, noch so glücklich entgangen sind. In unser aller Namen wünsche ich Ihnen das Beste.

18.1.1943

Sie werden Gelegenheit haben, mit den einzelnen Präsidenten der Hauptabteilungen noch Fühlung zu nehmen und mit ihnen über Entscheidungen zu sprechen, die wir zu treffen haben. Uns bewegt z.B. die Frage der persönlichen Stellung der Beamten, Sie kennen ja den Kampf um die Ostzulage. In zunehmendem Maße werden wir uns auch der Beamtenfürsorge annehmen müssen. Entscheidend bei allen diesen Fragen ist immer, daß Sie den engsten Kontakt mit den anderen Dienststellen aufrecht erhalten.

Als ich vor einigen Tagen im Reich war, habe ich da und dort eine etwas traurige Stimmung feststellen können. Demgegenüber kann ich nur sagen: kein Krieg in der ganzen Welt war je so notwendig wie der Krieg, den Adolf Hitler gegen Rußland begonnen hat. Und diesen Krieg haben wir gewonnen, wenn wir den Raum im Osten behalten. Und wir werden ihn behalten, mögen sie noch so anrennen; es wird ihnen nicht gelingen, diesen Wall im Osten zu brechen. Wenn wir den Raum dort drüben behalten, dann leuchtet auch die Zukunft unseres Volkes wieder auf. Es mag noch einige Zeit, auch noch einige Jahre dauern, das spielt keine Rolle. Ich wünsche, daß wir hier absolut klar und optimistisch sind. Diesen Geist müssen Sie, Herr Dr. Losacker, auch in Ihre Verwaltung bringen; Sie müssen die Menschen aufrichten, Sie müssen immer wieder die Kreishauptleute herbeiholen, und im übrigen kennen Sie ja unsere Einstellung zur Notwendigkeit der Einheit der Verwaltung, der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten in einer Hand. Von diesem Grundsatz gehen wir nicht ab. Im übrigen wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie recht viel Freude in Ihrem Amt haben mögen.

18.1.1943

Präsident Dr. Losacker dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihn ehrenden Worte der Anerkennung für seine bisher geleistete Arbeit, vor allem für das Vertrauen, das ihm durch die Berufung in sein neues Amt entgegengebracht worden sei. Er werde alles daran setzen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und sich zu erhalten. Aus seiner Tätigkeit als Kreishauptmann und Amtschef bringe er einige Erfahrung in sein neues Amt mit. Die Dinge der Verwaltung würden in den kommenden Monaten immer schwieriger werden. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung sei ja recht eigentlich der große Punkt, in welchem die Erfahrungen der Kreishauptmänner und Gouverneure zusammenliefen. Daraus ergebe sich der politische Gehalt dieser Hauptabteilung Auch er halte es für unbedingt notwendig, mit allen verantwortlichen Männern und Ressorts, mit der Partei, der SS, der Polizei, der Wehrmacht usw. kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Er könne nur wünschen, daß sein Bestreben, mit allen diesen Stellen gedeihlich zusammenzuarbeiten, ein gleiches Echo finden möge.

12^{05} Besprechung mit Oberst Fischer.

18.1.1943

12[30] Im Königssaal der Burg empfängt der Herr Generalgouverneur eine unter Führung des Professor Kubijowytsch stehende Delegation des Ukrainischen Hilfskomitees.

Nach einer Ansprache des Prof. Kubijowytsch (siehe Anlage) richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an die Delegation:

Meine Herren! Ich habe Sie in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements und der maßgeblichen Repräsentanten des zuständigen Verwaltungsbereiches unseres Landes empfangen, um Ihre Wünsche entgegenzunehmen. Sie wissen, wie sehr ich mich Ihnen, Herr Professor, und allen Ihren Mitarbeitern auf das freundlichste verbunden weiß angesichts Ihrer hervorragenden Zusammenarbeit mit den Behörden des Generalgouvernements und Ihrer loyalen Haltung, die Sie dem Deutschen Reich, seinem Führer und seinem Volk wie der deutschen Wehrmacht gegenüber immer an den Tag gelegt haben. Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre Wünsche und erwidere sie auf das allerherzlichste für Sie persönlich, für die Mitglieder Ihres Komitees und für das ukrainische Volkstum im Generalgouvernement.

Wie Sie wissen, bin ich an dem Schicksal des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement sehr interessiert. Ich freue mich sehr, von Ihnen zu hören, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen, die ich habe treffen lassen, in dem ukrainischen Volkstum des Generalgouvernements Widerhall gefunden haben. Ich möchte nun aber auch Ihnen und über Sie hinweg den Ukrainern des Generalgouvernements meinen Dank und meine ganz besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die das Ukrainertum in unserem Bereich geleistet hat. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen - und ich stelle das

erneut dankbar fest - , daß die Teilnahme der Ukrainer an der Woll- und Pelzsammlung für die Deutsche Wehrmacht vorbildlich war. Weiter möchte ich nicht verfehlen, Ihnen, meine Herren, und den Ukrainern für die Steigerung der Zurverfügungstellung von Arbeitskräften zu danken. Sie haben mit über 4oo ooo Arbeitern aus dem Generalgouvernement einen so hohen Prozentsatz geleistet, daß er weit über dem Durchschnitt steht dessen, was wir sonst gewohnt sind. Das verdanke ich nächst der guten, aufgeschlossenen, loyalen Gesinnung der ukrainischen Bevölkerung dieses Machtbereiches, insbesondere auch Ihnen, meine Herren, und Ihrer unermüdlichen Arbeit, - Ihnen und Ihren Vertrauensmännern im Lande, die sich vor allem auch ausserordentlich bewährt haben. Damit komme ich auf das weitere Verdienst der Ukrainer bei der Ernteerfassung 1942. Sie haben damit die Maßnahmen der deutschen Behörden in diesem Raum in weitem Umfange erleichtert und zu einem segensreichen Teil mit zu dem sensationellen Erfolg beigetragen, den die Ernteerfassung im Generalgouvernement im letzten Jahre hatte. Seien Sie dafür auch ganz besonders bedankt.

Ich möchte Ihre Wünsche aus Anlaß des Jahreswechsels in dem Gefühl entgegennehmen, daß es trotz der Schwere der Zeit und trotz des furchtbar ernsten Ringens, das Adolf Hitler, seine Wehrmacht, sein Volk und Reich unter Einsatz der letzten Kraft gegen den Bolschewismus zum siegreichen Ende zu führen gedenkt, möglich sein wird, in dem Bereiche der Lebensnotwendigkeiten die Lebenssituation des Volkes der Ukrainer stabil zu halten. Sie haben in sehr anerkennenswerter Weise die Schwierigkeiten, die allen unseren Plänen auf diesem Gebiete entgegenstehen, schon hervorgehoben. Aber gerade angesichts dieser Schwierigkeiten darf ich

18.1.1943

Ihnen die Erklärung abgeben, daß ich nach wie vor fest entschlossen bin, die Loyalität der ukrainischen Bevölkerung mit einer absolut loyalen, aufgeschlossenen, fürsorglichen und wohlwollenden Haltung der Regierungsinstanzen den Ukrainern des Generalgouvernements gegenüber zu beantworten.

Ich weiß, daß ich die Erklärung, die Sie mir abgegeben haben, nach welcher Sie, Ihre Komiteemitglieder und Vertrauensmänner im Lande unermüdlich weiterschaffen wollen, sehr ernst zu nehmen habe. Ich habe volles Vertrauen zu Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Wenn irgendwie ein Problem aufsteigt, so haben wir in dem neuen Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements, in dem bisherigen Amtschef des Distrikts Galizien Dr. Losacker einen besonders prominenten Kenner der ukrainischen Situation an die oberste Spitze der Verwaltung im Rahmen der Regierung gestellt. Mögen Sie das als Zeichen dafür nehmen, wie ernst ich gerade die Behandlung der Ukrainerfrage zu nehmen undzu halten gedenke.

Ich freue mich, Sie wieder einmal bei mir gesehen zu haben. Die Zeiten sind so schwer, man hat soviel zu tun, man kommt soviel herum, daß man sich wenig sieht.

Das von Ihnen mir gewidmete Geschenk werde ich für die Regierung des Generalgouvernements annehmen und als Dokument für die Leistung des ukrainischen Volkstums in unsere Staatsbibliothek bringen lassen.

Alles Gute für Sie und Ihre Ukrainer - das ist mein herzlicher Wunsch.

A n l a g e

18.1.1943

Ansprache des Professors K u b i j o w y t s c h :

Exzellenz! Es ist eine allgemeine Sitte unter den Völkern, dem Jahreswechsel auf die eine oder andere Weise zu begegnen. In diesem Brauch spiegelt sich eine dem Menschen innewohnende Neigung wider, einen kurzen Blick auf die vergangene Zeit zu werfen und mit neuen besten Hoffnungen den neuen Wegabschnitt anzutreten. Die Tendenz, eine immer wieder schönere und bessere Zukunft sich zu erkämpfen bzw. seinen Nachkommen zu sichern, drängt den Menschen in diesem Moment, seine besten Wünsche nicht nur den Nächsten, sondern auch - ich möchte sagen - der ganzen Welt gegenüber auszudrücken.

Diese schöne Sitte nehme ich wahr, um Ihnen, Exzellenz, an der Schwelle des neuen Jahres alles Gute für Ihr persönliches Wohlergehen zu wünschen. Ich möchte aber in diesem Augenblick auch dem innigsten Wunsche des ganzen ukrainischen Volkes Ausdruck verleihen und ihn Ihnen, dem Repräsentanten des deutschen Volkes und seines großen Führers, übermitteln: möge das begonnene Jahr die heldenhafte deutsche Armee in diesem gewaltigen, geschichtlich einmaligen Ringen mit den Lorbeern des endgültigen Sieges krönen.

Ich finde es überflüssig, noch irgendwie ausführlicher zu begründen, woraus diese Einstellung des ukrainischen Volkes zu den jetzigen Geschehnissen entspringt. Wir sind bereit, in jeder denkbaren Form den deutschen Kampf zu unterstützen; unsere Bereitschaft haben wir auch durch die Taten bewiesen. Aus dem Gefühl der größten Opferbereitschaft - denn die Gesetze des Krieges haben auch unser Volk hart getroffen - ist die freiwillige Pelz- und Wollsammlung unter Ukrainern zu gunsten der Ostfront zu erklären. Eine Arbeiterarmee - über 4oo ooo arbeitsfähiger Ukrainer aus dem Generalgouvernement - hat sich freiwillig

zum Einsatz gemeldet, um den deutschen Soldaten an seiner bisherigen Arbeitsstätte im Reich zu vertreten. Die freiwillige Abgabe der Kontingente, zu deren reibungslosen Durchführung eine Aufklärungsaktion des Ukrainischen Hauptausschusses im wesentlichen beigetragen hat, ist gleichzeitig ein Beweis für das Verständnis der breitesten ukrainischen Massen die kämpfende Front und die schaffende Heimat unbedingt unterstützen zu müssen.

Und diese Tatsachen möchte ich nicht zum Zwecke einer besonderen Anerkennung aufgezählt haben. Es ist nur ein Beweis der Pflichterfüllung im Kampf gegen unsere ewigen Feinde. Dem deutschen Schwert verdanken wir ihr Vertreiben aus unserer Heimat und Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines neuen Aufbaues unseres Lebens im Rahmen Ihres Machtbereiches. Wenn es auch nicht möglich war, alles in der Form zu realisieren, wie wir es uns wünschen und wie Sie, Herr Generalgouverneur, in Ihrem Entgegenkommen uns gegenüber als Wirklichkeit sehen möchten, dann deuten wir dies durch die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Zeit.

Für die Teilnahme der Ukrainer an den niederen Stufen der Verwaltung, für die Förderung des ukrainischen Schulwesens und insbesondere für die Möglichkeit der Entfaltung des kulturellen Lebens, - die ihren Niederschlag in der von Ihnen erlassenen Verordnung über die Gründung des Schewtschenko-Instituts gefunden hat, - fühle ich mich Ihnen, Exzellenz, zu einem besonderen Dank verpflichtet.

Nicht zuletzt möchte ich aber noch die Lebensmittelunterstützung an die notleidende ukrainische Bevölkerung und eine grundsätzliche Besserung der Lage des ukrainischen Arbeiters im Reiche dank der Einstellung der Regierung des Generalgouvernements betonen. Der ukrainische Arbeiter im Reiche ist seit Jahreswende dem ausländischen bzw. dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. Dadurch ist ein Beitrag zur Befriedigung der Völker im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas geleistet worden. Wir hoffen, daß diese

18.1.1943

Entwicklung fortgesetzt wird.

In diesem neuen Jahr wollen wir weiterhin an die Erfüllung unserer Pflicht unermüdlich herangehen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, den ukrainischen Menschen im Generalgouvernement nach der endgültigen Beseitigung der bolschewistischen Folgen durch die angekündigte Reprivatisierung und durch Sicherung seiner inneren Ruhe in die Lage zu versetzen, daß er im Stande wäre, die schwersten Lasten der Zeit zu ertragen und die größten Leistungen zum Wohle der beiden Völker zu vollbringen.

Die ukrainische Sitte verlangt, bei den Neujahrsglückwünschen auch ein kleines Geschenk zu übermitteln: Es ist ein Teil unserer größten Heiligkeit und unseres einzigen Reichtums, die uns niemand bestreiten kann und die uns weder die asiatischen Horden der Vergangenheit noch die Bolschwisten vernichten konnten, - ein Teil unserer Volkskultur: die ukrainische Volkskunst in einigen Abbildungen.

Wir hoffen, Herr Generalgouverneur, Ihnen, der so viel Verständnis und so viel Entgegenkommen für das Gedeihen der ukrainischen Kultur im Generalgouvernement bewiesen hat, mit unserem bescheidenen Geschenk eine kleine Freude bereitet zu haben.

--

18.1.1943

13[30] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Parteiangelegenheiten, so u.a. über die zur Feier des 3o. Januar 1943 in Berlin geplanten Veranstaltungen. Der Herr Generalgouverneur gibt Hauptabschnittsleiter Stahl auf, festzustellen, ob es angesichts seiner verschiedenen persönlichen Kämpfe für erwünscht gehalten werden kann, daß er am 3o. Januar persönlich in Berlin erscheint. Er, der Generalgouverneur, würde erst dann nach Berlin kommen, wenn Reichsleiter Bormann persönlich mitteilt, daß der Führer die Anwesenheit des Generalgouverneurs wünsche. Sonst müßte Pg. Stahl mit drei bewährten Parteigenossen an dieser Feier teilnehmen. Parteigenossen, die Hauptabschnittsleiter Stahl begleiten, sollen sein: 1. SA-Gruppenführer Dr. Fischer, 2. Gouverneur Dr. Wächter, 3. Oberbereichsleiter Kobusch.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß für die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Partei vorgeschlagen werden sollen:

1. Staatssekretär Dr. Bühler
2. Oberbereichsleiter Schalk
3. Oberbereichsleiter Kobusch.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann Hauptabschnittsleiter Stahl von seiner Absicht Kenntnis, am 29. Januar in Warschau in einer Großkundgebung zu sprechen.

Hauptabschnittsleiter Stahl trägt einige Parteiangelegenheiten vor. Im Zusammenhang damit betont der Herr Generalgouverneur nachdrücklich, daß die Parteiarbeit in vollen Umfange weiter gefördert werden müsse und er persönlich als Leiter des Arbeitsbereiches regsten Anteil an den Parteivorgängen nehme.

18.1.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet, daß Pg. Friedrichs von der Parteikanzlei ihm auch mitgeteilt habe, daß das Ansehen der Parteiarbeit des Generalgouvernements sich auf die Dauer nicht verdunklen lasse.

Der Herr Generalgouverneur teilt Hauptabschnittsleiter Stahl noch mit, daß er einen Arbeitsurlaub für den Parteigenossen Schalk bei dessen zuständiger Militärbehörde beantragt habe.

16^{00} Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis gibt dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Schilderung der zurZeit im Bereich der Ostbahn herrschenden Transport- und Verkehrslage. Er geht dabei insbesondere auf die Situation im Osten ein. Für die Ostbahn ergäben sich besondere Schwierigkeiten aus dem Mangel an Lokomotiven. Weiter teilt Präsident Gerteis dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 1. Januar 1943 eine Oberste Bauleitung geschaffen worden sei, die verwaltungsmäßig der Ostbahn angegliedert worden sei, betriebsmäßig aber eine selbständige Stellung habe. Am 1. Februar 1943 würden Betriebsämter, Maschinenämter und Verkehrsämter eingerichtet werden, die für die Regelung des unteren Dienstes eine maßgebende Rolle spielen würden. Diese Ämter seien seinerzeit im Bereiche der Ostbahn aufgelöst worden, mittlerweile habe man aber die Notwendigkeit ihrer Wiedererrichtung erkannt.

16^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die gegenwärtige Lage des Sparkassenwesens im Bereiche des Generalgouvernements. Es beständen zur Zeit noch 61 Kreissparkassen, daneben einige Stadtsparkassen. Offenbar zeigten die Stadthauptmänner kein großes Interesse an dem Bestehen von Sparkassen, da sie, wie sie meinten, für die

18.1.1943

Gelder keine Anlagemöglichkeiten fänden.

Weiter erstattet Präsident Dr. Paersch dem Herrn Generalgouverneur anhand von Tabellen Bericht über die gegenwärtige Lage der Preisentwicklung.

17[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über einige dringende Angelegenheiten.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler unterzeichnet der Herr Generalgouverneur die Bestallungsurkunde für den Landesarbeitsamtspräsidenten Dr. Struve als stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements. Die Urkunde soll in festlichem Rahmen übergeben werden.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler genehmigt der Herr Generalgouverneur die Errichtung einer eigenen Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements und beruft zu ihrem Leiter auf Vorschlag des Reichsgesundheitsführers Conti den Professor Dr. Teitge-Berlin. Staatssekretär Dr. Bühler erhält vom Herrn Generalgouverneur Weisung, die rechtlichen Grundlagen dieser neuen Hauptabteilung ebenso wie die Einsetzung des zu ernennenden Hauptabteilungsleiters vorzubereiten.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den Wortlaut eines Fernschreibens an Reichsminister Speer, das die Regelung der Bau- und Straßenverwaltung im Generalgouvernement zum Gegenstande hat. Danach wird in der Regierung des Generalgouvernements eine technische Zentralstelle errichtet, die unmittelbar mit Reichsminister Sperr und seiner Zentrale zusammenarbeitet.

18.1.1943

17[55] Besprechung mit Oberbereichsleiter Schalk in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

19[20] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

20[00] Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Dirigenten des Städtischen Orchesters der Stadt München Mennerich.
Zur Aufführung gelangen:

1. "Don Juan", Sinfonische Dichtung von Richard Strauß
2. Klavier-Konzert Cis-moll von W.A. Mozart
   Solist: Hansen
3. Erste Sinfonie von Brahms.

22[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Dienstag, den 19.Januar 1943

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur weist zunächst Präsident Dr. Senkowsky an, für eine anderweitige Verwendung des Ministerialrats von Streit Sorge zu tragen. Angesichts der bekannten Vorkommnisse und der ganzen Haltung des Ministerialrats von Streit halte er es für untragbar, ihm das Haushaltsreferat in der Hauptabteilung Finanzen weiter zu belassen.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums ein, in welchem wieder erneute Forderungen an das Generalgouvernement gestellt würden, so u.a. die Forderung, daß zwei Drittel des Haushalts des Generalgouvernements an das Reich abgeliefert werden sollten. Die Erfüllung einer solchen Forderung würde jede weitere Entwicklung selbst in geordneten Zeiten unmöglich machen. In diesem Schreiben sei auch auf den Stellenplan und die Dienstaufwandentschädigung für Beamte des Generalgouvernements in fast gehässiger Weise Bezug genommen.

Wenn sich auch der Herr Generalgouverneur gegen solche überspannten Forderungen mit Nachdruck wendet, so dürfe doch, wie er meint, nicht der Eindruck entstehen, als ob man sich von seiten des Generalgouvernements irgendwie gegen notwendige Maßnahmen des Reiches sperren wolle.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der allgemeinen finanzpolitischen Lage des Reiches wie des Generalgouvernements Stellung genommen. In diesem Zusammenhang gibt Präsident Dr. Senkowsky seiner Überzeugung Ausdruck, daß mit den bisherigen

19.1.1943

Methoden der Kriegsfinanzierung nicht mehr weiter werde gearbeitet werden können. Gewisse Erscheinungen erforderten es zwingend, daß andere Methoden eingeschlagen würden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Staatssekretär Dr. Bühler zusammen mit Präsident Dr. Senkowsky ein Antwortschreiben auf den Brief des Reichsfinanzministers ihm vorlagen solle, in welchem die Stellungnahme der Hauptabteilung Finanzen dargelegt wird. Sollte sich der Reichsfinanzminister weigern, seine Zustimmung dem Haushalt des Generalgouvernements zu erteilen, so werde er, der Generalgouverneur, kraft Notrechtes automatisch den Haushalt in Kraft setzen.

Im Laufe der Besprechung werden dann die Probleme der finanziellen Aufwendungen für die Wehrmacht (Wehrbeitrag) und der Währung behandelt. Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß nunmehr das Reich infolge der Leistungen des Generalgouvernements diesem gegenüber mit über 3 Milliarden Zloty verschuldet sei.

Präsident Dr. Senkowsky wirft die Frage auf, ob es wohl im Wege einer großzügigen Geste möglich sei, diese Schuld auf das Generalgouvernement zu übernehmen. Demgegenüber gibt der Herr Generalgouverneur der Befürchtung Ausdruck, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach dieses Entgegenkommen des Generalgouvernements gleichwohl nicht anerkennen, sondern nach wie vor in jedem Jahr eine Summe von 500 Millionen Zloty fordern würde. Er würde sich zu einem Entgegenkommen und zu Verhandlungen auf dieser Grundlage nur bereit erklären, wenn das Reich gewillt wäre, das Generalgouvernement zu entlasten, etwa in der Form, daß jedes Jahr eine bestimmte Summe in den Haushalt eingesetzt würde. Im übrigen müsse er die Übernahme der Schuld des Reiches

19.1.1943

auf das Generalgouvernement von einer Besprechung mit Präsident Dr. Paersch abhängig machen. Es sei ihm unmöglich, zu einer so wichtigen Frage ohne genaue Kenntnis der Währungssituation usw. Stellung zu nehmen.

Eine weitere Frage, die in der Besprechung behandelt wird, betrifft den Verkauf von Rüstungsbetrieben des Generalgouvernements an Rüstungsfirmen des Reiches. Hierzu bemerkt Präsident Dr. Senkowsky, daß er an dieser Frage insofern beteiligt sei, als er vom Standpunkt der Finanzverwaltung seine Zustimmung geben müsse. Seines Wissens seien bisher verschiedene solcher Betriebe eigentumsmäßig zur Verfügung gestellt worden, ohne aber ihren Charakter als Rüstungsbetriebe zu verlieren. Präsident Dr. Emmerich habe den Vorschlag gemacht, diese Betriebe zu verpachten, und zwar an die Firmen, die dort arbeiteten. In Betracht komme u.a. die Hasag - Hugo Schneider AG. -, die unter der Leitung des Generaldirektors Budin stehe.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die Besprechung dieser und ähnlicher Fragen eine Sitzung an, die in der nächsten Woche im Schloß Belvedere zu Warschau stattfinden soll.

11^{00} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{15} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über den Jugenddienst im Generalgouvernement
2. einer Verordnung über die Zwangsschutzimpfung gegen Bauchtyphus

19.1.1943

3. einer Verordnung über die Einführung der Verordnung über die Errichtung von Stiftungen im Distrikt Galizien

4. einer Verordnung über Änderung des § 3 der Verordnung über die Bildung von Staatsdomänen und die Sicherung der Ernährungsgrundlage des Generalgouvernements

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

12[5o] In einem telefonischen Gespräch ersucht der Herr Generalgouverneur den Bevollmächtigten Dr. Heuber, zu den im Schloß Belvedere in Warschau stattfindenden Sitzungen zu erscheinen.

13[2o] F r ü h s t ü c k .

Daran nehmen u.a. Professor Kubijowytsch und drei Mitglieder des Ukrainischen Hilfskomitees sowie Präsident Dr. Losacker teil.

16[1o] Besprechung mit Präsident Naumann und Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Naumann teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er versucht habe, mit den zuständigen Berliner Stellen über die Ernährungssituation des Generalgouvernements eine Einigung herbeizuführen. Dabei sei er von einer Gesamtgetreideerfassung in einer Menge von 1,25 Millionen Tonnen ausgegangen, ferner davon, daß die Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht 760 ooo to betrügen. Der gesamte übrige Bedarf sei mit einer Menge von 613 ooo to anzunehmen.

19.1.1943

Insgesamt ergebe sich also an Bedarf für Reich und Wehrmacht und Generalgouvernement eine Menge von 1,375 Millionen to. Gegenüber der Erfassung ergebe sich also ein Fehlbetrag von rd. 15o ooo to. Dieser Fehlbetrag sei nun aber angesichts der starken Auswinterungsschäden noch größer geworden, weil man Hafer habe anbauen müssen. Dabei gewinne man nicht die hohe Mahlausbeute wie bei Roggen, Weizen und Gerste, sondern sie betrage höchstens 65 %. Der errechnete Fehlbetrag erhöhe sich also um die Menge, mit der man gezwungen sei Hafer in die Brotration hineinzugeben. Daraus ergebe sich ein Fehlbetrag von 35 ooo to. Dieser Fehlbetrag sei zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß im Laufe des letzten Jahres die Verbrauchermassen des Generalgouvernements fortwährend gestiegen seien. Statt einer Zahl der nichtdeutschen Normalverbraucher von 6 Millionen müsse man angesichts der fortschreitenden Industrialisierung und der Verfeinerung der Verteilung mit einer Verbraucherzahl von 7 Millionen rechnen. Auch die Zahl der Deutschen habe sich von 15o ooo bis zum Endes Jahres 1942 auf 25o ooo erhöht.

Man habe nun mit der Dienststelle des Vierjahresplanes in Berlin und Krakau Verhandlungen über die Frage der Deckung des Fehlbetrages gepflogen. Es sei der Vorschlag gemacht worden, statt Getreide: Zucker, Fleisch und Fett in einem bestimmten Umtauschverhältnis zu liefern. Dabei sollte nach dem Vorschlage der Abteilung E. u. L. ein Umtauschschlüssel von 1 : 5½ zu Grunde gelegt werden. Das Reichsernährungsministerium habe aber nur einem Umtauschverhältnis von 1 : 3 zustimmen wollen. Eier sollten nach dem Wunsche des Reiches überhaupt nicht in Anrechnung gebracht werden. Eine völlige Einigung über diese Umtauschaktion sei bisher noch nicht erzielt worden, wenn auch zu hoffen sei, daß man zu einem Übereinkommen gelangen werde.

19.1.1943

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, Staatssekretär Backe mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, den vom Reichsernährungsministerium gewünschten Umrechnungskurs nicht akzeptieren könne, da ihn die Entwicklung der Gesamtsituation im Osten zu außerordentlichen Maßnahmen zwinge. Er sei bereit, einen Brief an den Reichsmarschall Göring in diesem Sinne zu schreiben, werde auch den Reichsmarschall dringend um eine Rücksprache bitten.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Gräfin Keyserlingk.

17^{10} Der Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit Generaloberin Frau Moser in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Bereichsleiters Ollesch.

Gegenstand der Besprechung ist vor allem die Frage, ob und in welchem Umfange die Braune Schwesternschaft in Lazaretten und Krankenanstalten des Generalgouvernements Verwendung finden kann. Bereichsleiter Ollesch berichtet, daß jetzt bereits 115 Braune Schwestern im Generalgouvernement tätig seien und sich ausgezeichnet bewährten. Er spricht den Wunsch aus, daß die Hilfe der Braunen Schwesternschaft im Generalgouvernement mehr als bisher in Anspruch genommen werden möge, und weist dabei auf gewisse Schwierigkeiten hin, die sich aus einer Konkurrenz zwischen Deutschen Rotem Kreuz und Brauner Schwesternschaft ergäben.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß er in seiner Stellung selbstverständlich nicht einseitige Entscheidungen treffen könne, verspricht aber, die Wünsche der Braunen Schwesternschaft wohlwollend zu prüfen und dafür zu sorgen, daß sie gegebenenfalls berücksichtigt würden. Er werde es sich auch angelegen sein lassen, für die Braunen Schwestern ein Erholungsheim zu schaffen.

19.1.1943

17[20] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl bittet den Herrn Generalgouverneur, für das "Kinderblättchen" einen Aufruf zu schreiben. Gleichzeitig teilt er dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am Donnerstag Morgen ein Transport von Kindern aus dem Reich im Hauptbahnhof Krakau eintreffen werde, und bittet den Herrn Generalgouverneur, wenn möglich, die Kinder dort zu begrüßen.

18[10] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

18[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Losacker, des stellvertretenden Leiters der Abteilung Gesundheitswesen Dr. Burmann den für das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen ausersehenen Professor Dr. Teitge-Berlin.

In der anschließenden Besprechung wird der Entwurf

einer Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements

vorgelegt, der die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

Der Herr Generalgouverneur führt sodann Prof. Dr. Teitge in die Aufgaben und Pflichten seines neuen Amtes ein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Prof. Dr. Teitge, daß er sich aus seiner Tätigkeit beim Urban-Krankenhaus in Berlin beurlauben lassen werde, was notwendig sei, weil er sonst seine Prof-essur verlieren würde. Im übrigen ständen seiner

19.1.1943

Übersiedlung nach Krakau keine Schwierigkeiten im Wege.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, in welcher Weise die Hauptabteilung Gesundheitswesen fürderhin arbeiten solle.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für notwendig, daß hinsichtlich der Behandlung der Fremdvölkischen eine Arbeitsabgrenzung getroffen werden müsse. Präsident Losacker erklärt, daß sich die Hauptabteilung Innere Verwaltung für die ärztliche Seite der Arbeit der Hauptabteilung Gesundheitswesen nicht interessiere. Die Frage jedoch, ob die Polen gesundheitlich gefördert, vernachlässigt oder in welchem Umfange ärztlich betreut werden sollten, in welchem Umfange und Wirkungsgrad man einen Nachwuchs an polnischen Ärzten haben wolle, sei in erster Linie eine politische, erst in zweiter Linie eine ärztliche Frage. Insoweit müßte die Hauptabteilung Innere Verwaltung als politische Abteilung eingeschaltet bleiben. Eine Übereinstimmung müßte zwischen den beiden Hauptabteilungen z.B. hinsichtlich der Fragen der Kleinkinder-Sterblichkeit, der Veranstaltung von Hebammenkursen herbeigeführt werden. Die organisatorische Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen sei selbstverständlich Sache der Hauptabteilung Gesundheitswesen. Für das Bevölkerungs- und Fürsorgewesen bestehe in der Inneren Verwaltung eine Abteilung,die auch einige Anstalten betreue. Diese Anstalten sollten erhalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Professor Dr. Teitge, in seinem Bereich nach Möglichkeiten für die Verwendung von Angehörigen der Braunen Schwesternschaft zu sorgen.

19.1.1943

18[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Landesarbeitsamtspräsidenten Dr. Struve und macht ihm davon Mitteilung, daß er ihn auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Arbeit ernenne. Er überreicht Präsident Struve die Bestallungsurkunde und verpflichtet ihn im Namen des Führers für den Dienst im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur weist dann auf die Aufgaben hin, die Präsident Struve als Leiter der Hauptabteilung Arbeit zu erfüllen habe. Eine seiner vornehmsten Aufgaben werde nach wie vor die Versorgung des Reiches mit Arbeitskräften sein. Andererseits müsse sich selbstverständlich der Leiter der Hauptabteilung Arbeit vor allem der Interessen des Generalgouvernements annehmen; denn in dieser Eigenschaft sei Präsident Struve nicht nur der Sendbote einer Reichsbehörde, sondern auch der Beauftragte der Regierung des Generalgouvernements.

Präsident Struve bemerkt, daß er über diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler eingehend gesprochen habe und es für selbstverständlich halte, den Intentionen des Herrn Generalgouverneurs zu folgen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Mittwoch, den 20.Januar 1943

9^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

10^{15} Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsgesundheitsführer Staatssekretär Dr. Conti in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

10^{50} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Conti zur Verwaltungsakademie.

11^{00} Eröffnung des Wintersemesters 1942/43 der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierbei das Wort zu folgender Eröffnungsansprache:

Ich habe im Januar 1942 den ersten Jahreskurs der Verwaltungsakademie Krakau eröffnet. Heute eröffne ich die Arbeiten der Verwaltungsakademie für das Jahr 1943.

Die Aufgaben, die die Verwaltungsakademien sich im Reich gestellt haben, sind ursprünglich, allgemein und auch konkret von größtem Interesse. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß mit den zunehmenden Problemen, die uns das Kriegsgeschehen aufbürdet, auch eine zunehmende Intensivierung der Verwaltungsarbeiten auf allen Gebieten einsetzen muß und daß infolge der zahlreichen Einberufungen zur Wehrmacht und infolge der einschneidenden Neuregelungen, die das Kriegsgeschehen auf allen Gebieten mit

sich bringt, eine solche Fülle von Mehrarbeit eingetreten ist, daß ein dauerndes Aufdemlaufendenbleiben der Beamten und Angestellten schlechterdings zur Lebensnotwendigkeit der Verwaltung wird. Ich begrüße daher das Wirken der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements ganz außerordentlich und werde auch in Zukunft Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihren Mitarbeitern auf diesem Gebiete alle Fürsorge zu teil werden lassen. Ich möchte auch von dieser Stelle aus an alle Beamten und Angestellten des Generalgouvernements den Appell richten, sich an den Arbeiten der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements rege zu beteiligen.

Wir müssen uns zum Staat als einer notwendigen Einrichtung bekennen. Er ist nicht ein müdes, bürokratisches, mattes sterbensreifes Gebilde, das man mit ein paar billigen Sprüchen von Papierkrieg und derartigem abtun kann. Der Staat als technisches Rückgrat der Gemeinschaftsordnung ist gerade im Kriege von einer ungeheuren Bedeutung. Ob diese technische Apparatur des Staates in Gang ist oder nicht, in Gang bleibt oder nicht, davon hängt das Schicksal des Volkes genau so ab wie vom Schicksal der Wehrmacht.

Die Existenz der Verwaltungsakademien ist ja auch eine Bejahung der fachlichen Arbeit im Dienste des Staates. Dilettanten kann man auf allen Gebieten schlecht gebrauchen, im Dienste des Staates sind sie völlig unmöglich. Alles muß gelernt sein, ganz besonders aber die Verwaltungsarbeit. Die Meinung, daß jeder, der gut plaudern kann, der fesch auftreten kann, der irgendeine Vorbildung hat, für die allgemeine Verwaltung tauglich ist, ist irrig. Die Vorbildung, Schulung und vor allem auch die aufrechte

erhaltung des Selbstbewußtseins des deutschen Beamtentums als des Trägers einer der wichtigsten Gemeinschaftseinrichtungen ist daher lebensnotwendig für die Existenz unseres Volkes. Jeder Theorie gegenüber, die etwas anderes sagt, muß gerade auf diese Lebensnotwendigkeit verwiesen werden.

Wir haben im Generalgouvernement eine neue staatliche Einrichtung aufgebaut; darüber brauche ich mich heute nicht besonders zu äußern. Ich möchte nur diese Gelegenheit benützen, um allen Beamten und Angestellten des Generalgouvernements in allen Dienststellen in der Regierung, in der allgemeinen Staatsverwaltung, in der Fachverwaltung, im Sicherheitswesen meinen herzlichsten Dank und meine ganze Anerkennung für das zum Ausdruck zu bringen, was hier geleistet wurde und wird und noch geleistet werden muß. Die Aufrechterhaltung der Führungs- und Verwaltungsstabilitäten in diesem Raum ist vor allem im Hinblick auf die so außerordentlich ernst tobende Durchsetzungsschlacht im Osten unsere Aufgabe. Wir sind im Generalgouvernement der Front, dem Geschehen im Osten sehr nahe, und daher muß dieser geordnete Block Generalgouvernement als ein fester Rückhalt hinter den kriegerischen Ereignissen im Osten liegen. Daraus ergibt sich auch, daß wir hier die Fortbildung unseres Beamtentums, seine geistige Aufrichtung und charakterliche Festigung im gesamten staatlichen Ordnungsbereich durchzuführen haben.

Um die Bedeutung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements besonders zu unterstreichen, bemühen wir uns, besonders prominente Gäste aus dem Reich zu den Eröffnungsveranstaltungen nach hier zu

20.1.1943

bekommen. Es ist mir eine herzlich geübte Pflicht, Sie, Parteigenosse Dr. Conti, im Namen aller Anwesenden und im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements willkommen zu heißen. Daß Sie, der Sie doch buchstäblich ununterbrochen am Werke sind, die Zeit gefunden haben, hier in Krakau zu uns über hochwichtige Themen Ihres Bereiches zu sprechen, sei Ihnen besonders gedankt.

Das Gesundheitswesen ist bestimmt, durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auf eine allgemeine Höhe gebracht zu werden, wie sie unserer Rasse- und Volksgesundheitsanschauung entspricht. Die Gesundheit unseres Volkes ist das höchste und wertvollste Gemeinschaftsgut. Ihr dienen letzten Endes alle Bestrebungen und alle Aufgaben der öffentlichen Ordnung. Die Gesunderhaltung unseres Volkes ist auch die Voraussetzung der Zukunft unserer Nation.

Sie, Parteigenosse Dr. Conti, können fest davon überzeugt sein, daß die Führung und Verwaltung des Generalgouvernements Ihnen und Ihren Männern nicht genug dankbar sein kann für das, was die deutschen Ärzte in diesem Raum unter den schwierigsten Verhältnissen aufgebaut haben. Die deutschen Ärzte, die hier in geringer Zahl tätig sind, haben im Generalgouvernement ein Gesundheitswesen aufgebaut, das es uns im wesentlichen ermöglichte, mit den großen drohenden Gefahren, die über diesen Raum gesundheitsmäßig hereinzubrechen schienen, fertig zu werden. Diesen Ärzten, den Pionieren der deutschen Gesundheitsführung in diesem Raum sei gedankt.

In Anerkennung der hervorragenden Bedeutung der Gesunderhaltung des deutschen Volkes und in Anerkennung der hervorragenden Arbeit der deutschen Ärzte im Osten habe ich mich entschlossen, eine eigene Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regie-

rung des Generalgouvernements zu errichten. Ihnen, Reichsgesundheitsführer Dr. Conti, will ich dadurch den Beweis erbringen, daß die modernste Staatsverwaltung auch der Gesundheitsführung den ihr entsprechenden Rang eines Zentralressorts zubilligt. Die Verordnung tritt heute in Kraft. An die Spitze dieser neugegründeten Hauptabteilung Gesundheitswesen habe ich Ihrem Vorschlage entsprechend Professor Dr. Teitge aus Berlin berufen.

Ich bitte Sie, Parteigenosse Dr. Conti, aus Anlaß dieses in der Verwaltungsgeschichte des deutschen Reiches erstmaligen und einzigartigen Vorganges, daß das Gesundheitswesen innerhalb einer Landesregierung zur Hauptabteilung erhoben wird, zu uns zu sprechen.

Reichsgesundheitsführer Dr. Conti spricht anschließend über das Thema:

Die Gesundheitssicherung des Deutschen Volkes im Kriege.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Eröffnungsveranstaltung 1942/43 der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements in der Aula der ehemaligen Neuen Universität in Krakau mit Dankesworten an den Herrn Generalgouverneur und den Reichsgesundheitsführer sowie mit dem Gruß an den Führer.

20.1.1943

12^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Uraufführung des Schauspiels "Kopernikus" von Bethge im Staatstheater Krakau stattfinden soll. Es werde allerdings notwendig sein, einige Schauspieler aus dem Reich für diese Aufführung heranzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über diese Veranstaltung Ausdruck und beauftragt Präsident Ohlenbusch, mit Intendanten Stampe die weiteren Einzelheiten zu besprechen.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialdirigenten im Reichsinnenministerium von Schönfeld, den Ministerialrat Ullrich und den Oberbaurat Wenzel vom gleichen Ministerium in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Losacker und des Regierungsrats Manzano.

Gegenstand der Besprechung ist die Errichtung einer Verwaltungsschule im Generalgouvernement. Präsident Dr. Losacker berichtet über Verhandlungen, die am Vortage mit den Herren vom Reichsinnenministerium beim Staatssekretär Dr. Bühler stattgefunden haben. In dieser Besprechung seien drei Projekte einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Von Wichtigkeit sei vor allem, daß das Generalgouvernement bei der endgültigen Schaffung einer Reichsverwaltungsschule eingeschaltet bliebe. Für Krakau selbst gebe es bereits ein Gebäude, daß an sich räumlich den schulischen Erfordernissen durchaus genüge. Schwierig sei allerdings die Frage der Unterbringung der Kursusteilnehmer.

20.1.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über die erfreuliche Zusammenarbeit der Dienststellen des Generalgouvernements mit dem Reichsinnenministerium Ausdruck. Es werde auch fernerhin seine und der Hauptabteilungen Aufgabe sein, diese gute Zusammenarbeit zu pflegen.

Ministerialdirigent von Schönfeld bemerkt, daß nach Ansicht des Reichsinnenministeriums der junge Beamte unbedingt den Osten kennenlernen müsse. Deswegen werde auch Wert darauf gelegt, daß die Verwaltungsschule in Krakau errichtet werde.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die große Bedeutung einer Schulung der Beamten im Osten und auch im Generalgouvernement hin: erstens würden die Beamten, wenn sie im Osten Verwendung finden, gleichwohl dem Reich nicht entfremdet; sie würden erkennen, daß die Verwaltung des Generalgouvernements nicht vom Reich losgelöst sei, sondern nur eine völlig neuartige Form der Verwaltung darstelle, die der Führer für ein bestimmtes Gebiet ausersehen habe. Zweitens sei diese Art der Verwaltung ein Muster dafür, wie man allenfalls koloniale Verwaltungen überhaupt aufziehen könne. Diese Verwaltung werde nicht vom Gesichtspunkt des Interesses des beherrschten Volkes aus aufgebaut, sondern maßgebend sei das Interesse des übergeordneten Volkes. Drittens: wenn der Beamte des Ostens das Bewußtsein habe, daß er nach wie vor zum Reich gehöre, so trage diese Tatsache auch zur Verwurzelung des Deutschtums im Gebiet des Generalgouvernements bei.

Im Anschluß an die Besprechung besichtigt der Herr Generalgouverneur das Modell des Baues einer Verwaltungsschule für das Generalgouvernement.

20.1.1943

13[00] Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet in Gegenwart des Reichsgesundheitsführers Staatssekretär Dr. Conti, der Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger sowie des Oberlandesgerichtsrats Dr. Weh den Entwurf

einer Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements.

Anschließend findet eine kurze Besprechung statt, in welcher der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Conti einen Überblick über die Aufgaben und Zuständigkeiten der Hauptabteilung Gesundheitswesen gibt.

20.1.1943

13[10] Feierliche E i n f ü h r u n g des Professors Dr. Teitge in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements.

An dem feierlichen Akt nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler, Krüger und Dr. Boepple, der Reichsgesundheitsführer Staatssekretär Dr. Conti, mehrere Hauptabteilungspräsidenten und Hauptabschnittsleiter Stahl teil.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich heiße Sie nochmals auch im Namen der Staatssekretäre der Regierung des Generalgouvernements auf dieser Burg herzlichst willkommen. Herr Reichsgesundheitsführer Dr. Conti, Ihnen danke ich besonders für Ihr Erscheinen. Ich begrüße den Anlaß, der uns die Möglichkeit gibt, einen Ihrer dringlichsten Wünsche zu erfüllen, den Sie im Rahmen der Reichsgesundheitsführung immer wieder gehegt haben, daß nämlich der Verwaltung des Gesundheitswesens in Form einer staatlichen Organisation das genügende Gewicht beigelegt wird. Ich freue mich, daß die erste Verwaltungsorganisation des Großdeutschen Reiches, das Generalgouvernement, nunmehr ein eigenes Ressort für das Gesundheitswesen erhalten hat. Es ist insofern ein Zeitpunkt verwaltungsgeschichtlich wesentlicher Entwicklung, als hier bei uns zum erstenmal der Gesundheitsführung eines Landes der gleiche Rang wie allen anderen Aufgabenstellungen eines Volkes innerhalb der staatlichen Struktur zuerkannt wird.

Ich habe folgende Verordnung, die soeben durch meine Unterschrift in Kraft gesetzt worden ist, zu verkünden:

In der Regierung des Generalgouvernements wird

eine Hauptabteilung Gesundheitswesen errichtet.

Damit ist eine Hauptabteilung gegründet, die neben den Hauptabteilungen Innere Verwaltung, Eisenbahn, Post, Finanzen, Justiz, Forsten usw. die ganz große Funktion der Gesundheitsführung dieses Raumes übernehmen wird.

Auf Ihren Vorschlag, Reichsgesundheitsführer, habe ich nun noch zu verkünden: kraft der mir vom Führer erteilten Vollmachten berufe ich Sie, Herr Professor Dr. Teitge, mit Wirkung vom 2o.Januar 1943 in das Amt eines Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements. Sie sind bereit, dieses Amt zu übernehmen?

(Professor Dr. Teitge: Ja.)

Dann verpflichte ich Sie namens des Führers und Reiches zur Übernahme dieses sehr verantwortlichen Amtes. Ich bitte Sie, die Bestallungsurkunde in Empfang zu nehmen.

Ich möchte gleichzeitig die Anwesenheit der Herren Hauptabteilungsleiter dazu benutzen, um festzustellen, daß ich mit Wirkung vom 19. Januar 1943 den Parteigenossen Struve zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements berufen habe. Ich darf auch Sie in diesem Kreise begrüßen.

Hauptabteilungspräsident Prof. Dr. Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur herzlich für die ihm gewidmeten Worte der Begrüßung, insbesondere dafür, daß der Herr Generalgouverneur durch die Erhebung der Abteilung Gesundheitswesen zur Hauptabteilung anerkenne, was die Ärzteschaft im Generalgouvernement geleistet habe. Er halte es für seine selbstverständliche Pflicht, ir treuer, gewisserhafter Arbeit das zu leisten, was von ihm verlangt werde. Durch die Erhebung der Abteilung Gesundheitswesen zu einer Hauptabteilung sei ihm klar geworden, welche Forderungen an ihn gestellt würden. Als Nationalsozialist sei ihm zum Bewußtsein gekommen, welches der eigentliche Sinn dieses Krieges

sei, daß nämlich das deutsche Volk einen großen Lebensraum benötige, damit es existieren könne. Er sei hochbeglückt, an dieser Stelle verantwortlich mitarbeiten zu dürfen, und sei gewillt, in absoluter Treue zu Führer und Volk sein Amt auszuüben.

Professor Dr. Teitge schließt mit folgenden Worten: Ich verspreche Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß ich Ihre politischen Weisungen als diejenigen des berufenen Vertreters des Führers in hingebender Treue befolgen werde ebenso wie die Ihrer Staatssekretäre. Ganz selbstverständlich werde ich auch den fachlichen Weisungen meines verehrten Reichsgesundheitsführers, mit dem mich seit vielen Jahren eine kameradschaftliche Freundschaft verbindet, Folge leisten. Ich bin stolz darauf, daß er an mich gedacht hat. Ich bin gewillt, in herzlicher Kameradschaft mit meinen Mitarbeitern, den Präsidenten der Hauptabteilungen, wie auch mit meinen engeren Mitarbeitern in der Hauptabteilung Gesundheitswesen zusammenzuarbeiten. Ich verspreche alle irgendwie gerechtfertigten Belange zu vertreten.

Selbstverständlich bindet mich als Nationalsozialisten auch sehr viel an die Partei. Ich werde stets bemüht sein, ihr und ihren Gliederungen kameradschaftlich entgegen zu kommen, ebenso wie der SS, der Polizei und der Wehrmacht. In diesem Sinne gelobe ich, daß ich mein Amt in treuer Erfüllung dessen, was der Führer von mir erwartet, ausüben werde.

Abschließend spricht dann noch der Herr Generalgouverneur dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Gesundheitswesen Dr. Burmann seinen Dank und seine Anerkennung aus.

20.1.1943

15[10] Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring betr. Regelung der Ernteablieferung an das Reich vor. Danach soll eine Aussprache wegen der sehr ernsten und gefahrdrohenden Folgen stattfinden, die mit der völligen Erfüllung des Ablieferungssolls verbunden sein würden. Der Herr Generalgouverneur billigt den Entwurf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 21.Januar 1943

9[40] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

9[45] Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Bahnsteig. Dort haben sich zur Begrüßung eines Transportes von Kindern aus dem Reich, vornehmlich aus der Mark Brandenburg, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Wendler, Hauptabschnittsleiter Stahl, Major von Dazur, Bannführer Förschle und verschiedene Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht eingefunden. Nachdem der Zug in die Halle gefahren ist, meldet Oberbannführer Förschle dem Herrn Generalgouverneur den ersten Kindertransport aus dem Reiche und teilt dabei mit, daß für Verpflegung und Unterkunft der Kinder, die nach Rabka, Krynica und Zakopane gebracht werden sollten, bestens gesorgt sei. Auch für die Aufrechterhaltung ihrer schulischen Leistungen werde Sorge getragen, und es werde Aufgabe der Führung der HJ im Generalgouvernement sein, sie zu tüchtigen und leistungsfähigen Menschen zu erziehen.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann an ein in der Mitte des Zuges aufgestelltes Mikrophon und richtet folgende Ansprache an die Kinder:

Liebe Kinder! Wir heißen Euch auf dem Boden des Generalgouvernements in der Regierungshauptstadt Krakau herzlich willkommen. Wir freuen uns, daß wir Euch hier im Generalgouvernement eine Zeit froher Erholung verschaffen können. Manche interessanten Eindrücke werden Euch vermittelt werden. Ihr werdet durch Eure Anwesenheit dazu beitragen, den Gedanken an die Deutschheit dieses Gebietes weiter zu vertiefen. Wenn Ihr dann nach einem halben Jahr in das Reich zurückkehrt, dann werdet Ihr Euch hoffentlich gestärkt und erholt

haben. Ihr werdet dann anderen Kindern Platz machen, die wir dann ebenso herzlich und freudig hier bei uns aufnehmen werden. Eure Eltern dürfen ganz unbesorgt sein, es wird alles Erdenkliche geschehen, um Euch Heimat und Familie zu ersetzen. Das will ich Euch aber auch sagen: dem Feinde wird es nicht gelingen, uns niederzuzwingen und durch seine Terrorangriffe auf die deutschen Städte uns zu Entscheidungen zu zwingen, die uns allen nur zum Schaden gereichen würden. Was auch der Feind sich an unmenschlichen Taten ausgedacht haben mag, was er auch an Terrorangriffen auf die friedliche Zivilbevölkerung im Schilde führen möge, es wird alles vergeblich bleiben.

Im Namen der Jungen und Mädchen dankt ein Hitlerjunge für die herzliche Aufnahme und verspricht, daß sich die Jungen und Mädchen durch Fleiß und Einsatzbereitschaft der ihnen gewordenen Aufnahme würdig erweisen würden.

Bannführer Förschle bringt das Sieg-Heil auf den Führer aus, und mit den Liedern der Nation findet der eindrucksvolle Akt seinen Abschluß.

10^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau.

15^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Schloß Belvedere zu Warschau.

Schloß Belvedere, Warschau

Freitag, den 22.Januar 1943.

10 15 Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith, Schloßhauptmann Liebetrau und Architekt von Palézieux .

Kammergerichtsrat Dr.Keith erläutert anhand eines Reliefmodells die Lage der Gebäulichkeiten innerhalb des Parkes Schloß Belvedere. Der Park habe insgesamt einen Flächeninhalt von 75 ha. Was die Gebäulichkeiten angehe, so gehöre das Botanische Institut mit dem Botanischen Garten zum Eigentum der Universität Warschau. Die Anlage werde heute von der Hochschulverwaltung betreut, der Botanische Garten sei in das Verwaltungseigentum der Kanzlei des Generalgouverneurs überwiesen worden, er unterstehe in vollem Umfange der Verwaltungsstelle Schloß Belvedere und damit der Kanzlei des Generalgouverneurs. In dem zum Botanischen Garten gehörigen Gebäude sei die Sternwarte untergebracht, die man dort auch belassen wolle. Im übrigen beständen noch einige kleine Verwaltungsunklarheiten, so bezüglich eines Hauses, das Direktor Dr.Koblitz vom Institut für Deutsche Ostarbeit erbitte. Gegen die Überweisung dieses Gebäudes an das Ostinstitut seien keine Bedenken zu erheben. Die Einrichtung und Renovierung des Gebäudes würde dann auf Kosten des Instituts für Deutsche Ostarbeit gehen.

Schloßhauptmann Liebetrau bemerkt, daß nicht beabsichtigt sei, den Botanischen Garten in der bisherigen Form weiterzuführen, sondern der Pflege von Kulturpflanzen dienstbar zu machen. Andererseits solle der Charakter eines volkstümlichen, belehrenden botanischen Gartens gewahrt bleiben, immer aber mit Rücksicht auf den Gesamtcharakter des Parkes.

,22.1.43.

Anhand des Reliefmodells werden sodann dem Herrn Generalgouverneur die Zweckbestimmungen der einzelnen im Park gelegenen Baulichkeiten erläutert.

Schloßhauptmann Liebetrau gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Wirtschaftsbetriebe der Verwaltung. Er kann berichten, daß die Ausbeutung und landwirtschaftliche Ausnutzung von zum Park gehörenden Flächen eine Ausbeute von 600 Zentnern Kartoffeln gebracht habe. Auch sei es möglich gewesen, 300 Zentner Heu zu ernten. Angesichts dieser Sachlage sei man dazu übergegangen, eine Viehwirtschaft in gewissem Umfange aufzunehmen. Auf Grund eines Angebotes des zuständigen Kreislandwirtes habe sich die Verwaltung entschlossen, 30 ha Landes, die außerhalb des Parkes Lägen, landwirtschaftlich zu nutzen und einer zweckdienlichen Bebauung zuzuführen.

Kammergerichtsrat Dr.Keith äußert gegen die Durchführung dieses Planes Bedenken. Er weist darauf hin, daß man zunächst die Gärtnerei, die einen großen Umfang angenommen hätte, eingestellt habe. Der Verkauf von Gemüse und Blumen aus dieser Handelsgärtnerei habe zu gewissen Mißhelligkeiten geführt. Wenn jetzt außerhalb des Parkes noch ein weiterer landwirtschaftlicher Betrieb übernommen würde, so sähe er darin eine gewisse Gefahr.

Schloßhauptmann Liebetrau wolle offenbar vor allem der polnischen Gefolgschaft mit Hilfe der aus der Bebauung dieses Ackers zu gewinnenden Lebensmittel eine zusätzliche Nahrungsmittelversorgung leisten. Die Notwendigkeit für eine solche Maßnahme habe sich seines Erachtens bisher noch nicht gezeigt.

22.I.1943.

Schloßhauptmann Liebetrau erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß man durch Ausnutzung des genannten landwirtschaftlichen Grundstücks eine gewisse Menge von Getreide, Kartoffeln, Kraut, Rüben usw. zu gewinnen hoffe. Der Ertrag der Fläche solle an die polnische Gefolgschaft zur Verteilung kommen, die im Betrieb der Schloßverwaltung tätig sei.

Der Herr Generalgouverneur kann sich der Berechtigung des von Schloßhauptmann Liebetrau dargelegten Planes nicht verschließen, umsoweniger, da z.B. auch SS und Polizei heute mit Billigung des Präsidenten Naumann dazu übergegangen sei, eigene Güter zu erwerben. Er würde sich gegen den Plan aussprechen müssen, wenn es sich etwa um die Übernahme eines Gutes handelte, da aber nur eine an sich freie landwirtschaftliche Fläche in Frage komme, beständen seines Erachtens gegen die Durchführung eines solchen Planes keine Bedenken, umsoweniger, da es sich ja in vorliegendem Falle nicht um etwas endgültiges, sondern nur um eine Notmaßnahme handle. Voraussetzung müsse allerdings sein, daß die Bewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Fläche mit dem bereits vorhandenen Personal durchgeführt werden könne.

Schloßhauptmann Liebetrau bestätigt, daß das vorhandene Personal, das für den Gartenbetrieb verwendet werde, für die Bewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Fläche ausreichend sei. Zu bedenken sei ferner, daß man hinsichtlich der Gerätschaften und Maschinen für die Bebauung dieses Ackers kaum mit Schwierigkeiten zu rechnen habe.

22.1.1943

Kammergerichtsrat Dr. Keith betont, daß er dem Plan des Schloßhauptmanns Liebetrau grundsätzlich nichtablehnend gegenüberstehe, sondern nur seine Bedenken besonders hinsichtlich der richtigen Auswahl eines Überwachers dieses Betriebes geäußert habe. Der bisherige Gutsverwalter Graf scheine ihm nicht so tüchtig zu sein, um als Leiter eines solchen Betriebes in Betracht zu kommen. Die Hauptschwierigkeit liege seines Erachtens darin, daß man ein 2 km vom Schloßpark entfernt liegendes landwirtschaftliches Grundstück kaum werde bewirtschaften können. Voraussichtlich bedarf es für die Bewirtschaft des Grundstückes der Anlegung eines kleinen Vorwerkes, vielleicht müßte der Leiter dieses Betriebes dort auch seine Wohnung haben. Gegen diese Ausweitung des Betriebes der Schloßverwaltung habe er seinerzeit seine erheblichen Bedenken geäußert.

Demgegenüber weist Schloßhauptmann Liebetrau darauf hin, daß man ihm einen berufenen polnischen Landwirt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt habe. Der Erstellung neuer Gebäulichkeiten auf diesem Grundstück bedürfe es nicht, ein Unterstellraum für Geräte und Maschinen würde vollauf genügen.

Kammergerichtsrat Dr. Keith gibt noch der Befürchtung Ausdruck, daß Schloßhauptmann Liebetrau seine Arbeitskraft vielleicht zu stark auf diesen neuen Betrieb konzentrieren würde. Auch müsse er seine Bedenken gegen die räumliche Entfernung des Grundstücks vom Schloßpark nach wie vor aufrechterhalten.

Schloßhauptmann Liebetrau glaubt diese Bedenken mit dem Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß man die Bewirtschaftung dieses landwirtschaftlichen Grundstücks einem ausgesprochenen Fachmann überlassen würde,

22.1.1943

der früher selbst ein großes Gut gehabt habe. Zudem stehe ihm, Liebetrau, der Kreislandwirt jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob gegen die Durchführung dieses Planes von seiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft irgendwelche Einwendungen erhoben werden könnten, erwidert Schloßhauptmann Liebetrau, daß mit Präsident Naumann über diese Frage bereits gesprochen worden sei. Wichtig sei für die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft immer nur die Frage, ob sie wie in anderen Fällen etwa Zuschüsse für diesen landwirtschaftlichen Betrieb zahlen müßte, was aber hier nicht in Frage komme. Das Risiko der Übernahme dieses Betriebes sei auch deshalb sehr gering, weil es sich um vorwiegend guten Boden handle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Herrn Kammergerichtsrat Dr. Keith, nach Darlegung der Sachlage seine Bedenken zurückzustellen.

Angesichts der Tatsache, daß es sich um kein landwirtschaftliches Gut, sondern lediglich um ein arrondiertes Gesamtgrundstück mit einer Fläche von annähernd loo Morgen handelt, daß dort ein guter Boden vorhanden ist und die Entfernung des Grundstücks vom Belvedere-Park nur 2 km beträgt, und angesichts der Erklärung des Schloßhauptmanns Liebetrau, daß das Grundstück mit dem eigenen Personal der Schloßverwaltung Belvedere bewirtschaftet werden kann, erklärt sich der Herr Generalgouverneur mit der Durchführung des von Herrn Schloßhauptmann Liebetrau dargelegten Planes einverstanden. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur ausdrücklich fest, daß es sich im vorliegenden Fall nur um einen Hilfs- bzw. Behelfsbetrieb handeln dürfe, der in keiner Weise den gleichen Rang mit dem Betrieb der Schloßverwaltung Belvedere beanspruchen dürfe.

50

22.1.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kammergerichtsrat Dr. Keith, daß es zur Übernahme dieses Betriebes durch die Schlossverwaltung Belvedere keiner Entscheidung des Leiters der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bedürfe.

10[50] In Begleitung des Kammergerichtsrats Dr. Keith, des Schloßhauptmanns Liebetrau und des Architekten von Palézieux macht der Herr Generalgouverneur einen Gang durch den Park, bei welchem ihm die Zweckbestimmung der einzelnen Gebäulichkeiten erläutert wird.

Darauf besichtigt der Herr Generalgouverneur den Gutshof sowie die Vieh- und Pferdebestände.

Weiter werden die Gewächshäuser durch den Herrn Generalgouverneur besichtigt.

In einer anschließenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seiner Anerkennung über die vorbildliche Verwaltungsarbeit des Schloßhauptmanns Liebetrau Ausdruck, die oft unter schwierigsten Verhältnissen habe durchgeführt werden müssen.

Kammergerichtsrat Dr. Keith hält sodann dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die verwaltungsrechtliche und finanzielle Stellung der Schloßverwaltung Belvedere im Rahmen der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Architekt von Palézieux, daß die Kosten des Umbaues des Schlosses Belvedere sich auf etwa 5 ½ Millionen Zloty beliefen, eine Summe, die zwar in Friedensverhältnissen als ziemlich hoch angesehen werden, in heutiger Zeit aber als erträglich bezeichnet werden müsse.

22.1.43.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß hier der Staat Generalgouvernement ein Objekt geschaffen habe, das eine Kapitalanlage von bleibendem Werte darstelle.

Nach dem Werdegang und den Fähigkeiten des neu eingestellten Hausdirektors Trabold gefragt, erwidert Schloßhauptmann Liebetrau, daß er sich in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit noch kein abschließendes Bild über ihn habe machen können. Er habe aber mehrfach leitende Stellen innegehabt, sei auch selbst Restaurateur gewesen und verfüge über gute Zeugnisse.

In diesem Zusammenhang macht Kammergerichtsrat Dr.Keith den Vorschlag, Haushofmeister Trabold in den Dienst der Burgverwaltung Krakau zu übernehmen und dem bisherigen Hausdirektor Haberstich seine Stellung zu kündigen, da er angesichts seines vorgeschrittenen Alters den an ihn gestellten Anforderungen nicht mehr recht genüge. Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis damit, daß dem Haushofmeister Haberstich zum 1.April ds.Jahres seine Stellung gekündigt und ihm ein ehrenvoller Abgang gewährleistet werde./vorübergehend

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kammergerichtsrat Dr.Keith, daß die Zusammenarbeit der Kanzlei des Generalgouverneurs mit der Außenstelle Schloß Belvedere bisher reibungslos von statten gegangen sei und nicht zu den geringsten Schwierigkeiten geführt habe. Auch von seiten der Distriktsverwaltung seien keine Schwierigkeiten gemacht worden. Die Übernahme des Schlosses Belvedere in die eigene Verwaltung der Kanzlei des Generalgouverneurs habe sich als durchaus zweckmäßig und nützlich erwiesen.

22.I.1943.

Im Anschluß an diese Besprechung hat der Generalgouverneur eine kurze Unterhaltung mit Haushofmeister Trabold, in der dieser dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die ihm gestellten Aufgaben gibt.

13^{10} Frühstück

16^{00} Besichtigung des Schlosses Lazienki durch den Herrn Generalgouverneur.

Warschau, Belvedere.

Sonnabend, den 23.Januar 1943.

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in die Stadt und Besuch der Deutschen Buchhandlung.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer

Dr.Pfeiffer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Arbeiten der Internationalen Rechtskammer in voller Ruhe und im Interesse aller beteiligten Landesgruppen fortgesetzt würde. Er habe im Namen des Herrn Generalgouverneurs in dessen Eigenschaft als Präsident der Internationalen Rechtskammer den Vertreter der Bulgarischen Landesgruppe, Professor Dr. Dikoff, Sofia, empfangen. Weiter berichtet Dr.Pfeiffer, daß Kroatien der Internationalen Rechtskammer beigetreten sei. Auch zeige Professor Hataya/Finnland, reges Interesse an der Arbeit der Internationalen Rechtskammer, wie überhaupt das Interesse an der gesamten Arbeit der Internationalen Rechtskammer ständig zunehme.

Dr.Pfeiffer legt dem Herrn Generalgouverneur dann den Entwurf einer Änderung der Satzung der Landesgruppe Deutschland der Internationalen Rechtskammer zur Unterzeichnung vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet diese Satzungsänderung, die damit in Kraft gesetzt wird.

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Pressechef Dr.Dresler. Dieser berichtet über die Pressearbeit in Berlin angesichts der außergewöhnlich ernst werdenden politischen und militärischen Lage.

16^{45} Tee.

Warschau-Schloß Belvedere

Sonntag, den 24.Januar 1943

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer und Amtschef Dr. Hummel.

10^{30} G o u v e r n e u r s i t z u n g .

(Siehe Beiakten)

13^{40} M i t t a g e s s e n .

Warschau

Montag, den 25.Januar 1943

10^{15} A r b e i t s s i t z u n g .

Thema: Polizei- und Sicherheitsfragen.

(Protokoll s. Beiakten)

15^{15} M i t t a g e s s e n .

16^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

Dienstag, den 26.Januar 1943

9^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{10} W i r t s c h a f t s s i t z u n g .

(Protokoll s.Beiakten)

11^{40} A r b e i t s s i t z u n g .

Thema: 1. Clearing und Haushaltswesen
2. Ernährungssituation
Ablieferungen an das Reich-Spritforderung
3. Verkauf von Rüstungswerken
4. Werke des Generalgouvernements
5. Judeneigentum

(Protokoll s. Beiakten)

14^{00} M i t t a g e s s e n .

15^{40} Fortsetzung der Arbeitssitzung.

Warschau

Mittwoch, den 27.Januar 1943

10^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

19^{00} K o n z e r t des Orchesters der Stadt Warschau.

Warschau

Donnerstag, den 28.Januar 1943

9^{30}

bis

13^{30} Besichtigung von Einrichtungen der Oberfeld-kommandantur Warschau durch den Herrn Generalgouverneur

19^{00} A b e n d e s s e n , gegeben von Generalleutnant von Rossum.

Warschau

Freitag, den 29. Januar 1943

9^{00} Besichtigung des Fliegerhorstes Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

16^{00} Kaffeetafel für die Gefolgschaftsmitglieder der Verwaltung Schloß Belvedere.

Sonnabend, den 30. Januar 1943

9^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Heldenfriedhof.

Der Herr Generalgouverneur legt an den Gräbern der Gefallenen einen Kranz nieder.

9^{40} Kranzniederlegung auf dem Evangelischen Friedhof an den Gräbern ermorderter Volksdeutscher.

10^{30} Besuch des Reservelazaretts VIII durch den Herrn Generalgouverneur.

11^{30} Besichtigung des Deutschen Hauses in Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

12^{00} Besichtigung des Hauses der Deutschen Kultur in Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

12^{15} Besichtigung von Einrichtungen der Stadtverwaltung Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

13^{30} F r ü h s t ü c k , gegeben von Stadthauptmann Leist.

16^{00} T e e - Empfang im Schloß Belvedere, an dem Generalleutnant von Rossum und Generalmajor Menzel sowie mehre 1e Offiziere teilnehmen.

Warschau

Sonntag, den 31. Januar 1943

10^00 K u n d g e b u n g im Hause Roma anläßlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Machtergreifung.

Nach einleitenden Worten des Gouverneurs des Distrikts Warschau, Dr. Fischer, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Warschaus! Kameraden der Wehrmacht!

Die Worte, die gestern Adolf Hitler gefunden hat, um den Gesamteindruck der Lage auf ihn und das deutsche Volk zu formulieren, sind auf dem Wege des Sieges einer der markantesten und entscheidendsten Punkte. Sie wissen, daß in allen Dingen des Lebens, in denen es um Grosses geht, es nicht so sehr entscheidend ist, welche Ziele man sich gesteckt hat, sondern entscheidend ist, daß man dem Ziel, das man sich gesteckt hat, mit allen Kräften treu bleibt.

Ich glaube, daß hier in diesem Raum, wo sich nunmehr die Deutschen Warschaus in ihren Vertretern sammeln, Klarheit darüber besteht, daß das Ziel dieses Krieges die großartigste Befreiungstat ist, die die Weltgeschichte überhaupt kennt, ausgeführt und ermöglicht durch den größten Mann, der jemals in der Weltgeschichte aufgetreten ist, durch Adolf Hitler, und daß diese Entscheidung uns auch verpflichtet, der Zeit und dieses Mannes würdig zu sein, den uns das Schicksal in unserer gräßlichsten Verlorenheit geschickt hat. Heute tagen wir hier in Warschau in einer nationalsozialistischen Kundgebung und halten das schon für etwas Selbstverständliches. Wir vergessen dabei vielleicht, daß vor 10 Jahren hier in Warschau die Repräsentanz einer sogenannten polnischen Republik regierte, deren ganzes Sinnen und Trachten der Kampf gegen Deutschland war. Gerade wir hier können daher ermessen, was das

weltgeschichtliche Ziel Adolf Hitlers, die Befreiung des deutschen Volkes von unwürdigen Sklavenketten, bedeutet. Ich muß sagen: Die Treue zu der Methode, die Treue zum Kriegsdienst, die Treue zur Erfüllung der uns gestellten Aufgaben sind schlechterdings der Inhalt unseres Lebens überhaupt geworden. Keiner von uns hat bisher eine Leistung aufzuweisen oder eine Zielsetzung gehabt, die derjenigen gleichen würde, Mitkämpfer Adolf Hitlers in dieser entscheidendsten Stunde unseres Volkes zu sein. Daher kann auch keiner sagen: Meine Aufgabe ist die und die, ich will mich jetzt wieder meinen persönlichen Dingen widmen, ich will schauen, daß ich mit meinem Geschäft oder in meinem persönlichen Arbeiten vorankomme, ich muß schauen, daß ich dieses oder jenes erledige und daß ich irgendwie durch den Krieg komme. Meine Volksgenossen, ich kann Ihnen sagen: Es kommt keiner durch diesen Krieg, es sei denn als Soldat oder als Mitstreiter des Führers. Durch diesen Krieg schleicht sich keiner erbärmlich hindurch! Ich weiß, meine lieben Volksgenossen, daß gerade Sie hier in Warschau Gelegenheit haben, den Atem der Front zu spüren. Unausgesetzt ziehen hier in Warschau die Kolonnen durch, hier landen die Flieger, hier ist das Herz des Transportwesens, hier ist die große Zentrale des nördlichen Generalgouvernements für den ganzen Nachschubverkehr. Sie sehen unausgesetzt die Soldaten unserer Wehrmacht von der Front kommen und wieder zur Front gehen, und Sie spüren daher in ganz besonderem Maße, welche Auswirkung der Krieg auf die Gemeinschaftsarbeit hat. Wir können daher vom Osten aus, da wir hier in Warschau gewissermaßen das letzte wirklich durchgeordnete Stadtgebilde der Front gegenüber besitzen, am besten ermessen, was die entscheidenden Worte des Führers von gestern bedeuten.

Ich habe mich sehr gefreut, Herr Gouverneur

Dr. Fischer, über Ihre Erklärung, daß so wie bisher auch in Zukunft die Deutschen Warschaus ihre Pflicht erfüllen werden. Ich habe bei meinem diesmaligen Aufenthalt Gelegenheit gehabt festzustellen, welche Arbeit hier in dieser Stadt geleistet worden ist. Ich habe gesehen, wie Sie dafür sorgen, daß die Häuser hergerichtet werden, daß ein deutsches Viertel entsteht, daß Kulturstätten erstehen und daß in zunehmendem Maße aus Warschau eine deutsche Stadt und für die Deutschen, die hier leben, eine deutsche Heimat wird. Es hat mich besonders gefreut, zu hören, daß viele tausende deutsche Kinder hier bereits die deutsche Schule besuchen. Dies trägt dazu bei, daß der Front, unseren kämpfenden Soldaten, hier wiederum ein deutsches Gemeinschaftsleben gezeigt und ihnen selbst ermöglicht werden kann.

Ich brauche hier in diesem Raum nicht über große strategische Probleme zu sprechen. Es gibt jetzt viele Siebengescheite, die große strategische Pläne machen und die sagen, an der Front ist das und das passiert. Nichts ist passiert! Die Front im Osten steht und im Frühjahr beginnt die Gegenoffensive, die den Bolschewismus zertrümmern wird! Es ist lächerlich, wenn jetzt nach vier Jahren einer in der Weltgeschichte einzigartig dastehenden Siegesreihe wegen einiger Ereignisse, die da und dort aus strategischen Gründen eingetreten sind, diese alten Duckmäuse wieder herauskriechen zu können glauben. Das Deutschland von heute ist aus Stahl, und nicht aus Phrasen zusammengesetzt! Die Stimmung des deutschen Volkes ist ebenso klar, so eindeutig und so siegessicher, wie die Stimmung derer, die in Stalingrad lieber ihr Leben hingeben, als den Glauben an Deutschlands Sieg.

Sie wissen auch, gerade Sie, die Deutschen in Warschau, daß wir als Volk eine ungeheuere Qualität besitzen. Zwanzigtausend Deutsche in Warschau haben es verstanden, aus dieser Stadt, in der angeblich eine Million Polen leben, eine deutsche Stadt zu machen. Diese Quali-

tät des Deutschen hat bisher dem deutschen Volk noch niemand nachgemacht. Es kann sich sowohl der Frontsoldat wie die Heimat, Frau, Mann und Kind, darauf verlassen, daß Adolf Hitler - der Gottlob nicht nur der erste Bürger Deutschlands, sondern auch der erste Soldat Deutschlands ist - diese Entschlossenheit zum Inhalt seines Lebens gemacht hat. An diesen Brocken wird sich Herr Churchill seine sämtlichen Zähne ausbeißen.

Daher soll man nun auch nicht immer glauben, eine Aufrichtung sei notwendig. Was ist denn unser Schicksal? Glaubt denn irgendeiner, daß die Freiheitssprüche der angelsächsischen Plutokraten oder gar des Moskauer Kremls einmal in die Tat umgesetzt werden würden einem unterlegenen Deutschland gegenüber? Das deutsche Volk würde in eine Sklaverei hineingeführt werden, der gegenüber der Versailler Friedensvertrag geradezu eine Schonung Deutschlands war. Unsere Feinde würden unser Vaterland zerfetzen, würden der deutschen Nation die Mittesten Kolonisationsgebiete rauben, unsere Wirtschaft zerstören, unseren Staat zertrümmern und man würde uns jede Möglichkeit zum Leben rauben in jeder Form, die nur irgendwie denkbar ist. Das muß heute jeder vor Augen haben. Es könnte irgendeiner kommen und sagen: Ja, ich bin Deutscher aber ich habe mich innerlich nie so ganz mit dem Nationalsozialismus verstanden, bitte schont mich! Man würde ihm entgegenhalten: Du bist ein Deutscher und deshalb wirst Du vernichtet! So ist die Lage und wir müssen uns daher in diesem totalen Krieg darauf einstellen, daß jeder Deutsche ein totaler Krieger wird und daß jeder Deutsche, ganz gleich ob Mann oder Frau, ob Junge oder Mädchen, sich darüber klar wird, daß wir noch niemals in unserer Geschichte so vor den letzten Entscheidungen standen: Entweder Aufstieg zur endgültigen Freiheit oder Untergang in einer endgültigen Sklaverei.

Wir wissen, meine lieben Volksgenossen, und der Führer weiß es zuerst, daß dieser Krieg Opfer verlangt. Es gibt kein Opfer, das der Führer dem deutschen Volk und dem deutschen Soldaten zumutet, das er nicht selbst gebracht hat, bringt oder jederzeit bringen würde. Daher ist es klar, daß in dieser totalen Kriegsführung, der wir entgegengehen, kein Platz ist für irgendeine Form von Kriegsgewinnlertum, kein Platz für Spekulanten oder für solche, die glauben, mit den Wunden des Soldaten oder mit dem Leid des Volkes ihr Geschäft machen zu können. Der Wille der Nation zur Selbstverteidigung, der Wille, mit allen Mitteln dem Sieg zu dienen, darf in keiner Weise umgebogen werden. Ich weiß, daß gerade wir hier im Generalgouvernement in erster Linie berufen sind, diese Arbeit zu leisten und wir können daher von diesem Platz aus heute dem Führer den Gruß der Deutschen des Generalgouvernements schicken und ihm zurufen: Führer, auf die Deutschen des Generalgouvernements sollst Du Dich mit Stolz und mit Sicherheit verlassen können!

Wir haben drei große Werte, denen die Welt nichts entgegensetzen kann und aus diesen drei Werten schöpfen wir den Sieg. Der erste Wert ist unser Volk. Dieses Volk der deutschen Nation ist berufen, Europa den Frieden und die Sicherung seiner Kultur zu gewähren. Dieses Volk der Deutschen mit den größten Denkern, Dichtern, Philosophen und Feldherrn, dieses Volk, das der Welt die größten Ideen und als letzte davon den Nationalsozialismus gebracht hat, dieses Volk ist auch in diesem Augenblick berufen, für den ganzen Kontinent den Widerstand im Namen Europas zu leisten. Dieses Volk der Deutschen ist zu dieser Aufgabe berufen und wir müssen in uns diese Berufung mit Stolz tragen. Wir dürfen und können auf die zweitausend Jahre unserer großen Geschichte schauen. Wir müssen daran denken, daß unsere Vorfahren einmal das dekadente damalige römische Imperium zer-

stört haben, wir müssen daran denken, wie die großen deutschen Kaiser des Mittelalters das Volk aufgerichtet haben, wie sie dieses grandiose Reich unseres Volkes geschaffen haben und wie sie immer wieder den Ruhm des deutschen Reiches den Sternen entgegenleuchten ließen. Wir müssen daran denken, wie aus diesem Volk durch die Jahrhunderte und Jahrtausende die größten Gestalter menschlichen Denkens und geistiger Systeme aufgestanden sind, wie ein Martin Luther der feilen Welt des vatikanischen Rom den Kampf ansagte, wie aus diesem Volk der Aufstand der Freiheitskriege gegen den Weltzertrümmerer Napoleon Bonaparte losbrach, wie Bismarck erstand, der aus dem Nichts dieses Reich geschaffen hat und wie im Weltkrieg die Reckengestalt Hindenburgs emporstieg, der dann im Jahre 1933 unserem Führer das Reich anvertraut hat. Welch ein historischer Blick! Wo gibt es ein Volk, das so von sich sprechen kann wie wir?

Dieser erste große Siegeswert des Volkes wird ergänzt durch den zweiten großen geschichtlichen Wert: unsere deutsche Wehrmacht. Wo gibt es einen Soldaten in der Welt - ganz gleich, welcher Waffengattung oder welcher Formation er angehört - der so eine Tradition von heroischen Siegen an seine Fahnen geheftet hält, wie der deutsche? Schauen Sie zurück durch die Jahrhunderte und Jahrtausende, was der deutsche Soldat geleistet hat, wie er gekämpft hat und wie er mit seinem Schwert immer die edelsten Güter gedeckt und verteidigt hat. War es nicht diese aus den tiefsten Geheimnissen unserer Rasse aufsteigende heroische Kraft, die nunmehr in Stalingrad die glorreiche Bestätigung gefunden hat: Die deutsche Wehrmacht ist unbesiegt und unbesiegbar! In dieser Wehrmacht gilt für jeden einzelnen das Wort: Ich will nichts für mich, alles für mein Volk. Jeder Soldat tritt ein in diese Gemeinschaft derer, die vor sich die Freiheit ihres Volkes, hinter sich die Schmach ihres Volkes in der Vergangenheit und sich den Triumph der

unsterblichen heroischen Seele unserer Nation fühlen. das sind die einsamen Männer der Granattrichter, der U-Boote, die einsamen Besatzungen der Flugzeuge, das ist der einsame Panzer, das ist der letzte Posten in irgendeiner Grabenecke, hinter dem kein Befehl mehr steht, hinter dem kein Vorgesetzter mehr steht, aber der aus sich heraus die Waffe hält und sagt: Mit meiner Brust decke ich Deutschland! Dieser Soldat ist unbesiegbar!

Über diesen zwei Werten, Volk und Wehrmacht, steht krönend ein Glückswert, über den wir verfügen und der der Garant des Sieges ist. Wir werden siegen, weil wir einen Adolf Hitler haben! Wir werden siegen, denn in Adolf Hitler zeigt sich die Wesensvereinigung der besten Werte unseres Volkes mit denen besten deutschen Soldatentums. Er ist ein Mann, der in der Geschichte alle zehntausend Jahre einmal kommt. Seien Sie überzeugt, meine lieben Volksgenossen, daß ein Mann wie dieser, der aus Nichts, ja aus weniger als Nichts, die größte politische Bewegung dieser Zeit aufgerichtet hat, berufen ist zu siegen. Adolf Hitler ist eine einmalige Gestalt. Er ist kein Cajus Julius Cäsar, kein Napoleon Bonaparte und es ist falsch, ihn überhaupt mit irgendeinem historischen Vorbild vergleichen zu wollen. Adolf Hitler ist Adolf Hitler. Er ist einmalig, er hat keine Ahnen unter den Staatsmännern der Welt. Er ist selbst der erste Ahn des kommenden deutschen Volkes. Was wäre aus uns geworden, wenn er nicht gekommen wäre, was wäre aus Europa geworden, wenn er nicht gekommen wäre und was wäre selbst aus denen geworden, die heute seine Gegner in der Welt sind? Dann hätte Stalin Schluß gemacht mit dieser Welt. Wir müssen uns klar sein, daß die Aufgabe, die er gestellt hat, ausgerichtet ist nach seinem Charakter. Wir sehen an Adolf Hitler diese vorbildliche Haltung, die nichts für sich, sondern alles für das Volk will, und es hat keinen Mann in der Welt gegeben, der so tapfer, treu und selbstlos sein Volk

geliebt hat wie Adolf Hitler. Es hat aber auch keinen Mann gegeben, über den so offensichtlich der göttliche Segen leuchtet wie über ihn. Daß das der eine oder andere unserer Gegner nicht wahr haben will, kann uns nur bestärken. Wen Stalin bekämpft, der muß vom deutschen Volke geliebt werden. Wer uns die Linie unserer Anschauungen gelehrt hat, wer uns aufgerichtet hat aus der Tiefe und uns den Glauben an uns selbst gegeben hat, wer wie Adolf Hitler von Versammlung zu Versammlung eilte, um die Menschen aufzurufen, wer selbst wie er in jedem Bunker weilt und unaufhörlich die Probleme meistert, die unausgesetzt an ihn heranströmen, der ist berufen, uns alle aufzurufen, entweder ihm zu gehorchen, ihm zu folgen, ihm zu vertrauen, oder unwürdig zu werden der Gemeinschaft. Das deutsche Volk weiß, was es an seinem Führer besitzt und es braucht diesen Hinweis nicht. Man muß nur bedenken, was die Welt darum geben würde, wenn wir einen Adolf Hitler nicht mehr hätten. Man braucht nur zu ermessen, welcher Triumph in der Welt ausbräche, wenn Adolf Hitler nicht mehr wäre. Daß dieser Schmerz des deutschen Volkes die größte Freude der Feinde unseres Volkes wäre, ist klar. Daher haben wir nur ein Gebet zum Himmel: Herrgott, schütze uns den Führer, erhalte ihn uns und gib ihm den Sieg!

So sind in diesen drei Werten Volk, Wehrmacht und Führer, heute für jeden Deutschen die ehernen Bewußtseinsfundamente aufgerichtet, nach denen er seine Pflicht zu erfüllen hat.

Wir Deutsche hier im Generalgouvernement werden uns weiterhin bemühen eine Ordnung aufzurichten und wir werden in dieser Linie fortfahren. Die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes wird zur Arbeit herangezogen und ich werde in Zukunft mit allen Mitteln versuchen, die fremdvölkische Bevölkerung in noch stärkerem Maße als bisher in den Dienst unserer Werke und unserer Industrie zu stellen. Wenn es in der Welt heißt,

daß die Deutschen ungerecht und hart gegen die Polen vorgegangen seien und daß das Generalgouvernement eine Zerstörungsstätte für das Polentum sei, dann bitte ich Sie folgendes zu bedenken: Unlängst weilte in Moskau eine englische Kommission, die untersuchen sollte, was aus den 1.8 Millionen Polen wurde, die die Sowjetregierung im Verlauf ihrer Okkupation von Galizien und des Wilnagebietes in knapp eineinhalb Jahren nach Innenrußland abtransportiert hat. Von diesen 1.8 Millionen haben sich in dem weiten Rußland nur noch zweihundertzehntausend gefunden, sodaß heute feststeht, daß die Moskauer Sowjetregierung 1.6 Millionen Polen ermordet hat. Was sagt die Welt zu diesem Vorgang? Wir können mit Fug und Recht darauf verweisen, daß das Regime, das wir hier im Namen des Reiches eingerichtet haben, ein unerhört menschliches ist. Wie wären die Polen in Deutschland mit uns umgegangen? Fragen Sie sich das einmal! Ich weiß, es ist schwer, immer die Nerven zu behalten, aber ich appelliere an die Deutschen, allen Schwierigkeiten zum Trotz diese starke Haltung beizubehalten. Wir sind in diesem Land die Vorposten der nachrückenden Deutschen von einst, und wir haben diese Haltung zu wahren vielen Millionen Fremdvölkischen gegenüber. Soweit diese Fremdvölkischen loyal sind und arbeiten, werde ich sogar hoffentlich in nächster Zeit zu einigen Verbesserungen der Lebensmittelversorgung schreiten können. Im übrigen erwarte ich Gehorsam und Hingabe an das gemeinsame europäische Ziel und Hingabe an den Dienst im Namen des Reiches, das auch dafür sorgen wird, daß der Bolschewismus nicht nach Warschau kommt. Da würden die polnischen Pfaffen und Pfarrer schauen, wenn Stalin mit seinen Freiheitstruppen hier einmarschieren würde!
Wir haben das Recht zu verlangen, daß man uns gehorcht!
In jedem Fall weiß ich, meine lieben Parteigenossen, daß Sie in dieser Richtung aushalten werden. Wir sind

stark, zum Sieg entschlossen und vor allem tapfer. Uns kriegt man nicht klein!

Deutsche! Wir haben uns in dieser Feierstunde vereint und ich danke Euch für Euer Bekenntnis. Ich weiß, daß Ihr wie bisher Eure Pflicht tun werdet. Ich verlasse Warschau mit der festen Überzeugung, daß Sie, deutsche Männer und Frauen dieses Raumes, alle nur einen Glauben in sich tragen: Adolf Hitler und ein siegreiches Großdeutschland!

(Stürmischer Beifall.)

Mit dem von Gouverneur Dr. Fischer ausgebrachten Sieg Heil und den Liedern der Nation findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{50} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Haus Roma zum Schloß Belvedere und anschließend nach Krakau.

Krakau

Montag, den 1. Februar 1943

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} T r a u u n g von Stabsleiter Gabelmann-HJ mit Fräulein Laskowsky im Königssaal der Burg.

Bei dem feierlichen Akt hält der Herr Generalgouverneur nach der Trauzeremonie durch den Standesbeamten folgende Ansprache:

Mir obliegt nun, Euren Bund im Namen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei feierlich zu segnen. Dieser Augenblick auf der Burg zu'Krakau ist der Geburtsstunde einer Lebensgemeinschaft geweiht. Sofern in diesem Raum jemals Könige weilten und hier Zepter und Krone erhielten, - sie waren nichts mit ihrer leeren vergänglichen Pracht gegenüber dem deutschen germanischen Leben, das nun in Euch beiden in dieser Burg sieghaft erschienen ist. Dieses Leben unseres Volkes, dessén Zeugen Ihr beide seid, gibt von jetzt ab dieser Burg die Weihe. Wir haben in Eurer Anwesenheit, Parteigenossinnen und Parteigenossen, Kameradinnen und Kameraden, in diesem Festsaal der Burg die erste nationalsozialistische Ehe vor dem staatlichen Repräsentanten geschlossen. Er anerkennt Euch als Eheleute und will, daß die Nachkommenschaft, die aus Eurem Bunde entspringen wird, dereinst den ehelichen Namen einer deutschen Sippe weiterführt.

Wir Parteigenossen und Mitkämpfer geleiten Euren Bund mit dem Segen der Bewegung. Wir segnen Euren Bund, wir segnen die Verbindungsweihe deutscher Sippen zu einem neuen Gemeinschaftsband.

1.2.1943

Bei einer Rückschau in die früheste deutsche Geschichte sehen wir, daß es einer der stolzesten Akte war, wenn sich zwei edle germanische Sippen verbanden. Da trat der junge Mann, geschmückt mit dem Speer der Ahnen und im vollen Glanz der Waffen seines Stammes, dem Vertreter der Sippe seiner Braut gegenüber und bat um ihre Hand. Der Sippenwürdigste - es war meist der Vater, sofern er am leben war - übergab die Braut mit den Segnungen seiner Sippe dem Werbenden. Zum Zeichen, daß nun die weibliche Blüte der eigenen Sippe in den Stamm des Mannes einging, übergab der Sippenälteste dem Bräutigam Schwert und Speer. Mit den Worten: ziehe hin mit dieser Blüte unserer Sippe, ehre und achte sie als Mann, sieh in ihr nicht ein dir willenlos ausgeliefertes Wesen, sondern den treuen Kameraden und den Verewiger deiner eigenen Sippe! In diese hohe Würde strahlte nach unserer germanischen Eheauffassung nicht so sehr die Zeitlosigkeit des Staates, als vielmehr die Ewigkeit des Volkes.

Ich freue mich, Euch beiden den Segen der Bewegung, den Segen unserer herrlichen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, all' ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, den Segen Eurer Kameradinnen und Kameraden und aller Parteigenossinnen und Parteigenossen des Generalgouvernements mit auf den Weg geben zu können. Gerade in einem Augenblick, da die Wogen des Hasses und der Verderbnis von allen Seiten an unser nationalsozialistisches Reich branden, möge sich in Euch der Glimmerfunke der Liebe entfachen im Bewußtsein der unzerstörbaren Ewigkeit unseres Lebens.

1.2.1943

Ich frage Dich, Kamerad, - willst Du in diesem Sinne mit den Segnungen der Bewegung diese Deine Frau als Kameradin des nationalsozialistischen Kampfes stark und stolz und treu geleiten, dann antworte mit Ja. Und ich frage Dich, junge Frau, willst Du getreu den Pflichten der deutschen Frauen, die gerade in dieser Zeit so leuchtende Opfer bringen, diesem Deinen Dir angetrauten Manne im Sinne des Führers, in seinem Geist und in seiner leuchtenden Reinheit, eine deutsche Frau sein? - Dann möge der Segen des Führers, das unsterbliche herrliche Leben Germaniens in Eurem Bund erstrahlen und Euch geleiten!

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2. Februar 1943

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Senkowsky.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst dei vom Reichswirtschaftsministerium an das Generalgouvernement gestellte Forderung der Lieferung von einer Million Hektoliter Sprit.

Der Herr Generalgouverneur trifft zu Protokoll folgende Feststellung:

Dem Generalgouverneur wird ein Fernschreiben des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Dr. Emmerich vom 30. Januar vorgelegt, betreffend eine Forderung, die Präsident Kehrl an die Hauptabteilung Wirtschaft wegen dringendst notwendiger Lieferung von Sprit für das Reich gerichtet hat. Der Generalgouverneur verfügt, daß Staatssekretär Dr. Bühler in Verbindung mit den Präsidenten der Hauptabteilungen Wirtschaft, Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft prüfen soll, inwieweit und unter welchen Bedingungen allenfalls der Forderung des Reiches entsprochen werden kann.

Weiter stellt der Herr Generalgouverneur zu Protokoll fest:

Der Präsident der Hauptabteilung Finanzen Dr. Senkowsky überreicht dem Generalgouverneur ein Schreiben des Reichsfinanzministers betr.

2.2.1943

Haushaltsplan des Generalgouvernements. Der Generalgouverneur stellt danach fest, daß der Reichsfinanzminister das Schreiben vom 7.Januar abschriftlich auch dem Reichsminister Dr.Lammers und dem Reichsleiter Bormann zur Kenntnis hat zugehen lassen.

Der Generalgouverneur verfügt, daß bis zum Eingang einer Stellungnahme dieser beiden von dem Reichsfinanzminister in die Debatte gezogenen Persönlichkeiten, die offensichtlich vom Reichsfinanzminister als sachlich mitzuständig angesehen werden, von einer Antwort an den Reichsfinanzminister abzusehen ist.

Der Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler,sich wegen einer unmittelbaren Verhandlung der in diesem Schreiben angeschnittenen Frage mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen Präsident Dr. Senkowsky und dem Reichsfinanzminister in Verbindung zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur weist im übrigen darauf hin, daß der Haushalt genehmigt sei und also eine unmittelbare Gefahr nicht bestehe.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß er auf diese Weise mit der praktischen Arbeit nicht recht weiter komme, zumal Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh eine Genehmigungsverfügung des Reichsfinanzministers für notwendig erachte. Von Wichtigkeit sei auch die Stellungnahme zu gewissen Fragen, so z.B. derjenigen der Dienstaufwandentschädigung, an der auch Staatssekretär Dr. Bühler interessiert sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. Senkowsky, bei seinen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium den Standpunkt des Herrn Generalgouverneurs deutlich zum Ausdruck zu bringen und vor

2.2.1943

allem zu betonen, daß der Herr Generalgouverneur ausschließlich mit dem Reichsfinanzminister zu verhandeln gedenke.

12[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten a.D. Minister Rümmelin.

Gesandter a.D. Rümelin meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er vom 1.Februar 1943 ab eine neue Stellung beim Südost-Europa-Institut in Wien übernommen habe. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur für das große Entgegenkommen, das er ihm in seiner Tätigkeit vor allem im Rahmen der Werke des Generalgouvernements stets gezeigt habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Gesandten a.D. Rümelin seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus. Er überreicht dem Gesandten a.D. Rümelin einen Original-Holzschnitt mit einem Bilde aus der Stadt Krakau und stellt ihm als weitores Abschiedsgeschenk ein Exemplar des Behaim-Kodex in Aussicht.

Gesandter a.D. Rümelin dankt dem Herrn Generalgouverneur bewegt für diese Gabe. Er schildert dann noch die Umstände, unter denen Gesandter von Wühlisch am 13. Januar 1943 verstorben ist.

12[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Tippelskirch.

Gesandter von Tippelskirch meldet sich zum Dienstantritt bei der Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Krakau. Er bemerkt dabei, daß sich sein Auftrag zunächst auf die Zeitdauer von 4 Wochen erstrecke und vorerst den Charakter einer Dienstreise habe.

2.2.1943

12[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant von Höberth, der sich von seinem Posten als Oberfeldkommandant in Krakau abmeldet.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant von Höberth seinen Dank für die großen Dienste aus, die er in seiner Eigenschaft als Oberfeldkommandant dem Generalgouvernement geleistet habe, und gedenkt vor allem des engen kameradschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und militärischen Dienststellen.

Als Abschiedsgabe überreicht der Herr Generalgouverneur Generalleutnant von Höberth einen Original-Holzschnitt aus der Stadt Krakau sowie ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung, die den Satz enthält: Si quis tota die currens pervenit ad vesperam, satis est.

13[30] Besprechung mit Pressechef Gassner und dem Vertreter des Baedeker-Verlages Steinheil.

Herr Steinheil legt dem Herrn Generalgouverneur das nunmehr fertiggestellte Manuskript des "Baedeker für das Generalgouvernement" vor.

Der Herr Generalgouverneur nimmt eingehend Kenntnis von dem Manuskript und gibt seiner Freude über die vortreffliche Arbeit Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, daß dem Text des Buches ein Ausschnitt aus einer seiner Reden vorangestellt wird, und bittet Herrn Steinheil, sich mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh in Verbindung zu setzen, der beauftragt werden soll, eine kleine Abhandlung über die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements für den Baedeker des Generalgouvernement zu verfassen.

Herr Steinheil erklärt sich bereit, dieser und anderen Anregungen des Herrn Generalgouverneur zu folgen, und bemerkt dabei, daß das Manuskript noch

2.2.1943

12[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant von Höberth, der sich von seinem Posten als Oberfeldkommandant in Krakau abmeldet.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant von Höberth seinen Dank für die großen Dienste aus, die er in seiner Eigenschaft als Oberfeldkommandant dem Generalgouvernement geleistet habe, und gedenkt vor allem des engen kameradschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und militärischen Dienststellen.

Als Abschiedsgabe überreicht der Herr Generalgouverneur Generalleutnant von Höberth einen Original-Holzschnitt aus der Stadt Krakau sowie ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung, die den Satz enthält: Si quis tota die currens pervenit ad vesperam, satis est.

13[30] Besprechung mit Pressechef Gassner und dem Vertreter des Baedeker-Verlages Steinheil.

Herr Steinheil legt dem Herrn Generalgouverneur das nunmehr fertiggestellte Manuskript des "Baedeker für das Generalgouvernement" vor.

Der Herr Generalgouverneur nimmt eingehend Kenntnis von dem Manuskript und gibt seiner Freude über die vortreffliche Arbeit Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, daß dem Text des Buches ein Ausschnitt aus einer seiner Reden vorangestellt wird, und bittet Herrn Steinheil, sich mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh in Verbindung zu setzen, der beauftragt werden soll, eine kleine Abhandlung über die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements für den Baedeker des Generalgouvernement zu verfassen.

Herr Steinheil erklärt sich bereit, dieser und anderen Anregungen des Herrn Generalgouverneur zu folgen, und bemerkt dabei, daß das Manuskript noch

2.2.1943

einer eingehenden Durchsicht auf gewisse Unstimmigkeiten hin unterzogen werde. Das Werk werde am 1.Mai erscheinen und voraussichtlich zum Preise von RM 6,-- oder 7,-- zum Verkauf gelangen. Die erste Auflage werde 2o ooo Exemplare umfassen.

Der Herr Generalgouverneur bittet Pressechef Gassner und Herrn Steinheil, zu einer abschließenden zwanglosen Besprechung am 4.Februar nach Kressendorf zu kommen.

16[lo] A r b e i t s s i t z u n g .

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Präsident Dr. S t r u v e
Präsident Dr. L o s a c k e r
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Zur Beratung steht zunächst der Entwurf einer Verordnung über die Arbeitsmeldepflicht.

Da dieser Verordnungsentwurf dem Inhalt der Reichsverordnung entspricht, wird er vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet, der gleichzeitig Staatssekretär Dr. Bühler ermächtigt, etwa notwendig werdende Änderungen vorzunehmen. Mit diesem Vorbehalt tritt die Verordnung am 3.Februar 1943 in Kraft.

Darauf wird die Frage erörtert, ob sich aus dieser Heranziehung aller deutschen Kräfte für den Kriegseinsatz nicht zwangsläufig auch die totale Heranziehung der Fremdbevölkerung ergibt.

2.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler wirft die Frage auf, ob nicht jahrgangweise eine Musterung und Beorderung der Bevölkerung für die Arbeit im Reich oder im Generalgouvernement durchgeführt werden kann.

Der Herr Generalgouverneurweist darauf hin, daß man die Fremdbevölkerung nur zwangsweise einziehen könne, wenn man über die für die Durchführung dieser Maßnahme notwendigen Organe verfüge. An sich sei die Arbeitspflicht für die Polen schon 1939 deklariert worden, man brauchte also nur auf die diesbezügliche Verordnung zurückgreifen.

Auf den Einwand des Präsidenten Dr. Struve, daß dieser Tatbestand durch die allgemeine Dienstpflichtanordnung in etwa überholt sei, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß diese Anordnung im Generalgouvernement nicht gelte. Auch die Sauckel'sche Verordnung gelte nur im Deutschen Reich. Deshalb müsse eine eigene Verordnung für das Generalgouvernement erlassen werden. Reichsgesetze könnten im Generalgouvernement nur durch den Generalgouverneur in Kraft gesetzt werden. Demnach sei die fremdvölkische Bevölkerung von reichswegen überhaupt nicht erfaßbar. Es frage sich nun, auf welchem Wege man die fremdvölkische Bevölkerung in die Arbeitspflicht einführen wolle, und ob es möglich sei, die Verordnung vom Oktober 1939 wieder ins Leben zu rufen und irgendwie fruchtbar zu machen. Nach seiner Meinung habe das nur einen Sinn, wenn man über den Apparat verfüge, der die Verordnung in Kraft setze. Er beabsichtige daher, einen anderen Weg zu beschreiten, nämlich die Ernährungssituation der in deutschen Betrieben tätigen Polen zu verbessern. Bei der vor kurzem in Warschau stattgefundenen Besprechung hätten sich alle Beteiligten, die Gouverneureund Sicherheitsorgane, absdut auf den Standpunkt gestellt, daß die im deutschen Interesse arbeitenden Polen eine bessere Verpflegung oder eine Zusatzernährung erhalten müßten.

2.2.1943

Es wäre immerhin möglich, die Arbeitspflicht der Polen mit der Lebensmittelkarte zu kombinieren.

Staatssekretär Dr. Bühler meint, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung nach wie vor auf die Lebensmittelzuteilung um den Preis verzichten werde, daß er nicht für deutsche Interessen zu arbeiten brauche.

Der Herr Generalgouverneur will unter keinen Umständen den Zustand aufrecht erhalten wissen, daß Teile der polnischen Bevölkerung ohne Arbeit seien, während deutschen Frauen arbeiten müßten. Deshalb müsse einmal gründlich überlegt werden, welche Anwendbakeit man der Verordnung von Oktober 1939 zu teil werden lassen könne. Es müsse geprüft werden, wen man einberufe, welche Nachteile besonders hinsichtlich der Ernährung die Bevölkerungsteile haben sollten, die sich der Arbeit entzögen, und mit welchen Organen man schließlich alle solche Maßnahmen durchzuführen gedenke.

Präsident Dr. Struve hält die Durchführung solcher Maßnahmen für unbedingt geboten. Leider seien eben die Exekutivkräfte für die Erfassung dieser polnischen Arbeitskräfte nicht ausreichend.

Der Herr Generalgouverneur ist willens, gegebenenfalls bei der Wehrmacht für die Durchführung dieser Maßnahmen einige Kompanien zu erbitten, die dann die nichtarbeitswilligen Teile der Bevölkerung erfassen könnten. Polizei und Sonderdienst seien leider für die Erfüllung einer solchen Aufgabe zu schwach. Er beauftrage deshlab Staatssekretär Dr. Bühler, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

2.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler stellt sodann im Rahmen der Vereinfachung der Verwaltung drei große Aufgabengebiete heraus, die auch während des Krieges bestehen bleiben müßten:

1. die Erzeugungsschlacht auf dem Sektor der Ernährung und Landwirtschaft
2. die Arbeitererfassung zugunsten des Reiches und zugunsten der Wirtschaft des Generalgouvernements
3. die Aufrechterhaltung der Versorgungswirtschaft und der Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement.

Alle anderen Aufgabengebiete müßten daraufhin überprüft werden, ob sie nicht entbehrlich seien oder immerhin nur Hilfsfunktionen für die Durchführung dieser drei großen Aufgaben ausübten.

Wenn der Umfang der Aufgaben auf diese geringe Zahl eingeschränkt sei, dann müsse aber dem Kreishauptmann als dem untersten Organ die unmittelbare Befehlsgewalt über alle Arbeitsbereiche übertragen werden. Durch die Proklamierung der Einheit der Verwaltung sei hiermit der Anfang gemacht worden; aber um die Einheit der Verwaltung wirklich herzustellen und die Verwaltung besonders schlagkräftig zu machen, wäre es erforderlich, die Arbeit der Verwaltung in das Amt des Kreishauptmanns einzugliedern, so daß beispielsweise der Kreishauptmann der Dienstvorgesetzte des Arbeitsamtsleiters werde. Um der Arbeitsverwaltung diesen Schritt zu erleichtern und um kein Präjudiz zu schaffen, könnte man die Gültigkeit dieser Maßnahme auf Kriegszeit begrenzen. Dasselbe solle auch für den landwirtschaftlichen Sektor gelten. An der Eingliederung der Finanzverwaltung und der Forstverwaltung als Spezialverwaltung in die Kreishauptmannschaft bestehe kein politisches Interesse. Zweck dieses

2.2.1943

Neuregelung sei, daß der Kreishauptmann, der heute schon für vieles verantwortlich sei, mit den Vollmachten ausgestattet werde, deren er für die Erfüllung der ihm erteilten Aufträge bedürfe.

Präsident Dr. Struve gibt zu bedenken, daß bis jetzt ohne Zuständigkeitsverlagerung die Dinge reibungslos gelaufen seien. Die Arbeitsämter hätten, soweit es sich um politische Dinge handle, jederzeit den Wünschen der Kreishauptmänner oder Gouverneure Rechnung getragen. Irgendwelche Differenzen seien eigentlich bisher nicht entstanden. Man dürfe die Dinge nicht allein von der Erfassungsaktion und den sich daraus bildenden Obliegenheiten sehen, bei denen der Kreishauptmann die Initiative habe und die Verantwortung trage. Die Arbeitseinsatzverwaltung sei im allgemeinen auch Fachverwaltung. Der Dienstbetrieb würde ganz empfindlich gestört werden, wenn sich die Kreishauptmänner um jede Kleinigkeit kümmern würden. Den Männern der Arbeitseinsatzverwaltung würde damit keine Entlastung sondern eine Belastung gebracht werden. Darüber hinaus würde wahrscheinlich auch der Kirchturmspolitik innerhalb des Generalgouvernements Vorschub geleistet. Das Arbeitsamt brauche immer einen ausgleichenden Faktor, der sich aber nicht an die untere Verwaltungsgrenze anlehnen könne, sondern allgemein für das Generalgouvernement ausgleichend wirke. Oft werde es zum Kampf des einen Kreishauptmanns gegen den anderen kommen, weil ein Kreishauptmann behaupten würde, daß er keine Leute abgeben könne.

Präsident Dr. Losacker hält es angesichts der Aufgabenstellung und der Verantwortung des Kreishauptmanns für unbedingt erforderlich, daß eine einheitliche Befehlsgewalt bestehe. Das sei umso notwendiger, als die Verhältnisse in den nächsten Monaten noch schwieriger werden würden. Dieselben Bedenken seien

2.2.1943

übrigens auch gegen die Eingliederung der Wirtschaftsverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung in die Kreishauptmannschaft geltend gemacht worden. Die Finanz- und Forstverwaltung seien davon ausgenommen, weil sie keine politischen Verwaltungen seien. Den Kreishauptmann interessiere es nicht, wie die Steuereintragungs- oder Hebelisten geführt würden oder wie der Wald bewirtschaftet werde. Der Kreishauptmann könne in politischer Hinsicht,nicht aber in fachlicher Hinsicht Einfluß darauf nehmen. Das gleiche gelte auch für das Arbeitsamt. Die Tatsache, daß anfangs Ernährung und Landwirtschaft der Befehlsgewalt des Kreishauptmanns entzogen waren, habe eine Unzahl von Reibungen zur Folge gehabt. Die Verhältnisse hätten sich geändert, nachdem sich die Sachbearbeiter einheitlich in einer Behörde zusammengefunden und einheitlich ihre Aufträge durchzuführen hätten. Die Arbeit gehe viel leichter vonstatten, wenn sich auch die Hauptabteilung Arbeit an eine einzige Persönlichkeit halten könne. Wenn man den Einwand mache, daß der Kreishauptmann sich nicht um die Dinge kümmern könne, so kümmere er sich ja auch nicht darum, wie die Landeskultur im einzelnen gestaltet werde. Dazu sei er ja nicht imstande, wohl aber solle er die Möglichkeit haben, die großen Grundzüge durchzusetzen, sei er doch verantwortlich dafür, daß das Getreide aufgebracht und die Arbeiter gestellt würden. Einen fachlichen Befehl könne er dem Arbeitsamt nicht erteilen.

Der Herr Generalgouverneur billigt die Tendenz, die dahin zielt, dem Kreishauptmann einen Einfluß in diesen Dingen zu geben. Voraussetzung sei allerdings, daß der Kreishauptmann wirklich zur Übernahme einer solchen Aufgabe fähig und diesen großen Vollmachten gewachsen sei, daß zweitens die Spezialverwaltungen

nicht mit begründeten Klagen kämen.

Was von der Finanz- und Forstverwaltung gesagt worden sei, leuchte ihm nicht ein. Für jede Hauptabteilung sei es selbstverständlich leichter, eine solche Zusammenfassung zu ertragen, wenn sie alle treffe. Auf die Dauer des Krieges könnte schließlich auch eine Verbindung der Kreishauptmannschaft mit dem Forst- und Finanzamt hergestellt werden. Die Hauptabteilungen müßten einsehen, daß man zu solchen radikalen Methoden greifen müsse, immer unter der Voraussetzung, daß gleichwohl die Arbeit auf der großen Linie gesichert bleibe.

Staatssekretär Dr. Boepple will angesichts der Tatsache, daß z.B. ein Kreishauptmann für die Erfassung von Arbeitskräften im Interesse des Reiches kein Interesse gezeigt habe, gewisse Sicherungen für ein gutes Funktionieren dieser Neuregelung getroffen sehen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man gleich in die Beratung dieser Frage eingetreten sei und damit eigentlich Präsident Dr. Struve vor eine vollendete Tatsache gestellt habe. Er bitte deshalb Präsident Dr. Struve, von dieser Besprechung keine weitere Notiz zu nehmen. Selbstverständlich werde er, der Generalgouverneur, nie etwas Derartiges anordnen, ohne Präsident Dr. Struve gehört zu haben. Zum anderen bitte er aber Präsident Dr. Struve, zu erwägen, ob er nicht doch den in der Besprechung geltend gemachten Forderungen irgendwie entsprechen könne.

(Präsident Dr. Struve verläßt das Beratungszimmer)

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Bedauern darüber Ausdruck, daß man nur einen Hauptabteilungsleiter zur Besprechung dieser auch allgemein wichtigen Frage hinzugezogen habe, umso mehr, als auch

2.2.1943

andere Hauptabteilungsleiter gebeten hätten, an dieser Besprechung teilnehmen zu dürfen. Er müsse zu dieser gewundenen Erklärung greifen, weil er nicht wünsche, daß eine der Hauptabteilungen den Eindruck habe, es gehe um sie.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der

Vereinfachung der Verwaltung

zu.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß auf diesem Gebiete abgesehen von dem, was er darüber bereits gesagt habe, noch viele andere Probleme zu lösen seien, insbesondere soweit sie den Verwaltungsapparat als solchen beträfen.

Zunächst schlage er vor, dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Bausch und Bogen die Vollmacht, auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung federführend zu arbeiten, zu übertragen.

Staatssekretär Dr. Bühler legt hierauf dem Herrn Generalgouverneur einen in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. Losacker aufgestellten Entwurf einer Verordnung vor. Der Wortlaut dieses Verordnungsentwurfs wird zur Verlesung gebracht.

Auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs werden an dem Entwurf verschiedene stilistische und redaktionelle Änderungen vorgenommen. Vor allem ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß statt der Bezeichnung: "Beauftragter für Verwaltungsvereinfachung" gesagt wird: "Beauftragter für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau".

Der Entwurf der Verordnung wird in der geänderten Fassung vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

2.2.1943

Ferner wird dem Herrn Generalgouvemeur der Entwurf eines

Erlasses über Einschränkungen im Gesetzgebungsverfahren

vorgelegt.

Der Entwurf findet unter Hinzufügung des Satzes, daß auch der Leiter der Abteilung Gesetzgebung gehört werden muß, die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Weiter wird dem Herrn Generalgouverneur der Entwurf eines

Erlasses über die Einschränkung des Aufenthalt und des Zuzugs von Reichsdeutschen im Generalgouvernement

vorgelegt.

Auch dieser Erlaßentwurf wird vom Herrn Generalgouverneur unter Vorbehalt einiger Änderungen unterzeichnet.

Präsident Dr. Losacker geht nunmehr mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Personalverringerung auf die Frage der Verwaltungsvereinfachung ein. Bei der Prüfung des bestehenden Zustandes könne man davon ausgehen, daß sich die Dreiteilung in Kreishauptmann, Gouverneur und Regierung durchaus bewährt habe. Der Verwaltungsaufbau sei klar, die Befehlsverhältnisse wie die Verwaltungsergebnisse befriedigend. Wesentliche Personaleinsparungen bei Änderung der Organisation als solcher wären wohl nicht möglich.

Man könne nun in verschiedenen Punkten an eine Verwaltungsvereinfachung mit dem Ziel der Personaleinsparung herangehen. Am meisten Erfolg verspreche die Aufgabenbeschränkung. Aufgabenbereiche, die nach ihrer Wichtigkeit einen gewissen Vorrang in der Gesamtorganisation genössen, müßten aufrecht erhalten bleiben. Das könne dazu führen, daß die Arbeit einzelner Referate gesteigert, während andere Dienststellen

2.2.1943

ganz stillgelegt werden müßten. Dafür werde man einen Geschäftsverteilungsplan aufstellen müssen, was natürlich sehr schwierig sei. Denn jeder, der eine Verantwortung habe oder ein Amt leite, glaube, daß es besonders wichtig sei. Vielleicht komme man auf dem anderen Wege besser voran, indem man der Dienststelle auferlege, einen gewissen Prozentsatz des Personals abzugeben. Das würde bedeuten, daß man das jetzt bestehende Zahlenverhältnis der Hauptabteilungen, Ämter und Dienststellen aufrecht erhalte. Das sei aber falsch; wenn die Abteilung Propaganda oder irgendeine andere Abteilung jetzt vielleicht auch noch mit Personal stark besetzt sei, so wäre das sehr leicht durchzuführen, während andere Abteilungen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Es bleibe nichts anderes übrig, als sich mit jedem Einzelnen dieser Menschen zusammenzusetzen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß darüber noch kein Erlaß veröffentlich werde. Auch sei es nicht seine Absicht, den Führererlaß schon einzuführen.

Präsident Dr. Losacker bemerkt, daß er für die Durchführung der von ihm geplanten Maßnahmen mindestens 2 Monate brauche. Er werde allerdings laufend Vorschläge machen können. Die Arbeit werde für ihn sehr schwierig sein, er hoffe aber, daß alle persönlichen Reibungenvermieden werden könnten. Vor allem wolle man alle Bestimmungen fallen lassen, die s sich z.B. im Straßenverkehr mit überholten Überwachungsmaßnahmen befaßten. Weiter komme das Gebiet der Zuständigkeitsüberschneidungen in Betracht. Man müsse einmal die Frage untersuchen, inwiefern bei den verschiedenen Organisationen, aber auch bei Partei,

2.2.1943

Polizei und Staat eine Doppelgleisigkeit bestehe. So z.B. habe die Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Hauptabteilung Innere Verwaltung Aufgaben zu erfüllen, die auch von der NSV betreut würden. Immer noch bestehe bei vielen Dienststellen das Bestreben, anderen Dienststellen eine Zuständigkeit wegzunehmen oder sich als Zustimmungsorgan dazwischen zu schalten. Hier gelte es, ganz gewaltig aufzuräumen, so schwer das auch sein werde. Schließlich habe der Begriff der Einheit der Verwaltung die Bedeutung, daß in der horizontalen Ebene beim Kreishauptmann, Gouverneur und Regierung eine einheitliche Befehlsinstanz vorhanden sei.

Der Herr Generalgouverneur ist entschlossen, auch gegen den Willen der Hauptabteilungsleiter die Neuregelung rücksichtlos durchzusetzen. Er verlange nur, daß sie gehört würden, und werde ihre Einsprüche zur Kenntnis nehmen; aber die Entscheidung behalte er sich in jedem einzelnen Falle vor. Er sei bereit, dem Präsidenten Dr. Losacker als seinem Bevollmächtigten immer helfend zur Seite zu stehen.

Präsident Dr. Losacker geht dann auf die Frage der Einschaltung der fremdvölkischen Kräfte ein und weist unter anderem darauf hin, daß es noch aus der österreichischen Zeit gute Inspektoren und Juristen gebe, die in Galizien die gesamte Selbstverwaltung geschaffen hätten. Man müsse allerdings für diese Kräfte die Lebensmöglichkeiten bessern. Man könne diese Elemente auch zu kleinen hoheitlichen Funktionen heranziehen. Daß es möglich sei, die Fremdvölkischen mehr als bisher auch in der Stadtverwaltung zu verwenden, zeige das Beispiel der Stadt Warschau,

während die Stadtverwaltung Krakau in ihrer Personalgebarung hinsichtlich der Beschäftigung von deutschen Elementen eine größere Sparsamkeit walten lassen müßte. In Galizien habe man drei Verwaltungsschulen für die Fremdvölkischen errichtet, in denen Bürgermeister und Gemeindesekretäre ausgebildet und auch Kurse in deutscher Sprache veranstaltet würden.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich entschieden für die Ausnutzung dieser Möglichkeiten aus und will den Versuch gemacht sehen, für die 4oo eingezogenen deutschen Kräfte geeignete fremdvölkische Kräfte zu erhalten. Bei diesen Versuchen dürfe man sich unter keinen Umständen von irgendwelchen Rücksichten auf Stimmungen in Berlin leiten lassen. Eine Neuregelung der Bezahlung dieser fremdvölkischen Kräfte werde jetzt von ihm angeordnet werden.

Präsident Dr. Losacker hält es weiter für notwendig, daß mehr als bisher Männerarbeit durch Frauenarbeit ersetzt werde, damit Männer für den Wehrdienst freigestellt werden könnten. Auch könne man an eine Zusammenlegung von Kreishauptmannschaften denken, wenn eine solche Maßnahme immerhin zur Zeit auch noch nicht zu befürworten sei. Zu bedenken sei, daß man eine gewisse Reserve an Menschenmaterial für wichtige Dinge haben müsse. Diese Reserve könne z.B. dadurch geschaffen werden, daß interimistisch der Distrikt Krakau von der Regierung verwaltet werde. Einen Erfolg verspreche er sich ferner von der Durchführung des Grundsatzes der Dezentralisation, mit der die Verantwortungsfreudigkeit der unteren Dienststellen erhöht werde. Wenn man nach diesen Grundsätzen verfahre, dann eröffne sich die Aussicht, daß man auf dem Wege der

2.2.1943

Vereinfachung der Verwaltung vorankommen werde. Man entferne die deutschen Elemente, die im Generalgouvernement nichts zu suchen hätten und sich den Verpflichtungen gegenüber dem Reich entziehen wollten; man prüfe in den einzelnen Ressorts, ob eine Angelegenheit von besonderer Kriegswichtigkeit sei, und so verenge sich dann das Aufgabengebiet, innerhalb dessen nützliche Arbeit verrichtet werde, immer mehr.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu den von Präsident Dr. Losacker vorgetragenen Plänen und beraumt eine Sitzung für den nächsten Vormittag an, zu der auch Staatssekretär Krüger geladen werden soll. In dieser Sitzung soll auch zur Frage des Judeneigentums Stellung genommen werden.

17[50] Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu gibt dem Herrn Generalgouverneur von der Absicht der Stadtverwaltung Kenntnis, in Krakau eine städtische Musikschule zu errichten, der auch eine Jugendmusikschule angegliedert werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung unter dem Vorbehalt, daß die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht zu diesem Plan gehört werde.

Weiter berichtet Stadthauptmann Pavlu über die Bautätigkeit in Krakau. Die Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Krakau, deren Aufsichtsratvorsitzender er sei, habe bisher 1 2oo Wohnungen in Krakau erstellen können und dafür 83 Millionen Zloty aufgewendet. 9oo Wohnungen in der Reichsstraße seien noch im Bau,

2.2.1943

aber zumeist trotz der bestehenden Schwierigkeiten unter Dach gebracht. Der Bau des Osthotels, dem der Herr Generalgouverneur seinerzeit zugestimmt habe, sei leider stillgelegt worden, und es bestehe nun die Gefahr, daß der Bau verfalle, was angesichts des großen Bedarfs an Hotelzimmern in Krakau sehr zu bedauern wäre. Vielleicht biete sich die Möglichkeit, den Bau behelfsmäßig fertigzustellen.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Pavlu an, sich in dieser Frage mit Präsident Bauder in Verbindung zu setzen und ihm, dem Generalgouverneur, eine schriftliche Vorlage zugehen zu lassen.

Stadthauptmann Pavlu geht dann auf die Schwierigkeiten ein, die sich der Eröffnung des italienischen Restaurants in Krakau entgegenstellen. Die Stadtverwaltung habe bereits eine Summe von 3,5 Mill. Zloty aufgewendet und warte nun auf die Genehmigung der Errichtung dieses Restaurants und die zur Verfügungstellung von Mitteln von seiten der italienischen Regierung. Das Auswärtige Amt in Rom habe leider zu dieser ganzen Frage noch keine endgültige Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Stadthauptmann Pavlu, dem Vertreter Italiens eine letzte Frist bis zum 1.März zu stellen und, wenn diese Frist abgelaufen sei, ohne daß man zu einem Ergebnis gelangt sei, eine Deutsche Gaststätte in dem Haus zu eröffnen.

Stadthauptmann Pavlu teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Gouverneur Dr. Wendler ihn und vier leitende Beamte der Stadtverwaltung über das Personalamt der Regierung für den Wehrdienst freigestellt habe.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Leiter des Personalamtes Assessor von Medem in dieser Angelegenheit gehört wird.

2.2.1943

18^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

19^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

Liederabend der Frau Kammersängerin Viorica Ursuleac.

Am Flügel: Generalintendant Prof. Klemens Krauss.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 3.Februar 1943

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichskommissar für die Preisbildung beim Beauftragten für den Vierjahresplan Staatssekretär Dr. Fischböck.

11^{00} Besprechung mit dem Leiter des Personalamtes in der Regierung des Generalgouvernements Assessor Frhr von Medem.

Im Zusammenhang mit der durch Gouverneur Dr. Wendler vorgenommenen Freistellung des Stadthauptmanns Pavlu und vier leitender Beamten der Stadtverwaltung Krakau für den Wehrdienst verfügt der Herr Generalgouverneur, daß künftig Freistellungen von Stadthauptmännern, Kreishauptmännern und anderen leitenden Beamten über das Personalamt der Regierung nur durch den Generalgouverneur genehmigt werden dürften.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Im Zusammenhang mit dem Erlaß über die Vereinfachung der Verwaltung wird zunächst zur Frage einer stärkeren Heranziehung des fremdvölkischen Elements zur Verwaltung Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung Ausdruck, daß sich diese Heranziehung nicht werde vermeiden lassen. Auch werde die polnische Polizei mehr als bisher in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.

3.2.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Krüger, daß es an Nachwuchskräften für die polnische Polizei nicht fehle. - Hinsichtlich der Heranziehung fremdvölkischer Elemente zur Verwaltung müsse man sehr vorsichtig sein und dürfe sich dadurch nicht zu stark belasten. Diese fremdvölkischen Elemente dürften sich nur in untergeordneten Dienstellungen, nicht aber in Vertrauensstellungen betätigen oder die Möglichkeit haben, mit führenden Männern zusammenzukommen, die Vertrauensaufgaben zu erfüllen hätten. Er könne im übrigen nicht übersehen, wieviele kriegsverwendungsfähige Männer aus dem Sektor der Verwaltung zum Wehrdienst eingezogen würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß zunächst 4oo in Frage kämen, das sei aber nur die erste Rate, und man müsse damit rechnen, daß vom Jahrgang 19oo an nur wenige übrigblieben.

Staatssekretär Krüger ist der Auffassung, daß vor allem in der freien Wirtschaft tätige Personen herangezogen werden müßten, umso mehr, da sie sich vielfach illegal betätigten.

Der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß man sich hinsichtlich der Einziehung von Deutschen im Generalgouvernement auf keinerlei Widerspruch einstellen lassen könne. Man könne zwar die beteiligten Dienststellen hören, aber die Entscheidung müsse unter Umständen auch gegen eine Hauptabteilung getroffen werden. Das Ziel müsse sein, daß der Führererlaß so intensiv wie möglich durchgeführt werde. Tätigkeiten dürften nicht aufrechterhalten, sondern müßten reduziert werden, wenn sie nicht unbedingt notwendig seien. Auch die Partei müsse ihren Aufgabenkreis beschränken.

3.2.1943

Präsident Dr. Losacker teilt mit, er habe Kenntnis von einem Fernschreiben aus Galizien erhalten, nach welchem die Forstverwaltung, die Arbeitsverwaltung und die Bauverwaltung sich darauf beriefen, daß von Berlin aus Freistellungen erfolgt seien.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß nur der Führer persönlich freistellen könne. Ein grundlegender Erlaß des Führers sage, daß die dem General von Unruh erteilte Vollmacht die einzige Vollmacht sei. Im übrigen weise er Staatssekretär Dr. Bühler an, die 4oo zum Wehrdienst Einzuberufenden so zusammenzustellen, wie es nach pflichtgemäßem Ermessen in der Regierung geschehen kann. Ernährung, Wehrmacht, Rüstung, Holzabfuhr und Transportwesen seien der Kern dessen, was unter allen Umständen im Lande bleiben müsse.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, in welcher Weise der Präsident Dr. Losacker die ihm gestellte Aufgabe des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues zu erfüllen gedenke, erwidert dieser, daß er fortlaufend Vorschläge machen könne. Er werde Hauptabteilung um Hauptabteilung durchprüfen. Die Tätigkeiten müßten auf das beschränkt werden, was jetzt unbedingt kriegswichtig sei, und innerhalb der dann noch als kriegswichtig verbleibenden Tätigkeiten müßten dann noch die Menschen ausgesondert werden. Voraussetzung sei dabei, die Leistung von Überstunden und angespannteste Arbeit jedes Einzelnen. - Die Frage, ob nicht verwundete und versehrte Soldaten für den Verwaltungsdienst geschult werden könnten, habe die Wehrmacht bisher unbeantwortet gelassen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Frage ein, wie die Tätigkeiten im Rahmen der Verwaltung nach Möglichkeit eingeschränkt werden könnten.

3.2.1943

Nicht auf den Umfang des Aktenmaterials, nicht auf die Größe des Posteinlaufs komme es an, sondern darauf, was im Generalgouvernement an kriegswichtiger Substanz geschaffen werden könne. Ernährungswirtschaft und Rüstungswirtschaft ständen heute im Vordergrund, weniger irgendwelche Bauvorhaben oder etwa Fragen der Umsiedlung.

Der Herr Generalgouverneur zollt in diesem Zusammenhange der Leistung des Stadthauptmanns von Warschau seine besondere Anerkennung. In der Stadtverwaltung von Warschau seien nur wenige Deutsche, dagegen aber 45 ooo Polen eingesetzt. Demgegenüber weise die Stadtverwaltung von Krakau über 2oo deutsche Beamte und Angestellte auf. Auch auf solche Dinge müsse Präsident Dr. Losacker sein Augenmerk richten und dafür sorgen, daß in den Städten keine überflüssigen Pläne verfolgt würden. Aufgabe des Präsidenten Dr. Losacker werde es sein, sich stets mit den zuständigen Stellen über diese Dinge zu unterhalten, sie anzuhören, ihnen dann aber sofort zu sagen, daß seine, des Präsidenten Losacker, Entscheidung davon nicht abhängig sei. Bei seinen Maßnahmen dürfe Präsident Dr. Losacker auch nicht vor der Kanzlei des Generalgouverneurs halt machen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu verschiedenen Einzelfragen Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur hält eine bessere Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden Polen für notwendig. Weiter nimmt der Herr Generalgouverneur zur Frage der Ostzulage Stellung und bittet die Staatssekretäre, ihm in seinem Widerstand gegen eine Herabminderung dieser Zulage zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet dann das aus den Staatssekretären Dr. Bühler, Krüger, Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker bestehende Gremium als

die über allen Instanzen im Lande stehende Sonderorganisation und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß es mit seiner Arbeit bis zum Beginn des neuen Etatsjahres fertig werden möge. Wenn wirklich einmal zu hart vorgegangen werde, dann könne man nach einigen Wochen immer noch Korrekturen vornehmen. Jedenfalls aber müßten Fehler, die in der Vergangenheit auch innerhalb der Verwaltung vielleicht in mißverständlicher Auslegung des Begriffes vom Herrentum gemacht worden seien, in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden. Das Verordnungswesen müsse auf absolut wichtige Vorlagen beschränkt bleiben. Die Zentrale müsse stark entlastet und den Kreishauptmännern müßten mehr Aufgaben zugewiesen werden. Alle Spezialverwaltungen müßten in ihrem Aufgabenbereich wesentlich eingeschränkt und gegebenfalls beseitigt werden. Der Gesichtspunkt einer Verfeinerung der Verwaltung könne jetzt keine Berücksichtigung finden. Das Gremium dürfe also in seinen Vorschlägen vor nichts zurückschrecken, denn es gebe im Generalgouvernement kein wichtigeres Problem als das der Verwaltungsvereinfachung. Gegenüber den drei Problemen der Ernährung, der Kriegswirtschaft und der Arbeitsbeschaffung, die für das Reich die ausschlaggebende Rolle spielten, müsse alles andere zurücktreten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage des <u>Fraueneinsatzes</u> im Generalgouvernement Stellung genommen. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. <u>Losacker</u>, daß für diese Arbeit Frage die Hauptabteilung verantwortlich und für die Durchführung der Aufgabe die Arbeitsämter zuständig seien. Auch beim Fraueneinsatz werde man vor

einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen.

Auf den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Boepple, daß die Zusammenarbeit von deutschen Frauen mit fremdvölkischen in Industriebetrieben zu Schwierigkeiten führen könne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß man im Reich auch nicht imstande sei, auf solche Momente Rücksicht zu nehmen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

> Beauftragter des Generalgouverneurs für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau ist der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr.Losacker. Dieser macht dem Generalgouverneur keine direkten Vorschläge, sondern alle Vorschläge, die dem Generalgouverneur gemacht werden sollen, werden zunächst in dem Gremium beraten, das aus den Staatssekretären Dr. Bühler, Krüger, Dr. Boepple und Dr. Losacker besteht. Den Vorsitz in diesem Gremium hat Staatssekretär Dr. Bühler; in seiner Abwesenheit Staatssekretär Krüger. Über die Beratungen des Gremiums sind kurze Protokolle zu führen.

Zur Frage des Judeneigentums teilt Staatssekretär Krüger mit, daß er ein Schreiben an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichtet habe.

Weiter nimmt Staatssekretär Krüger zur Frage der Umsiedlung Stellung. Er gibt zu, daß man angesichts der Vorkommnisse im Kreise Zamosc weitere Umsiedlungen kaum vornehmen könne. Er habe auch dem Reichsführer SS vorgeschlagen, die Frage der Umsiedlung zunächst zurückzustellen.

3.2.1943

Der Herr Generalgouverneur legt vor allem Gewicht auf die Sicherstellung der Ernte, in deren Interesse störende Maßnahmen nach Möglichkeit vermieden werden müßten. Über die neuen Wehrmachtsanforderungen z.B. in Gestalt eines erneuten Eingriffs in die Pferdebestände werde er mit dem Reichsmarschall verhandeln. Er sei entschlossen, keine weiteren Getreidemengen ins Reich bringen zu lassen,und halte für den äußersten Notfall eine Reserve von 18o ooo to für unbedingt notwendig.

Präsident Dr. Losacker setzt sich für eine Erhöhung der Machtbefugnisse der Kreishauptmänner ein. Neben dem Kreishauptmann kann nicht noch eine andere Verwaltung Weisungen geben und tätig werden. So habe sich auch erfreulicherweise Dr. Kuchenbäcker bereit gefunden, seine Inspektoren des Landamts der unteren Instanz der Kreishauptmannschaft einzugliedern. Der Entwurf einer Verordnung über die Eingliederung von Spezialverwaltungen in die Kreishauptmannschaft sei bereits ausgearbeitet.

12^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{1o} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith, Architekt von Palézieux und Hausinspektor Vormelker.

Gegenstand der Besprechung ist die Beilegung eines Streitfalles zwischen Architekt von Palézieux, Hausinspektor Vormelker und Polizeimeister Nickl.

12^{5o} Vor einem Teil der Gefolgschaft der Kanzlei des Generalgouverneurs gibt der Herr Generalgouverneur eine den obenerwähnten Streitfall betreffende Erklärung ab.

3.2.1943

16[lo] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und Amtsleiter Riesebitter, Vertreter der Organisation "Kraft durch Freude".

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß für die Zeit vom Donnerstag, dem 4.Februar, bis zum Sonnabend, dem 6.Februar, die Theater, Lichtspielhäuser, Variétés usw. geschlossen bleiben müßten.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, ob und inwieweit die Organisation "Kraft durch Freude" im Generalguuvernement eine eigene Tätigkeit entfalten soll.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß durch die Organisation "Kraft durch Freude" bisher im Einvernehmen mit seiner Dienststelle und der Partei die Truppenbetreuung auf dem Gebiete der Unterhaltung und künstlerischer Darbietungen durchgeführt habe. Nunmehr solle diese Aufgabe einheitlich durch "KdF" durchgeführt werden. Die Beachtung der kulturpolitischen Linie werde auch nach der Neuregelung bei der Hauptabteilung Propaganda liegen. Die Durchführung der geplanten Veranstaltungen, das Engagement der Künstler, also die rein technischen Fragen würden jedoch in der Hand der Organisation "Kraft durch Freude" liegen.

Gegenüber dem Einwand des Herrn Generalgouverneurs, daß es dann etwa dem Staatstheater nicht mehr möglich sein würde, selbständig künstlerische Kräfte zu engagieren, betont Präsident Ohlenbusch, daß es sich bei den von "KdF" zu engagierenden Künstlern um solche handle, die vor allem im Rahmen des sogenannten Kleinprogramms aufträten. Es würden Künstlertruppen zusammengestellt, die vor allem die Kreishauptmannschaften, aber auch die Volksdeutschen in den Betrieben

3.211943

und in den Siedlungen mit künstlerischen und unterhaltsamen Veranstaltungen zu versorgen hätten. Weder die Hauptabteilung Propaganda noch der Arbeitsbereich "Generalgouvernement" seien angesichts der Tatsache, daß dauernd Arbeitskräfte zum Wehrdienst einberufen würden, imstande, diese Aufgabe zu übernehmen.

Hauptabschnittsleiter Stahl betont, daß es sich eigentlich bei dieser Regelung um nichts Neues handle. Ihr Zweck sei lediglich eine Vereinheitlichung der Arbeit und eine Klärung gewisser bisher streitiger Fragen.

Auch Amtsleiter Riesebitter hebt hervor, daß vor allem der Gesichtspunkt der Zentralisierung der Arbeit bei der geplanten Regelung im Vordergrunde stehen solle. Man beabsichtige, mehr als bisher die Volksdeutschen auf dem Wege über die Betriebe, in denen sie beschäftigt seien, dem Theater nahezubringen, und wolle sich auch um die kulturellen Belange der Volksdeutschen in den Siedlungen bekümmern.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung unter der Voraussetzung, daß keine Doppelarbeit geleistet und von der Organisation "Kraft durch Freude" keine zu starke Propaganda im Hinblick auf die von ihr im Generalgouvernement aufzunehmende Tätigkeit gemacht wird. Er verfügt weiter die Aufstellung einer internen Dienstanweisung, die von ihm als dem Leiter des Arbeitsbereiches herausgegeben und von Präsident Ohlenbusch und Hauptabschnittsleiter Stahl gegengezeichnet wird. Auch bei dieser neuen Planung müsse wie bei allen Maßnahmen in Partei und Staat der Gesichtspunkt der Ersparung von Arbeitskräften besondere Beachtung finden.

3.2.1943

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zu der Frage Stellung, welche Einschränkungen auf Grund des Führererlasses im Generalgouvernement auf kulturpolitischem Gebiete vorgenommen werden müßten, und gibt dabei der Auffassung Ausdruck, daß das Staatstheater in Krakau unter allen Umständen so lange wie möglich erhalten bleiben müsse.

Auf eine Frage des Präsidenten Ohlenbusch erwidert der Herr Generalgouverneur, daß das neugegründete Schachseminar gegebenenfalls seine Tätigkeit einstellen müsse, wenn er auch andererseits eine Pflege des Schachspiels vor allem auch im Sinne der Verwundetenbetreuung nach wie vor für geboten halte.

16[20] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß entsprechend dem Führererlaß auch bei der Partei eine Personaleinschränkung durchgeführt werden müsse.

17[00] Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für seine Belange ein eigenes wissenschaftliches Institut in Krakau zu errichten beabsichtigt habe. Die Durchführung dieses Planes hätte zu endlosen Reibungen geführt, vor allem schon deshalb, weil dann das Institut für Deutsche Ostarbeit von der volkskundlichen wissenschaftlichen Arbeit ausgeschaltet worden wäre.

3.2.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt der Erwartung Ausdruck, daß es Direktor Dr. Coblitz gelingen werde, die für das Institut für Deutsche Ostarbeit sich aus der Durchführung eines solchen Planes ergebende Gefahr zu beseitigen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet sodann die Durchführung einer Sondertagung des Instituts für den Monat März an.

17[20] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben betreffend Schaffung eines Kulturfilms über das Generalgouvernement vor.

Weiter übergibt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über das Thema: "Propaganda im fremdvölkischen Raum zum Zwecke der Ernteerfassung."

20[00] A b e n d e s s e n bei Staatssekretär Dr. Bühler.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Donnerstag, den 4.Februar 1943

10^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt die Urkunde über seine Ernennung zum Präsidenten der Hauptabteilung Forsten in der Regierung des Generalgouvernements. Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Dr. Eißfeldt seinen Glückwunsch mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm bisher geleistete vorbildliche Arbeit aus.

Präsident Dr. Eißfeldt dankt dem Herrn Generalgouverneur für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und betont dabei, daß er in der ihm gewordenen Ehrung gleichzeitig eine Anerkennung der treuen und opfervollen Arbeit der gesamten deutschen Forstbeamtenschaft im Generalgouvernement erblicke.

10^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Verwaltungsakademie.

11^{00} Vortrag des Reichskommissars für die Preisbildung Staatssekretär Dr. Fischböck in der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements über das Thema:

"Preispolitische Fragen der Gegenwart."

4.2.1943

Zu Beginn der Veranstaltung spricht der Herr Generalgouverneur folgende Worte:

Ich eröffne die zweite Veranstaltung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements und begrüße Sie, Herr Staatssekretär Dr. Fischböck, auf das allerherzlichste. Wir wissen es sehr wohl zu würdigen, was es für Sie bedeutet, in diesen schweren Zeiten, die auch in Ihrem Ressort spürbar sind, zu uns nach Krakau zu kommen.

Wir haben uns im Rahmen der Gesamtverwaltung bemüht, den Aufgaben der Preisgestaltung gerecht zu werden. In einer eigenen Abteilung unter der bewährten Leitung des Ministerialrats Dr. Schulte-Wissermann haben wir die Aufgaben der Preispolitik - Preisverordnungen, Preisgestaltung und Preisführung - zusammengefaßt und damit ein richtiges Instrument der staatlichen Wirtschaft aufgebaut. Für uns ist interessant, in zunehmenden Maße feststellen zu können, wie wohlüberlegt und nützlich die Einrichtung einer solchen Abteilung der Preisüberwachung war und ist. Wenn man bedenkt, daß es früher überhaupt keine Preisführung gab und es ein ausgeprägtes Zeichen der liberalistischen Staatsführung war, daß der Preis sich automatisch aus dem Kaufwettbewerb entwickelte und daß die Preisbildung nur ein von seiten des Staates zu beobachtendes binnenwirtschaftliches Ereignis war, dann wird man die Preisbildung des Dritten Reiches als eine der fundamentalsten Neuerungen nationalsozialistischer Wirtschaftsführung erkennen.

Ich betone dies, um hier im Beisein der Vertreter des Generalgouvernements dem Wert der der preispolitischen Arbeit auch in unserem Lande den richtigen Rang einzuräumen. Das Amt für Preisbildung ist im Generalgouvernement nicht eine zur Schikane unterer

4.2.1943

Behörden erfundene zentrale Einrichtung. Es hat innerhalb der Staatsführung des Generalgouvernements eine der wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, weil sich in unserem Gebiet ohne das Amt für Preisbildung infolge des Warenmangels und der sonstigen durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse ein unabsehbares Chaos entwickeln würde. Ich möchte daher von dieser Stelle alle Behörden des Landes ersuchen, sich dieser Preisführungs-Notwendigkeit in diesem Gebiet allen Schwierigkeiten zum Trotz nach wie vor dienstlich auf das eifrigste verschrieben zu halten. Wollen Sie, Parteigenosse Fischböck, daraus erkennen, mit welchem Ernst wir im Generalgouvernement uns bemühen, Ihren wichtigen Aufgaben im Reich helfend zur Seite zu stehen. Wollen Sie daraus auch erkennen, welche Bedeutung wir Ihren Ausführungen beimessen und welche Freude Sie uns machen, wenn Sie zu uns sprechen.

Anschließend an die Begrüßungsansprache des Herrn Generalgouverneurs ergreift Staatssekretär Dr. Fischböck das Wort zu einem längeren Vortrag.

Am Schluß der Veranstaltung dankt Staatssekretär Dr. Bühler im Namen der Regierung des Generalgouvernements dem Reichskommissar für die Preisbildung Dr. Fischböck für seine interessanten Darlegungen und Ausführungen.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Freitag, den 5.Februar 1943

bis

Mittwoch, den 17. Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Donnerstag, den 18. Februar 1943

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith und Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Verfügung

1. Kammergerichtsrat Dr. Keith ist mit sofortiger Wirkung zum Wehrdienst einberufen und übergibt mit Wirkung ab 18. Februar 1943 die gesamte von ihm bisher ausgeübte Geschäftsführung ohne jede Einschränkung für die Dauer seiner Behinderung durch den Wehrdienst an seinen bisherigen Vertreter im Amt Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.
2. Der Dienstübergang wird von beiden Teilen in Anwesenheit des Generalgouverneurs hiermit als vollzogen bestätigt.
3. Der Posten eines Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs bleibt für die Dauer des Wehrdienstes des Kammergerichtsrats Dr. Keith in der bei Einziehungen zur Wehrmacht üblichen Weise ihm vorbehalten. Er behält
   a) die Weiterbenutzung der Wohnung auf seine Rechnung,
   b) zuzüglich zu dem ihm in entsprechender Anwendung der allgemeinen Bestimmungen auch weiterhin zu gewährenden Gehaltsanteil für 4 Monate bis einschl. 3o. Juni 1943 die monatliche Funktionszulage von Zl. 3oo,--.

18.2.1943

13[10] M i t t a g e s s e n aus Anlaß der Verabschiedung des zum Wehrdienst einberufenen Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Im Laufe des Mittagessens gedenkt der Herr Generalgouverneur der vorbildlichen Aufbauarbeit, die Kammergerichtsrat Dr. Keith in der Kanzlei des Generalgouverneurs geleistet hat. Kammergerichtsrat Dr.Keith könne, so betont der Herr Generalgouverneur, auf das Ergebnis seiner Arbeit stolz sein. Der Herr Generalgouverneur erhebt sein Glas auf das Wohl des Kammergerichtsrats Dr. Keith und wünscht ihm für seine Tätigkeit bei der Wehrmacht alles Gute.

14[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Kammergerichtsrat Dr.Keith und Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

16[05] Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Präsident Dr. Senkowsky teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er demnächst zu seiner Information eine Reise nach der Schweiz machen werde. Zweck dieser Reise sei,die Möglichkeiten der Errichtung einer Spritfabrik auf Holzbasis zu untersuchen. Ein entsprechendes Projekt sei von einem Münchner Ingenieur ausgearbeitet worden, der bereits eine Spriterzeugungsfabrik in der Schweiz errichtet habe. Es handle sich jetzt darum, die Frage zu prüfen, inwieweit das im San-Winkel des Generalgouvernements anfallende sonst unverwertbare Holz für die Spriterzeugung herangezogen werden könne. Das Reichswirtschaftsministerium habe ihm die Genehmigung zur Durchführung dieser Dienstreise erteilt.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet sodann von Besprechungen, die er im Reichsfinanzministerium gehabt habe. Er habe u.a. mit dem Reichsfinanzminister über

18.2.1943

eine weitere Verwendung des Ministerialrats von Streit gesprochen. Ebenso sei auch eingehend die Frage des Wehrbeitrages behandelt worden. Er habe dabei dem Reichsfinanzminister von dem Ergebnis der Beratungen in Warschau Kenntnis gegeben. Festzustellen sei, daß nach wie vor die Meinungen über die Höhe des Wehrbetrages sehr auseinandergingen. Weitere Besprechungen über diese Frage zwischen Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident ständen in Aussicht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Senkowsky, daß die Haushaltsberatung nach Abschluß der für sie erforderlichen Vorarbeiten noch vor Ostern werde stattfinden können.

Der Herr Generalgouverneur legt grosses Gewicht darauf, daß die Haushaltsberatung baldmöglichst stattfindet. In dieser Beratung werde dem Präsidenten Dr. Senkowsky auch Gelegenheit gegeben werden, in einem einleitenden Referat die Gesamtlage des Haushalts des Generalgouvernements darzulegen. Es müßten dann die Referenten der Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilungspräsidenten zum Haushalt Stellung nehmen.

In der Anlegenheit des Ministerialrats Dr. Frhr von Streit verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Schreibens an den Reichsminister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Reichsfinanzminister!

Herr Präsident Dr. Senkowsky ist heute bei mir gewesen und hat mir Ihr an mich gerichtetes Schreiben betr. die Angelegenheit des Dr. Frhr von Streit überreicht. Ich werde demnach, Ihrem Ersuchen entsprechend, die Angelegenheit nochmals durch eine persönliche Besprechung zu klären versuchen. Zu diesem Schritt veranlaßt mich vor allem der Ernst der Lage unseres Vaterlandes.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Dr. Frank

18.2.1943

Weiter richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

In der Anlage übersende ich Ihnen

1. Abschrift eines Schreibens, das der Herr Reichsminister der Finanzen an mich unter dem 13.Februar 1943 gerichtet hat,
2. Durchschlag meines heutigen Anwortschreibens an den Reichsminister der Finanzen.

Ich ersuche Sie demnach, sich mit Herrn Ministerialrat Frhr von Streit einmal zusammenzusetzen, um klar zu legen, ob und unter welchen Umständen allenfalls angesichts des furchtbaren Ernstes der Lage unseres Vaterlandes die Möglichkeit bestünde, an eine Fortsetzung der Arbeit des Herrn Frhr von Streit im Generalgouvernement zu denken. Ihrem Bericht hierüber sehe ich gern entgegen. Ich werde Herrn von Streit aber erst empfangen, wenn Sie selber mir diesen Vorschlag machen würden.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Tippelskirch, der ihm von der Beendigung seines Dienstgeschäftes in der Dienststelle des Auswärtigen Amtes bei der Regierung des Generalgouvernements Meldung macht.

17^{00} Besprechung mit Rittmeister Frhr von der Goltz.

Rittmeister Frhr von der Goltz teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der bisherige Verbindungsoffizier Oberst von Tschammer und Osten als Feldkommandant nach Châlons sur Marne versetzt worden sei und den Wunsche hege, sich noch nachträglich beim Herrn

18.2.1943

Generalgouverneur abzumelden. Wegen der weiten Entfernung sei es ihm leider nicht möglich, nach Krakau zu kommen, und er bitte deshalb den Herrn Generalgouverneur, zu erwägen, ob er seine Meldung gegebenenfalls in Berlin machen könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, bei einem Aufenthalt in Berlin den Obersten v.Tschammer und Osten zu empfangen. Er beauftragt Rittmeister Frhr von der Goltz,den Obersten von Tschammer und Osten davon in Kenntnis zu setzen und die notwendigen Vorbereitungen für diese Zusammenkunft zu treffen.

17^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

17^{30} T e e , zu dem geladen sind Verlagsleiter Strozyk, Verlagsleiter Nickel und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} L i e d e r a b e n d italienischer Sängerinnen und Sänger im Staatstheater.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 19.Februar 1943

11^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Dr. Meidinger.

13^{15} M i t t a g e s s e n .

Gäste des Herrn Generalgouverneurs sind Solisten und Solistinnen der Mailänder Skala, die sich zur Zeit auf einer Tournee durch das Generalgouvernement befinden.

16^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Intendant Stampe.

16^{05} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Reihe von Tabellen über die Preisbildung im Generalgouvernement, über den Einlagebestand bei den Banken, ferner die Bilanz der Emissionsbank und verschiedene Statistiken vor. Anschließend gibt Bankdirigent Dr. Paersch dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Aufgaben, die die Emissionsbank gegenwärtig zu erfüllen hat. Er betont dabei, daß hinsichtlich der finanziellen Gebarung eine reinliche Trennung zwischen Emissionsbank und Staatsfinanzverwaltung bestehen müsse, und bittetden Herrn Generalgouverneur, ihn in seinem dahingerichteten Bestreben zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu dieser Auffassung des Bankdirigenten Dr. Paersch und billigt auch sonst die von ihm getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung und Bankpolitik.

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonnabend, den 2o.Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

16^{00} Besprechungen mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, Architekt von Palézieux, Verlagsleiter Strotzyk und Hauptschriftleiter Stöppler.

Sonntag, den 21.Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 22.Februar 1943

10^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

14^{00} M i t t a g e s s e n .

14^{50} G o u v e r n e u r - Besprechung.

An der Besprechung nehmen teil:
Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Präsident Dr. Losacker
Präsident Dr. Struve
Amtschef Oberregierungsrat Engler
Präsident Naumann
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet zunächst über die Besprechung, die er am Vormittag mit den Gouverneuren gehalten hat. Zweck der Besprechung sei u.a. gewesen, Richtlinien für die Beratungen aufzustellen, die am 23.Febr. in Berlin stattfinden sollen. An dieser Sitzung in Berlin, die unter Vorsitz des Chefs der Reichskanzlei Reichsministers Dr. Lammers stattfinde, würden die leitenden Persönlichkeiten aller derjenigen Dienststellen, Behörden und Wirtschaftsorganisationen teilnehmen, die heute im Zeichen des totalen Krie-

ges ihre Aufgaben zu erfüllen hätten. In den Beratungen sollten die Unterlagen für Maßnahmen geschaffen werden, die dann auch in entsprechender Weise für das Generalgouvernement Anwendung finden sollten. Die Delegation der Regierung des Generalgouvernements werde Staatssekretär Dr. Boepple führen, ihr gehörten weiter an Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Struve, Präsident Naumann und Präsident Dr. Losacker.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple an, strengstens dafür zu sorgen, daß in dieser Beratung von den einzelnen Mitgliedern der Delegation keine irgendwie von einander abweichenden Meinungen geäußert werden. Auch in dieser Sitzung müsse unter allen Umständen das Generalgouvernement als einheitliches Gebilde in Erscheinung treten. Daraus ergebe sich auch, daß angesichts der gegenwärtigen Lage und der ihm gestellten großen Aufgabe Präsident Dr. Losacker der Wortführer der Delegation sein werde.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet weiter, daß er in der Vormittagssitzung einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige politische Situation im Generalgouvernement gegeben habe. Er habe dabei insbesondere auf die Umsiedlungsaktion im Distrikt Lublin bw. im Kreise Zamosc hingewiesen, die offenbar immer noch nicht beendet sei. Diese Aktion habe im gesamten Gebiet zu einer Unruhe geführt, die noch im Wachsen sei. Es zeige sich, daß diese Maßnahme große wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Schäden im Gefolge habe. Abgesehen davon, daß die neuangesiedelten Familien auf den Bezug der Lebensmittelkarten angewiesen seien, würden nun auch Mittel

22.2.1943

angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt daß aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentliches Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten.] Im übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten. Maßgebend dürfe nur die Frage sein, ob die Durchführung einer solchen Maßnahme in den gegenwärtigen schwersten Zeiten ratsam sei.

[Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs Engler darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa 100 000 to rechne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden. Gleichwohl halte er es für geboten, daß in dieser Frage der Umsiedlung baldmöglichst ein Schreiben an Reichsführer SS gerichtet werde.]

Präsident Naumann legt der Frage entscheidendes Gewicht bei, ob es gelinge, die Polen, die sehr mißwillig geworden seien, für die neue Erzeugung zu gewinnen. Nach den Berichten sämtlicher Kreislandwirte sei die Stimmung der polnischen Bauern sehr pessimistisch, da sie sich ebenfalls von solchen Umsiedlungsmaßnahmen bedroht fühlten. Vorläufig scheine aber

22.2.1943

angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt daß aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentliches Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten.] Im Übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten. Maßgebend dürfe nur die Frage sein, ob die Durchführung einer solchen Maßnahme in den gegenwärtigen schwersten Zeiten ratsam sei.

[Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs Engler darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa 100 000 to rechne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden. Gleichwohl halte er es für geboten, daß in dieser Frage der Umsiedlung baldmöglichst ein Schreiben an Reichsführer SS gerichtet werde.]

Präsident Naumann legt der Frage entscheidendes Gewicht bei, ob es gelinge, die Polen, die sehr mißwillig geworden seien, für die neue Erzeugung zu gewinnen. Nach den Berichten sämtlicher Kreislandwirte sei die Stimmung der polnischen Bauern sehr pessimistisch, da sie sich ebenfalls von solchen Umsiedlungsmaßnahmen bedroht fühlten. Vorläufig scheine aber

22.2.1943

beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Absicht zu bestehen, die Siedlung weiterdurchzuführen.

[Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ein Fernschreiben an den Reichskommissa-r für die Festigung deutschen Volktums Reichsführer SS Himmler zu entwerfen und ihm unverzüglich vorzulegen.]

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf den neuen Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betr. die Behandlung der Ostvölker ein.

Der Herr Generalgouverneur will ausdrücklich festgestellt wissen, daß dieser Erlaß auch auf die Behandlung der Polen Anwendung findet.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt weiter zu der Frage Stellung, wie die durch die Einziehung zahlreicher Kräfte der Verwaltung schon entstandenen und noch entstehenden Schwierigkeiten beseitigt werden sollen. Es müsse jetzt die Grenze ermittelt werden, die mit dem Abzug weiterer Kräfte für die Verwaltung noch tragbar sei. In der Vormittagssitzung sei man sich darüber klar geworden, daß man in der unteren Instanz beim Kreishauptmann überhaupt keine Abziehungen mehr vornehmen könne, es sei denn, daß ein gleichartiger Ersatz in Gestalt älterer Arbeitskräfte gegeben werden könne. Bei der mittleren Instanz sei man sich über die zu treffenden Maßnahmen noch nicht klar geworden. Im Rahmen der Regierung des Generalgouvernements sei man zur Zeit bestrebt, ganze Arbeitsgebiete stillzulegen und eine Umorganisation durchzuführen. Präsident Dr. Dosacker habe den Vorschlag gemacht, das von der Wehrmacht geforderte Kontingent aus den Reihen der Volksdeutschen zu ergänzen. In Verhandlungen mit der Kommission des

22.2.1943

Generals von Unruh sei erreicht worden, daß man das Kontingent von 2ooo Mann auch aus den Reihen der freien Wirtschaft stellen könne. Von der öffentlichen Verwaltung seien bisher 785 Mann abgegeben worden.

Der Herr Generalgouverneur legt entschiedenes Gewicht darauf, daß die Angehörigen der freien Wirtschaft nunmehr auch erfaßt würden. Es müsse Sorge der Gouverneure sein, zuverlässige Listen darüber aufstellen zu lassen. Leider hätten bisher die Bestrebungen, Kriegsversehrte für den Dienst im Generalgouvernement von der Wehrmacht zu erhalten, keinen Erfolg gehabt. Man werde unter diesen Umständen genötigt sein, mehr als bisher das fremdvölkische Element zum Dienst für die Verwaltung heranzuziehen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß die Hauptabteilung E. u. L. schon jetzt unter einem starken Personalmangel leide. Eine Einschränkung des Arbeitsgebiets z.B. der Liegenschaftsverwaltung, von der eine Mill. Hektar Ackerlandes bewirtschaftet würde, würde kaum möglich sein.

Der Herr Generalgouverneur will das Argument, daß Dienststellen zu schwach besetzt seien, grundsätzlich nicht gelten lassen. Wenn wirklich ein offensichtlicher Personalmangel vorhanden sei, dann müßten eben ältere und auch älteste Kräfte für die Aufgaben geschult werden. Er habe bei der Durchsicht der Personalliste festgestellt, daß die Hauptabteilung Ernährung u. Landwirtschaft sowohl in der Zentrale wie auch in den Distrikten noch verhältnismäßig gut besetzt sei.

22.2.1943

Präsident Dr. Losacker gibt sodann einen Bericht über seine bisherige Arbeit als Kommissar des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues. Es habe zunächst gegolten, die einzelnen Hauptabteilungen und Ämter auf das Personal durchzukämmen, das als überflüssig zur Verfügung gestellt werden könne, weiter die Aufgabengebiete auf ihre Kriegswichtigkeit zu prüfen. Das sei anhand des Geschäftsverteilungsplanes der verschiedenen Dienststellen möglich. Er sei selbstverständlich nicht imstande, in wochenlangen Verhandlungen mit jeder einzelnen Dienststellen über jedes einzelne Referat zu verhandeln. Seine Absicht sei es, demnächst eine Besprechung mit allen Dienststellenleitern über diese Frage zu halten, um so zu endgültigen Ergebnissen zu gelangen. Unter diesen Dienststellen seien zu verstehen diejenigen der Regierung, also die Hauptabteilungen, ferner die angegliederten Stellen wie etwa das Institut für deutsche Ostarbeit, die Generaldirektion der Monopole usw.. Auch auf dem Sektor der Propaganda werde man noch zu weitgehenden Einschränkungen kommen müssen.

Der Herr Generalgouverneur geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Einstellung der Tätigkeit einer Dienststelle nur darum notwendig sei, weil sie über kein geeignetes Personal mehr verfüge. Seien aber altbewährte Kräfte vorhanden, die der Dienstpflicht nicht mehr unterlägen, dann dürfe die Tätigkeit einer Dienststelle nicht ohne weiteres eingestellt werden. Er wende sich entschieden dagegen, daß die Meinung aufkomme, als müsse nun jede wissenschaftliche Tätigkeit lahm gelegt werden. Die Aufrechterhaltung deutschen kulturellen Lebens sei, anders als im Reich, auf ganz wenige Faktoren konzentriert. Werde z.B. das Ostinstitut geschlossen, bestehe keine Möglichkeit

22.2.1943

mehr für eine wissehenschaftliche Arbeit. Ebenso höre mit der Schließung der Theater im Generalgouvernement das kulturelle Leben auf. Diese Gesichtspunkte müßten auch in Berlin geltend gemacht werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach dem Umfang des Personalbestandes in den Distriten wird festgestellt, daß im Distrikt Galizien zur Zeit noch 23o, im Distrikt Warschau etwa 2oo, im Distrikt Lublin 16o, im Distrikt Radom 24o und im Distrikt Krakau etwas über 2oo deutsche Beamte und Angestellte in der Verwaltung beschäftigt seien.

Gegen eine von Präsident Dr. Losacker in Vorschlag gebrachte rationelle Zusammenlegung von Kreishauptmannschaften wendet sich der Herr Generalgouverneur entschieden.

Präsident Dr. Losacker hält die Aufstellung einer Liste aller derjenigen Kräfte für notwendig, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung unbedingt gebracht würden. An dieser Liste dürfe dann nicht mehr gerüttelt werden. Im übrigen könnte der Erlaß über die Auskämmungsaktion noch durch die Bestimmung ergänzt werden, daß Volksdeutsche zum Wehrdienst einberufen würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auch in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar die Frage der Heranziehung von Volksdeutschen zum Wehrdienst unter Umständen unter Einführung einer Wehrpflicht für diese einer Prüfung zu unterziehen. Im übrigen müsse selbstverständlich alles getan werden, um die Stimmung der Volksdeutschen in dieser Hinsicht durch entsprechende propagandistische Maßnahmen zu beeinflussen.

22.2.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß zunächst nur das Amt für Raumordnung stillgelegt worden sei. Darüber hinaus würden in der Bibliotheksverwaltung und Archivverwaltung nur die unbedingt notwendigen Arbeiten fortgeführt.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, in welcher Weise die Reichsdeutschen im Generalgouvernement einer Meldepflicht unterzogen und erfaßt werden könnten. Präsident Dr. Losacker kann berichten, daß bereits entsprechende polizeiliche Maßnahmen in Aussicht genommen seien. Ferner sei vorgesehen, daß die bei den Ernährungsämtern geführten Listen nach den dort angemeldeten Deutschen geprüft werden könnten. Auch sei beabsichtigt, bei den Polizeihilfsdienstpflichtigen entsprechende Kontrollen durchzuführen. Auch die Wohnungskarteien der deutschen Viertel würden überprüft werden, wie auch Kontrollen der Hotels und der gewerblichen Vermieter stattfinden sollten. Die Einreisegenehmigung in das Generalgouvernement werde erschwerenden Bedingungen unterliegen; vom Reich dürften Passierscheine nur mit Genehmigung des Generalgouvernements ausgestellt werden. Der Grenzübertritt werde auf dem Durchlaßschein vermerkt, was ebenfalls eine Kontrolle ermögliche. Vom Staatssekretariat des Sicherheitswesens seien bereits entsprechende Anordnungen herausgegeben.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß ihm Beschwerden über das Eingreifen von Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums in alle möglichen Dienstbereiche zugeleitet worden seien. So habe sich z.B. ein Beauftragter des Reichskommissars nach den im Theater beschäftigten Polen erkundigt. In 4o Betrieben der Liegenschaftsver-

22.2.1943

waltung seien 122 erste Fachkräfte im Auftrage des Reichskommissars beschäftigt, während sonst ein Liegenschaftsverwalter im Generalgouvernement allein durchschnittlich 15 Betriebe zu lenken habe. Ein Gut, das bisher von einem Polen einwandfrei bewirtschaftet worden sei, solle jetzt auch wieder in die Liegenschaftsverwaltung des Reichskommissars eingereiht werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Praxis des Reichskommissars. Es gehe unmöglich an, daß von einer außenstehenden Dienststelle in Dinge hineingeredet werde, die allein von Dienststellen des Generalgouvernements zu bearbeiten seien. Er müsse seinem großen Befremden darüber Ausdruck geben, daß in der gegenwärtigen Situation ein großer Apparat aufgebaut werde, der heute nicht als kriegswichtig angesehen werden könne.

Präsident Naumann bemerkt, daß seinerzeit Landesbauernführer Körner mit SS-Obergruppenführer Krüger ein Abkommen getroffen habe, nach welchem eine kleinere Anzahl von Gütern zwar in der Liegenschaftsverwaltung verbleiben, aber von SS-Männern bewirtschaftet werden solle. Unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien vor allem auf Initiative des SS- und Polizeiführers Globocnik im Distrikt Lublin sogenannte SS- und Polizeistützpunkte auf Gütern eingerichtet worden. Weiter habe sich die Wehrmacht im Jahre 1940 zur Deckung des dringendsten Lazarettbedarfs eine gewisse Menge Landes angeeignet und in Bewirtschaftung genommen.

Der Herr Generalgouverneur kann nicht verstehen, was die SS als Gliederung der Partei bzw. in ihrer Eigenschaft als Waffen-SS und Teil der Wehrmacht mit der Bewirtschaftung von Gütern zutun habe.

22.2.1943

Präsident Naumann weist darauf hin, daß diese Güter auf Grund der §§ 11 und 12 der Beschlagnahmeordnung von 1940 für die Waffen-SS, die SS und Polizei in Anspruch genommen worden seien. Es sei zunächst im Distrikt Lublin bei 7 Gütern der Fall gewesen. Es handle sich insgesamt um 47 Betriebe, die auf Grund des erwähnten Abkommens mit der SS bewirtschaftet würden. Dafür seien 122 Mann eingesetzt, während bei der Hauptliegenschaftsverwaltung 2 600 Betriebe mit noch nicht 300 Deutschen bewirtschaftet würden. Wenn man auf dieses Mißverhältnis hinweise, dann werde geltend gemacht, daß die in diesen Betrieben tätigen SS-Männer auch polizeiliche Aufgaben zu erfüllen hätten. Übrigens würden auch bei der Wehrmacht 42 Betriebe von 135 Kräften verwaltet, unter denen allein 25 Hauptmänner seien.

Was die Einrichtung der Landämter angehe, so sei seinerzeit Landesbauernführer Körner von folgenden Erwägungen ausgegangen. Im Warthegau und in Oberschlesien habe sich der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine eigene Organisation geschaffen. Man habe dann versucht, die Schaffung einer ähnlichen Organisation im Generalgouvernement hintanzuhalten; aber der Reichskommissaar habe sich auch im Generalgouvernement eine eigene Organisation für die Durchführung seiner Aufgabe geschaffen. Zur Zeit arbeite nur noch der Abteilungsleiter und Leiter des Hauptlandamtes mit der Hauptabteilung E. u. L. zusammen. Gegenwärtig sei man bestrebt, eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen, um festzustellen, was eindeutig zum Aufgabengebiet des Reichskommissars gehöre.

Der Herr Generalgouverneur kann sich dieser Auffassung nicht anschließen. Aufgabe des Präsidenten Naumann sei es vielmehr, dafür zu sorgen, daß staatliche Aufgaben, wie sie hier in Frage kämen, auch vom

22.2.1943

Staat erfüllt würden. Im übrigen bestehe er darauf, daß mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums nur der Staatssekretär und die Gouverneure verhandeln dürften, die unteren Dienststellen aber überhaupt keine Möglichkeit haben sollten, sich mit irgendeinem Beauftragten des Reichskommissars in Verbindung zusetzen. In diesen Rahmen falle übrigens auch die Frage des Judeneigentums. Er stelle ausdrücklich fest, daß die Entscheidungen des Reichskommissars für ihn als Generalgouverneur nicht bindend seien. Andererseits sei er überzeugt, daß Reichsführer SS Himmler von der Bewirtschaftung dieser Güter durch SS-Angehörige keine Kenntnis habe. Und wenn die Umsiedlung weiter fortgeführt werden solle, dann müsse sich eben die Regierung des Generalgouvernements auf Grund der heutigen Besprechung in diese Dinge einschalten. Es werde darüber mit Reichsführer SS zu verhandeln sein.

Präsident Naumann gibt Kenntnis von einem an den Leiter der Abteilung E. u. L. im Distrikt Lublin Klaus gerichteten Schreiben, nach welchem dieser aufgefordert werde, die Abteilung Landwirtschaft beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu übernehmen und gleichzeitig einen Vertreter für sich zu bestellen. Er, Präsident Naumann, habe demgegenüber betont, daß es keine Abteilung Landwirtschaft beim Reichskommissar gebe, und habe Dr.Claus verboten, diese Stellung zu übernehmen.

Auf den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler, daß Dr. Claus als SS-Führer einem solchen Befehl gehorchen müsse, betont der Herr Generalgouverneur, daß es Pflicht der Regierung des Generalgouvernements sei, ihre Verwaltungsbehörden in jeder Weise zu stützen. Der Gedanke der Staatsvereinfachung müsse jetzt in

22.2.1943

ganz großem Rahmen aufgegriffen werden. Dem Material, über das man verfüge, werde sich auch Reichsführer SS nicht verschließen können. Es könne nicht die Absicht des Reichsführers SS Himmler sein, eine Unterwühlung der gesamten Staatsautorität im Generalgouvernement herbeiführen zu lassen.

[Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm einen amtlichen Bericht zuzuleiten. Ferner müsse mit Reichsführer SS Himmler eingehend über die Dinge geprochen werden. Sollte sich bei diesen Verhandlungen ein günstiges Ergebnis nicht erzielen lassen, dann müßte er als Generalgouverneur die Verantwortung für das weitere Geschehen ablehnen. Das gelte übrigens auchfür andere Maßnahmen wie z.B. die außerordentliche Polizeiaktion, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um eine im Einverständnis mit Gauleiter Sauckel getroffene Maßnahme oder um eine Arbeitseinsatzaktion gehandelt habe.]

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zu der Frage der Einziehung von Beamten und Angestellten des Generalgouvernements Stellung genommen.

Präsident Dr. Losacker stellt fest, daß von den insgesamt 93o0 aus den Jahrgängen 19o6 und jüngeren Jahrgängen zu stellenden Männern nur 68o in allen Behörden des Generalgouvernements vorhanden seien. Von ihnen seien bereits 4oo gestellt worden, der Rest werde aus dem Jahrgang 19o1 und jüngeren Jahrgängen gestellt. Im übrigen sei dann noch die Aktion den Kommission des Generals von Unruh im Gange, auf Grund deren man bis zum 25.März 2 ooo Mann aus dem Zivilbereich des Generalgouvernements zu stellen habe, der auch die freie Wirtschaft umfasse.

22.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler fügt ergänzend hinzu, daß für die Stellung der 2 ooo Mann keine Frist gesetzt worden sei. Für die Stellung der restlichen 45o Mann sei aber der 2o.März als letzter Termin vorgesehen. Aus den Volksdeutschen und aus der Wirtschaft könne man leicht diese 2 ooo Mann herausholen, wenn für die Volksdeutschen die Wehrpflicht eingeführt werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar die Wehrpflicht für die Volksdeutschen des Generalgouvernements einzuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß zur Zeit eine Besserung der Ernährungslage der Polen nicht möglich sei. Eine Herabsetzung der Lebensmittelration für die Polen werde sich nur vermeiden lassen, wenn die dem Reich gemachten Vorschläge hinsichtlich einer Änderung ein der Lieferungen vom Reich angenommen würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man den in deutschen Betrieben und im deutschen Interesse arbeitenden Polen nicht mehr Lebensmittel geben könne. Er weise Präsident Naumann an, nunmehr keine Lieferungen mehr an das Reich gehen zu lassen. Das Getreide, das noch im Generalgouvernement vorhanden sei, müsse unter allen Umständen im Lande bleiben.

Präsident Naumann verweist in diesem Zusammenhang auf mit der Wehrmacht getroffene Abmachungen, nach welchen die an die Wehrmacht getätigten Lieferungen auf das Reichskontingent angerechnet würden. Er habe auch Generalleutnant Schindler erklärt, daß die Hauptabteilung E.u.L. für die Rüstungsbetriebe keine erhöhten Rationen geben könne, nachdem man durch die

22.2.1943

Forderungen des Reichsmarschalls Göring gefesselt worden sei, und habe ihm anheim gestellt, entsprechende Mengen aus dem Reichskontingent zu erwerben. Auch die Aufwendungen für die Verpflegung der 3 5oo Kinder aus dem Reich müßten als echte Reichsleistungen anerkannt und als solche von dem Lieferungskontingent abgesetzt werden, ferner alles das, was für neueingestellte Rüstungsarbeiter an Lebensmitteln gebraucht werde. Für die Spritforderung des Reiches habe man nicht Kartoffeln, sondern Sprit zu liefern in Aussicht genommen und werde dafür geringere Kartoffelmengen ans Reich liefern.

Präsident Naumann geht dann auf die Lage ein, die zur Zeit auf dem Gebiet der Fleischversorgung in Deutschland besteht, und gibt davon Kenntnis, daß im Reiche die Fleischration ab 6.April um 5o gr gesenkt würde. Ferner werde man sofort eine Überprüfung der Schwer- und Schwerstarbeiterration durchführen und erheblich in die Rinderbestände des Reiches eingreifen müssen. Angesichts dieser Situation im Reich müsse damit gerechnet werden, daß erhöhte Fleischforderungen an das Generalgouvernement im Laufes ds. Jrs. gestellt würden. Deshalb habe man auch die Erzeugungsschlacht vorwärtsgetrieben und alles versucht, was im Interesse der Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich sei.

Präsident Naumann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für die 8 ooo eingesiedelten Deutschen 3 ooo to Saatgut zur Verfügung gestellt werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur verbietet ausdrücklich, daß dieses Saatgut zur Verfügung gestellt wird. Verantwortlich dafür seien die Stellen, die die Umsiedlung in Gang gesetzt hätten, ohne den eigentlich verantwortlichen Dienststellen davon Kenntnis zu geben.

22.2.1943

Ferner weise er Präsident Naumann an, unter keinen Umständen aus anderen Distrikten zu Gunsten des Distriktes Lublin irgendwelche Bestände an Getreide, Saatgut usw. wegzunehmen.

Präsident Naumann glaubt die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, daß 3o ooo Hektar besten Ackerlandes brach liegen bleiben und kein Saatgut in das Gebiet der Umsiedlung geschafft wird.

Der Herr Generalgouverneur stellt Präsident Naumann anheim, dem Distrikt Lublin das zu geben, was ihm auch sonst unter normalen Verhältnissen zukommen würde. Die Erfüllung zusätzlicher Forderungen sei aber in der gegenwärtigen Lage unmöglich. Präsident Naumann müsse sich, wenn möglich, mit einer Dienststelle des Reichskommissars in Berlin über diese Dinge besprechen.

Gegenüber dem Einwand des Präsidenten Naumann, daß die Hauptabteilung E.u.L. auch zusätzlich Treibstoff zur Verfügung stellen solle, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß sich Präsident Naumann in solchen Fragen für unzuständig betrachten und Verhandlungen dem Staatssekretär Dr. Bühler überlassen solle. Auf den Leiter der Hauptabteilung E.u.L. könne man derartige Verantwortungen nicht abwälzen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur zu Protokoll folgende Feststellung:

1. Die Staatsvereinfachung muß auch den Fragen dienstbar gemacht werden, die Gegenstand der heutigen Besprechung gewesen sind.

2. Weitere Umsiedlungsmaßnahmen müssen eingestellt werden.

22.2.1943

3. Auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung muß auch von seiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Rücksicht genommen werden.

4. Mit sofortiger Wirkung ergeht an sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements das Verbot, mit Dienststellen des Reiches anders zu verhandeln als über die vorgesetzte Behörde bzw. den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens unverzüglich vorzulegen.

17^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet über den Aufbau der SA im Generalgouvernement und über die Durchführung der Schulung. Er gibt dem Herrn Generalgouverneur von einer Verfügung des Stabschefs Lutze Kenntnis, nach welcher nunmehr die offizielle Bezeichnung der SA-Einheit im Generalgouvernement lauten soll: "SA Generalgouvernement". Damit werde, so betont SA-Oberführer Peltz, die SA des Generalgouvernements als eine einheitliche Gruppe behandelt und vom Stabschef als in ihrem Aufbau vollendet angesehen.

22.2.1943

3. Auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung muß auch von seiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Rücksicht genommen werden.

4. Mit sofortiger Wirkung ergeht an sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements das Verbot, mit Dienststellen des Reiches anders zu verhandeln als über die vorgesetzte Behörde bzw. den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens unverzüglich vorzulegen.

17^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet über den Aufbau der SA im Generalgouvernement und über die Durchführung der Schulung. Er gibt dem Herrn Generalgouverneur von einer Verfügung des Stabschefs Lutze Kenntnis, nach welcher nunmehr die offizielle Bezeichnung der SA-Einheit im Generalgouvernement lauten soll: "SA Generalgouvernement". Damit werde, so betont SA-Oberführer Peltz, die SA des Generalgouvernements als eine einheitliche Gruppe behandelt und vom Stabschef als in ihrem Aufbau vollendet angesehen.

22.2.1943

Weiter berichtet SA-Oberführer Peltz über die Ausbildung von Volksdeutschen zu SA-Führern. Er bittet ferner den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, daß die S.A. bei der Überprüfungsaktion der Deutschen im Generalgouvernement eingeschaltet wird, damit vor allem diejenigen, die sich dauernd und systematisch der Erfüllung ihrer völkischen Gemeinschaftspflicht entzögen, erfaßt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Zustimmung zu den Vorschlägen und erteilt dem Hauptabschnittsleiter Stahl die Weisung, sich sofort mit Präsident Dr. Losacker in Verbindung zu setzen, damit dann die Partei bzw. die S.A. an diesen Überprüfungsaktionen der Deutschen im Lande beteiligt werden kann.

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur noch eine Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt dem Herrn Generalgouverneur einen vertraulichen Bericht über seine Besprechungen bei der Parteikanzlei. Bei diesen Besprechungen hat Hauptabschnittsleiter Stahl auch über die Gouverneursitzung in Warschau berichtet und dann interessante Aufschlüsse über die Gesamtsituation d. Partei erhalten. Hauptabschnittsleiter Stahl kann weiter feststellen, daß die Parteiarbeit im Generalgouvernement bei der Parteikanzlei vollste Anerkennung finde und an ihrer Fortsetzung in keiner Weise gerüttelt werden solle.

18^{00} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 23.Februar 1943

10^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{35} P r e s s e - Besprechung im Königssaal.

(Teilnehmer s.Liste)

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit Begrüßungsworten an die Erschienenen und erteilt zunächst Pressechef Gassner das Wort.

Pressechef Gassner dankt dem Herrn Generalgouverneur, daß er den deutschen Hauptschriftleitern der polnischen Presse zum ersten Mal Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache gegeben habe. Er geht dann kurz auf die Entwicklung der polnischen Presse im Generalgouvernement ein. Zur Zeit erschienen in Krakau, Warschau, Radom, Tschenstochau, Lublin und Lemberg je eine polnische Tageszeitung. Daneben existierten noch zwei Kopfblätter. Die Gesamtauflage sämtlicher polnischer Zeitungen betrage an Wochentagen etwa 4oo ooo, an Sonntagen 5oo ooo Exemplare. Hervorgehoben müsse werden, daß es sich um eine Stoppauflage handle. Außerdem existierten noch 2 ukrainische Tageszeitungen, und zwar erschienen sie in Krakau (Auflageziffer 13 ooo) und in Lemberg (Auflageziffer 45 ooo). Bei Beginn der deutschen Verwaltungsarbeit im früheren Polen im Jahre 1939 habe man die polnische Presse nur als Mitteilungsblatt für die deutschen Behörden angesehen. In ihren Spalten sollte höchstens der deutsche Wehrmachtsbericht Aufnahme finden. Man sei sich aber klar gewesen, daß eine solche Presse nichts tauge. Unter dem Zwang der Verhältnisse sei dann zu

23.2.1943

Beginn des Jahres 1940 die polnische Presse als Führungsinstrument eingesetzt worden und habe bei der Bekämpfung der damals drohenden Inflationsgefahr Hervorragendes geleistet. Daraufhin sei man dazu übergegangen, sie in den Dienst des deutschen Aufbaues zu stellen. In ihren Zeilen sei immer stärker darauf hingewiesen worden, daß, sollte Europa sich erhalten, sich die Völker Europas zusammenschließen müßten. Dadurch habe man einen gewissen Teil der polnischen Intellektuellen für positive Mitarbeit am deutschen Aufbau gewonnen.

Bei Beginn des Kampfes gegen den Bolschewismus im Juni 1941 habe dann in starkem Maße die Antibolschewistische Walze ihren Niederschlag in den Spalten der polnischen Zeitungen gefunden. Viele Argumente gegen den Bolschewismus könnte man aber nicht ausnutzen, weil sich aus ihnen eine Reihe von Analogien ergebe, und die Polen viele antibolschewistische Erwägungen einfach gegen das deutsche Regime wendeten.

Zu diesen Belastungen träten nun in jüngster Zeit die deutschen Mißerfolge an der Ostfront. Es bahne sich ein vollkommener Stimmungszusammenbruch und ein Anwachsen der illegalen Tätigkeit unter der polnischen Bevölkerung an. Er sei sich darüber klar, daß es sehr schwierig sei, dieser Entwicklung mit den Mitteln der Presse Einhalt zu gebieten. Von deutscher Seite müsse der Versuch unternommen werden, die Polen zur Gestaltung ihrer Presse in stärkerem Maße heranzuziehen. Man müsse den Polen eine politische Zeitschrift geben; Erwägungen darüber seien schon seit einem halben Jahre im Gange, ohne bis jetzt praktische Formen angenommen zu haben. Statt der von ihm für überflüssig gehaltenen polnischen Zeitschrift "Fala" könne man eine solche politische Zeitschrift erscheinen lassen.

23.2.1943

Er beantrage also eine stärkere verantwortliche Heranziehung polnischer Schriftleiter zur Gestaltung der polnischen Presse. Aus der Ära du Prel sei heute noch das Verbot in Kraft, daß polnische Zeitungen ohne deutsche Hauptschriftleiter erscheinen dürften. Man solle vielmehr dazu kommen, daß die polnischen Schriftleiter auch Kommentare und Leitartikel verfassen dürften, denn sie als Polen träfen die polnische Mentalität viel besser, als dies die geschicktesten deutschen Schriftleiter könnten. In der Gestaltung der Meinungsentwicklung sollte man nicht mehr zu ängstlich vorgehen.

Hauptschriftleiter Fenske ist der Ansicht, daß die Ursachen für gewisse kritische Momente im Verhalten der Polen tiefer lägen. Das polnische Volk nehme unter allen europäischenLändern eine Ausnahmestellung ein in seiner Behandlung im Reich und im Generalgouvernement. Die Polen besässen ein ausgeprägtes nationales Empfinden und machten sich viele Gedanken über die Rolle, die ihnen in einem neuen Europa von deutscher Seite zugedacht sei.

Dazu komme, daß unsere Gegner alle Möglichkeiten für eine Gewinnung der polnischen Haltung besässen. Die Engländer versprächen ihnen Freiheit, Gerechtigkeit Wohlstand, ausreichende Ernährung, Bestrafung aller, die sich am polnischen Volk vergangen hätten. Wir Deutschen dagegen könnten sie nur mit dem leeren und für alle Polen einigermaßen inhaltslosen Begriff des neuen Europa propagandistisch bearbeiten. Dabei werde der große Fehler gemacht, propagandistische Methoden, die bei der Behandlung des deutschen Volkes richtig sein mögen, einfach auf fremde Völker zu übertragen. Von deutscher Seite müßte den polnischen Bewohnern des Generalgouvernements das Empfinden nahe gebracht werden, daß die Deutschen um ihre Existenz wüßten und ihre Interessen zu berücksichtigen versuchten.

23.2.1943

Auf den Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, daß er das in jeder seiner Reden tue, erwidert Hauptschriftleiter Fenske, daß man in der praktischen Auswirkung wenig verspüren könne. Die Lage sei heute besonders kritisch, da die Polen glaubten, daß die deutsche Ostfront zusammengebrqchen sei, und ihnen von der englischen Propaganda eingeredet werde, daß die Sowjets an der früheren polnischen Ostgrenze haltmachen würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang ein Rundschreiben des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels vom 15.Febr.1943 bekannt, in dem eine neue Einstellung des Reiches für die Behandlung der außerhalb Deutschlands lebenden europäischen Völker einschließlich der Ostvölker verkündet wird. Er bittet die anwesenden Hauptschriftleiter, sich die markantesten Sätze aus diesem Rundschreiben, das er ihnen vorliest, zu notieren.

Dieses Rundschreiben sei eine geradezu umwälzende Verlautbarung. Eine große Wende sei angebrochen. Es werde mit dem bisherigen System der Ausrottung, der Ausbeutung und Diskriminierung gebrochen. Endlich sehe man im Reich ein, daß sich ein System der Gewalt auf die Dauer nicht halten könne, denn Gewalt sei lediglich ein Ausnützen eines momentanen technischen Waffenvorteils.

Er als Generalgouverneur werde nichts unterlassen, um diese neuen Grundsätze in der politischen Führung dieses Raumes zur Durchsetzung zu bringen. Er sei überzeugt, daß diese neue Einsicht zu einer ungewöhnlichen Bereinigung der Ostsituation führen werde.

Hauptschriftleiter Fenske ist der Meinung, daß diese Umschwenkung der deutschen Politik in der Behandlung der Polen zu spät komme. Die Polen sprächen bereits davon, daß im Augenblick des Wiederbeginns

23.2.1943

einer deutschen Offensive im Osten ein allgemeiner europäischer Aufstand entflammen werde. Weiter glaubten sie, daß eine englisch-amerikanische Armee vom Balkan her nach Osteuropa eindringen und ein Operationsgebiet zwischen Rußland und Polen zu erreichen suchen werde. Die Gewinnung der Ukrainer für die deutsche Seite sei jedoch noch möglich.

Demgegenüber hält der Herr Generalgouverneur es für möglich, die Polen auf die deutsche Seite zu ziehen.

Anschließend findet eine längere Aussprache statt, in der von den anwesenden Hauptschriftleitern Anregungen für eine bessere politische Linie in den polnischen Zeitungen gemacht werden bzw. gegen überholte Anordnungen und Verbote Stellung genommen wird. So weist z.B. Hauptschriftleiter Fenske daruuf hin, daß es verboten sei, auf von England verbreitete Zweckgerüchte, die den Polen auf Grund ihres gut ausgebauten Nachrichtennetzes allgemein bekannt seien, in den Spalten der polnischen Presse einzugehen, obwohl man viele derartige Gerüchte mit geschickten Mitteln widerlegen könne. Auch müßte die Möglichkeit gegeben sein, Näher über von Juden verübte Attentate und Sabotagefälle einzugehen. Weiter sei es verboten, die polnische Emigrantenregierung zu erwähnen, obwohl nach seiner Ansicht im gegenteiligen Falle keine Gefahr bestünde.

Abteilungsleiter Dr. Lüdemann ist der Meinung, daß sich die polnische Presse zu sehr auf die Intelligenz beschränke und sich nicht so sehr an die breite Öffentlichkeit wende.

Dem glaubt Hauptschriftleiter Stöppler nicht zustimmen zu können. Die polnische Intelligenz kaufe keine polnischen Zeitungen, sondern orientiere sich über die führenden deutschen Zeitungen wie "Das Reich",

23.2.1943

"Frankfurter Zeitung", "Krakauer Zeitung". Aus dieser Tatsache müsse man die Erkenntnis ableiten, daß man die gebildeten Polen in ihrer eigenen Presse politisch in sehr vorsichtiger Form mehr ansprechen müsse.

Auch Hauptschriftleiter Seidel ist der Ansicht, daß man, wenn man in der bisherigen Weise die polnische Pressearbeit fortsetze, für die deutschen Interessen nichts gewinnen könne. Ein ängstliches Zurückweichen vor den schwierigen Problemen werde die deutschen Bemühungen ohne Erfolg lassen.

Auf Grund dieser Aussprache ist der Herr Generalgouverneur der Ansicht, daß alle bisherigen Verfügungen auf dem Gebiete der polnischen Presse überholt und hinfällig seien. Notwendig sei eine Neuüberprüfung aller Fragen auf dem Sektor der polnischen Presse.

Hauptschriftleiter Widera vertritt die Auffassung, daß die polnischen Zeitungen wohl von der Masse des Volkes gelesen würden, während die Intelligenzkreise darauf zum größten Teil verzichteten. Durch eine intensivere Presseführung müsse man dazu kommen, daß auch diese Kreise die polnischen Zeitungen als ihre eigene Presse betrachteten. Unter ihnen gebe es eine kleine Schicht, die realpolitisch denke und aus der polnischen Geschichte gelernt habe. Diese Schicht müsse für deutsche Zwecke gewonnen werden. Ein erfolgversprechender Weg dazu sei, die polnischen Zeitungen der Verantwortung polnischer Schriftleiter zu überlassen. Solange die letzte Verantwortlichkeit für den Inhalt einer polnischen Zeitung bei einem deutschen Schriftleiter liege, seien die polnischen Schriftleiter nicht arbeitseifrig und verantwortungsfreudig genug. Auch wenn sich deutsche Schriftleiter noch so sehr in die polnische Mentalität hineinversetzten , könnten sie

doch nie für die polnische Leserschaft so schreiben, wie das bei einem Polen der Fall sei.

Er schlage also vor, die polnischen Zeitungen den Polen zu überlassen, und daneben eine <u>deutsche Zeitung in polnischer Sprache</u> zu schaffen, die den Polen den amtlichen deutschen Standpunkt darlegen solle. Die Redaktion dieser deutschen Zeitung sollten die bisherigen deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Zeitungen bilden. Diese Zeitung müsse mit den polnischen Schriftleitern polemisieren und sie dadurch bei evtl. Zögern zur Behandlung von Problemen reizen. Erscheinungsort müßte Warschau sein. Die polnischen Zeitungen sollten nur einer Vorzensur durch die aufsichtsführende Behörde unterliegen. Bei einer solchen Regelung könnten die polnischen Schriftleiter ihre eigene Initiative einsetzen und die Polen bekämen das Gefühl, daß ihre Zeitungen nur von Polen gemacht würden. Das Generalgouvernement sei das einzige der besetzten Gebiete, in dem die Zeitungen für die fremdvölkischen Bewohner von Deutschen gemacht würden.

Als Auswirkung auf die von Dr. Goebbels neu aufgestellten Grundsätze werde man sicherhlich eine wesentliche Erleichterung verspüren. Die Propaganda müsse aber auch mit der realen Politik übereinstimmen. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß man Bauern für die Ablieferung ihres Kontingentes belobige, ihnen den Schutz der deutschen Behörden zusage, sie aber die nächsten Tage zwecks Ansiedlung von Volksdeutschen von Haus und Hof verjage. Die Richtlinien der Politik müßten mit ihrer Verwirklichung in Einklang gebracht werden.

Der polnischen Presse müßte auch die Möglichkeit gegeben werden, besondere durch den Krieg erzwungene Maßnahmen der deutschen Verwaltung besprechen zu dürfen. Wenn sie z.B. eine notwendig gewordene Evakuieru

begründen könne, könnten dadurch viele irrige Meinungen und daraus entspringender Haß gegen die Maßnahmen der deutschen Behörden beseitigt werden. Weiter solle man der polnischen Presse gestatten, mit der illegalen Presse in Polemiken einzutreten.

Hauptschriftleiter Widera bittet dann den Herrn Generalgouverneur, die deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Zeitungen gegen den Vorwurf, daß sie polenfreundlich seien, in Schutz zu nehmen.

Auf eine Anregung von Hauptschriftleiter Penske, zwecks besserer Unterrichtung der deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Presse einen altbewährten ukrainischen Verbindungsmann nach Berlin zu beordern, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er damit einverstanden sei und daß dieser Mann in die Berliner Dienststelle des Bevollmächtigten eingebaut werden solle. Er ist auch damit einverstanden, daß zur Umrahmung der polnischen Rundfunknachrichten polnische Musik zu Wort kommen dürfe. Er habe in Frankreich das Chopin-Museum aufgekauft, das in diesen Tagen nach Krakau gebracht werde. Veröffentlichungen in der polnischen Presse darüber seien sehr wünschenswert. Auch an ein Auftreten hervorragender polnischer Musiker könne gedacht werden. Stimmungs- und Lageberichte der polnischen Arbeiter in Deutschland sollten mehr als bisher in den polnischen Zeitungen ihren Niederschlag finden. Maßnahmen der deutschen Behörden müßten in den polnischen Zeitungen pressemäßig behandelt werden. Die Deutschen lebten zu sehr als Fremdkörper im polnischen Raum. In Zukunft müßten diejenigen, die die polnische Sprache verstünden, mehr Auftrieb bekommen. Die Nachrichtenbetreuung der hier anwesenden deutschen Schriftleiter der polnischen Zeitungen müsse intensiviert werden.

23.2.1943

Hauptschriftleiter Fenske plädiert für eine bessere Versorgung der polnischen Schriftleiter, die teilweise sehr mangelhaft sei. Mit gutem Bewußtsein müßten diese Leute schreiben können, daß sie unter der deutschen Herrschaft gut behandelt würden.

Hauptschriftleiter Stöppler weist noch einmal darauf hin, daß der Zeitpunkt für die vorgesehene Umstellung der deutschen Propaganda äußerst schwierig sei. Man dürfe die neue Einstellung nicht mit vollen Segeln unternehmen, sondern nur langsam und vorsichtig anlaufen lassen.

Von den einzelnen Teilnehmern der Sitzung werden dann noch verschiedene Anregungen für den Beginn der neuen Pressetaktik gegeben.

Hauptschriftleiter Fenske weist noch darauf hin, daß die Gefahr der panslawistischen Idee sehr stark sei; man dürfe daher wie bisher auch in Zukunft Polen und Ukrainer nicht gleich behandeln, sondern müsse zwischen den beiden immer stark unterscheiden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und erklärt, daß unter Teilnahme des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda und des Pressechefs der Regierung alle Punkte in ein Regulativ zusammengefaßt würden, das allen Hauptschriftleitern der polnischen Zeitungen zugehen werde. Darin seien die Richtlinien für die Behandlung der fremdvölkischen Angelegenheiten auf dem Presse- und kulturellen Gebiet zusammengefaßt. Als Richtschnur diene der versöhnende Gedanke des Reiches. Die Hauptbestandteile dieses Regulativs bildeten die Richtlinien, die Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels in seinem Rundschreiben vom15.Febr. bekannt gegeben habe. Dazu kämen dann verschiedene Punkte, die für das Generalgouvernement von besonderer Wichtigkeit seien.

23.2.1943

Die Auswirkungen der neuen deutschen Einstellung würden sich nicht nur in der Presse, sondern auch im Rundfunk, in kulturellen Veranstaltungen, auf dem Ernährungs- und Bekleidungssektor, in der stärkeren Heranziehung von Polen zur Verwaltung usw. zeigen. Alle bisherigen Anordnungen, die dieser neuen Linie widersprächen, würden damit aufgehoben werden. Jedoch müsse grundsätzlich daran festgehalten werden, daß man in den Polen nicht die Freunde Deutschlands sehen könne. Äußerste Wachsamkeit sei auch weiterhin am Platze, denn die führende Schicht Polens plane die Vernichtung des deutschen Volkes und Reiches. Es müsse jedoch gelingen, den polnischen Elementen, die in ihrer Haltung schwankend seien, den Weg zu den deutschen Belangen nicht zu versperren.

Der Inhalt des Rundschreibens von Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels werde allen Distriktsstandortsführern und Behörden mitgeteilt werden. Dadurch werde für die Arbeit der deutschen Schriftleiter in der polnischen Presse eine starke Besserung eintreten.

Präsident Ohlenbusch wendet sich gegen die Meinung, daß die Propaganda für die Fremdvölkischen in diesem Raum nach deutschen Gesichtspunkten geschehe. Er habe seit langer Zeit einen polnischen und ukrainischen Hilfsstab eingerichtet, der weitgehenden Einfluß und beratende Tätigkeit auf propagandistischem Gebiet besitze. Ein weiterer Beweis, daß hier mit polnischen Augen Propaganda gemacht werde, liege darin, daß zur Zeit antibolschewistische Plakate des früheren polnischen Kriegsministeriums aus dem Jahre 1922 von der Hauptabteilung Propaganda herausgebracht würden. Er werde weiterhin antibolschewistisches Material, das die Polen nach dem Jahre 1919 veröffentlicht haben, sichten und auf seine Verwendung hin prüfen. Für diese Propaganda seien alle Voraussetzungen im polnischen

23.2.1943

Volke vorhanden. Fünf Sechstel der Arbeit der Hauptabteilung gelte der Beeinflussung der fremdvölkischen Menschen im deutschen Sinne. Er glaube, daß das Rundschreiben des Reichspropagandaleiters zum großen Teil seine Ursache in den Erfahrungsberichten habe, die die Hauptabteilung seit langer Zeit nach Berlin sende.

Der Herr Generalgouverneur spricht zum Schluß allen deutschen Hauptschriftleitern Dank und Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen aus.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Anwesenheitsliste

für die Pressebesprechung

am 23. Februar 1943 um 1o Uhr 3o Minuten

im Königssaal

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Fuchs		
Hansen	Pol.	Gpl. des Pol.
Hein	SA-Hauptsturmführer	Gauamtsleitung der NSV
Lobert	Direktor	Fabrikant f. Deutsche Ostsiedlung
Meyer	Hauptgeschäftsführer	Provinzialverband Ostpreußen
Schumann	Referent	Presseref. d. Reg.
Schröder		Kreis Bartenstein
Hansen	Pressereferent der Regierung	
Seidel	Kapitän zur See	Werft
Funke	"	Pressechef
Jungclaus	Kapitänleutnant	" d. Gauleitung Ostpreußen
Hinrichsen		Adjutant des Reichsstatthalters
Lüdemann		Adjutant des Gauleiters
Rosenbaum	Hauptschriftleiter	" d. Gauleitung Ostpreußen

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Vorsteher	Krakauer Zeitu

Krakau

Mittwoch, den 24.Februar 1943

11[lo] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

13[oo] M i t t a g e s s e n zu Ehren des aus den Diensten der Kanzlei des Generalgouverneurs scheidenden Hausdirektors Haberstich.

15[oo] Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouvergouverneur den Entwurf eines Rahmenerlasses vor, der Anweisungen für die neue propagandistische Behandlung der Polen zum Inhalt hat, wie sie sich aus dem Rundschreiben des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels vom 15.2.1943 ergeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dem Inhalt einverstanden und ersucht Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, in Zusammenarbeit mit Staatssekretär Dr. Bühler und dem SD eine nochmalige Durchprüfung vorzunehmen und die endgültige Fassung ihm dann zur Unterschrift vorzulegen. Diesen Rahmenerlaß sollten dann alle Dienststellen des Generalgouvernement erhalten.

16[oo] T e e .

Kammersänger Hans Hermann Nissen bringt vor den Gästen und den Gefolgschaftsmitgliedern der Kanzlei des Generalgouverneurs einige Lieder zu Gehör.

19[oo] Besuch der Erstaufführung "Othello" im Staatstheater.

22[2o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 25.Februar 1943

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß die polnischen Nickel- und Kupfermünzen für Zwecke der Rüstungsindustrie abgegeben werden müßten. Insgesamt entstehe dadurch, da nur der Münzwert berechnet werde, gegenüber dem Nennwert ein Verlust von 15 Millionen Zloty. Nach der bestehenden Rechtslage müßte eigentlich, da die Münzverwaltung Sache des Haushalts sei, dieser Verlust von der Finanzverwaltung getragen werden. Die Emissionsbank wolle sich aber entgegenkommenderweise bereit erklären, die Hälfte dieses Verlustes, also 7,5 Millionen Zloty, zu übernehmen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, daß die Frage der Fünf-Groschenstücke geregelt worden sei. Weiter gibt er dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß die Frage des Umrechnungssatzes Gegenstand von Erörterungen im Reich gewesen sei. Dem Standpunkt des Reichsfinanzministeriums, daß an eine Änderung des Umrechnungssatzes nicht gedacht werden könne, habe auch das Reichsbankdirektorium zugestimmt und diese seine Auffassung schriftlich bestätigt.

25.2.1943

12[20] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Bankdirigent Dr. Paersch, Bevollmächtigtem Dr. Heuber, Ministerialrat Radtke, Regierungsdirektor Dr. Albert, Regierungsrat Dr. Lengert.

(Siehe Anlage) (Seite 747)

12[40] Besprechung mit den Staatssekretär Dr. Bühler und Dr. Boepple, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

Staatssekretär Dr. Boepple erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Verhandlungen, die am 23.Febr.1943 in Berlin stattgefunden haben. Interessant sei die Feststellung, daß man in Berlin den Ansichten, die in dieser Beratung von der Delegation der Regierung des Generalgouvernements geäußert worden seien, allseits Verständnis entgegengebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß man jetzt offenbar in den Reichsstellen den Belangen des Generalgouvernements und der Haltung seiner Regierung größeres Verständnis entgegenbringe.

12[50] Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen dem Deutschen Reich, dem Generalgouvernement und den besetzten Ostgebieten
2. einer Dritten Verordnung über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens im Generalgouvernement

25.2.1943

3. einer Verordnung über die Berichtigung von Eintragungen in nichtdeutschen Personenstandsregistern im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien-Preßburg.

Anlage

N i e d e r s c h r i f t

Über die

Besprechung betr. Aufhebung des

Zollgrenzschutzes am 25.2.1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Hauptabteilungspräsident Min.Dirigent Dr. Emmerich
Bankdirigent Dr. Paersch
Bevollmächtigter Dr. Heuber
Ministeralrat Radtke
Regierungsdirektor Dr. Albert
Regierungsrat Dr. Lengert
Regierungsrat Gnauck als Protokollführer

Die Sitzung wird um 12 Uhr 2o Minuten von Generalgouverneur Dr. Frank eröffnet.

Einleitend teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß in Berlin im Zusammenhang mit der Freimachung von Kräften für die Wehrmacht und die Rüstung auch die Frage aufgeworfen worden sei, ob durch Auflösung des Zollgrenzschutzes erhebliche Kräfte für die Wehrmacht freigemacht werden könnten. Im Generalgouvernement seien von insgesamt 4 ooo Zollbeamten 2 4oo oder 2 5oo Zollgrenzschutzbeamte, der Rest sei im Zivilsektor beschäftigt. In einer am 26.Februar in Berlin stattfindenden Sitzung solle u.a. auch die Frage untersucht werden, ob an der Ostgrenze des Generalgouvernements der Zollgrenzschutz aufgelöst und die Grenze nunmehr offengelassen werden könne. Staatssekretär Krüger

25.2.1943

habe ihn gebeten, bei der Besprechung in Berlin geltend zu machen, daß auch aus Sicherheitsgründen die weitere Aufrechterhaltung der Zollgrenze erwünscht erscheine. Dies sei zunächst mit Rücksicht auf die Durchkämmungsaktion notwendig; denn wenn die Zollgrenze aufgehoben würde, dann wichen die Menschen nach den Ostgebieten aus. Weiter erheische die Sicherheitslage im Distrikt Lublin die Aufrechterhaltung der Zollgrenze, wo ein ständiger Wechsel zwischen Generalgouvernement und besetztem Gebiet stattfinde. Wenn das Instrument des Zollgrenzschutzes wegfalle, dann werde das zu einer Verschärfung des Bandenkrieges führen.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt davon Kenntnis, daß nach einer Mitteilung des Generals Sommé in den letzten 14 Tagen fast in jeder Nacht englische Flugzeuge in der Richtung Radom führen und dort zweifellos Fallschirme niedergehen ließen. Das hänge offenbar mit Plänen des Generals Sikorski und mit der Vorbereitung größerer Sabotagehandlungen, der Zusammenballung von Widerstandskräften zusammen. Auch diese Vorkommnisse sprächen für eine Aufrechterhaltung der Zollgrenze. Wenn das Generalgouvernement eine eigene Verantwortung tragen solle, dann müsse ihm auch die Zollgrenze gelassen werden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß es sich bei dieser Frage in erster Linie um ein Währungsproblem, in zweiter Linie um ein Warenproblem handle. Der Warenverkehr sei nicht so groß, daß bei einer Aufhebung der Zollgrenze ganz große Störungen eintreten würden, wenn sich der Warenstrom in andere Kanäle ergieße. Der Warenverkehr habe bisher das in sich getragen, was die Ukraine immer verlangt habe: es seien nämlich Kommandos für die Beschaffung ganz dringenden Bedarfs wie z.B. Eisenbahnschrauben oder Holz ins Generalgouvernement gekommen, aber an den

25.2.1943

Gegengeschäften habe es fast ganz gefehlt. Von seiten der Ukraine seien kaum jemals Offerten für einen Kompensationsverkehr gemacht worden, und deshalb sei auch ein Warenverkehr nicht zustande gekommen. Ein anderer Warenverkehr gehe ins Reich über die Verrechnungskasse.

Bankdirigent Dr. Paersch kann einer Aufhebung der Zollgrenze nicht zustimmen. Wenn auch mit der Zollgrenze nicht unbedingt verbunden , so müsse doch die Devisengrenze erhalten bleiben. Die Notwendigkeit dafür ergebe sich daraus, daß aus dem Gebiet im Osten dauernd der Versuch gemacht werde, gewerbliche Erzeugnisse einzukaufen. Das sei nur mit Hilfe der Reichskreditkassenscheine möglich. Der zweite Gesichtspunkt liege auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete. Die Ernährung des Gebietes des Generalgouvernements sei angesichts der stetigen Lieferungen an das Reich ohnehin zu einem offenen Problem geworden. Würde nach dem Osten hin noch ein Loch offengelassen, dann wären weitere Abziehungen zu besorgen. Auch in der Ukraine würden die Schwierigkeiten unter dem Einfluß der Vorgänge ernährungsmäßig größer. Schließlich sei auch noch die gewerbliche Wirtschaftslage zu berücksichtigen. Die Stillegungsverordnung werde die Erzeugung sehr stark einschränken. Man nähere sich deshalb langsam der Erzeugungslage des Reiches, in dem die Gebrauchsartikel kaum noch zu erhalten seien. Man müsse sich aus höheren Gesichtspunkten vom Generalgouvernement aus gesehen mit diesem Tatbestand abfinden, habe aber kein Interesse daran, daß die geringen Mengen von Erzeugnissen, die dem Generalgouvernement noch verblieben, von Interessenten aus dem Osten aufgekauft würden; er schlage deshalb vor, an der Aufrechterhaltung der Zollgrenze festzuhalten.

25.2.1943

Ministerialrat Radtke bemerkt, daß die Interessen des Arbeitsgebietes der Finanzverwaltung verhältnismäßig gering seien. Die Zollgrenzen nach dem Westen seien tatsächlich nicht vorhanden, nach dem Osten nur in so geringem Umfange, daß der Hauptauftraggeber eigentlich nur die Paßstelle sei. Was die allgemeine Sicherheit im Generalgouvernement angehe, so bedeute der Zollgrenzschutz naturgemäß an den in Betracht kommenden Stellen eine starke Hilfe für die Zollerfassung an den übrigen Grenzen wie denjenigen nach der Slowakei und Rumänien.

Regierungsrat Dr. Lengert hält es für angebracht, den Zollgrenzschutz im Osten bestehen zu lassen, und zwar hauptsächlich aus Sicherheitsgründen. Zweifellos bedeute die Aufrechterhaltung des Zollgrenzschutzes einen starken Damm gegen das Hereinströmen unerwünschter Elemente.

Regierungsdirektor Dr. Albert betont, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an der Aufrechterhaltung der Zollgrenze sehr interessiert sei. Er habe vor kurzem eine sehr interessante Aussprache mit dem Versorgungsbeauftragten Ackermann vom A.O.K. gehabt, der ihm die Auswirkungen des Sowjetprogramms geschildert habe. Nach Berichten des Sowjetrundfunks hätten die Russen 75o ooo to Brotgetreide erbeutet, was nach anderen Nachrichten wohl zutreffend sei. Angesichts der letzten Ereignisse sei die Ukraine nicht imstande, die vorgesehenen Reichslieferungen durchzuführen und die Versorgung des Abschnitts zu ermöglichen, der durch das Banditenunwesen vollkommen lahmgelegt worden sei. Dazu komme die Versorgung der Front und eines weit gerückten rückwärtigen Armeegebietes. Eine weitere Gefahr liege in dem Eingriff in die Pferdebestände des Generalgouvernements, den man offenbar beabsichtige, da man in der Ukraine über keine sonstigen Transportmittel verfüge.

25.2.1943

Dem Generalgouvernement sei ein Kontingent von lo ooo Pferden für die Lieferung an die Ukraine auferlegt worden. Besonders groß sei die Gefahr für den Distrikt Lublin, weil dort das gesamte Getreide liege und angesichts einer Gespannverminderung große Schwierigkeiten eintreten würden. Für den Sektor der Landwirtschaft bestünden daher gegen eine Aufhebung der Zollgrenze die größten Bedenken, weil diese Aufhebung auch zu einer Schädigung von Reichsinteressen führen müßte.

Generalgouverneur Dr. Frank faßt das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß Einigkeit darüber bestehe, daß alles getan werden müsse, was im Interesse der Aufrechterhaltung der Zollgrenze notwendig sei. Er weist Staatssekretär Dr. Bühler an, in der morgigen Sitzung die in der Besprechung geltend gemachten Gesichtspunkte mit aller Energie zu vertreten.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 4o Minuten.

Preßburg

Freitag, den 26.Februar 1943

9^{00} Fahrt mit Kraftwagen von Wien nach Preßburg.

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Preßburg.

Begrüßung durch Verteidigungsminister General Catlos, anderen slowakischen Ministern und deutschen Generälen.

Anschließend Fahrt zum Rathaus der Stadt Preßburg. Dort Begrüßung durch Oberbürgermeister Kovac.

11^{00} F r ü h s t ü c k .

Anschließend Besuche bei dem deutschen Geschäftsträger Legationsrat Endrös in der Deutschen Gesandtschaft, bei General Catlos, bei Ministerpräsident Dr. Tuka und Staatspräsident Dr. Tiso.

14^{00} M i t t a g e s s e n gegeben von Verteidigungsminister Catlos.

Anschließend Besuch bei Volksgruppenführer Karmasin.

19^{00} Besuch des Theaters, Aufführung der Operette von Léhar: "Land des Lächelns".

21^{00} A b e n d e s s e n gegeben von Ministerpräsident Tuka.

(Übernachtung im Rathaus)

Preßburg

Samstag, den 27.Februar 1943

9^{00} Besichtigung des Domes und verschiedener historischer Gebäude der Stadt Preßburg.

Besichtigung militärischer Anlagen unter Führung des Verteidigungsministers Catlos. - Militärische Vorführungen und Vorbeimarsch von Truppenteilen in einem Kasernenhof.

13^{00} M i t t a g e s s e n gegeben von Verteidigungsminister General Catlos. An diesem Essen nehmen Generäle und Offiziere der slowakischen Wehrmacht teil.

15^{00} Fahrt mit Kraftwagen nach Modern bei Preßburg. Dort Besichtigung von Weinkellereien und einer Keramikfabrik.

16^{00} Weiterfahrt nach Tyrnawa - Besichtigung einer Zuckerfabrik.

17^{00} Weiterfahrt nach Piestany. Abendessen im Hotel Terminus.

23^{00} Rückfahrt nach Preßburg mit Kraftwagen.

Sonntag, den 28.Februar 1943

1^{00} Verabschiedung an der slowakisch-deutschen Grenze durch General Turanec.

2^{00} Ankunft in Wien.

7^{55} Fahrt von Wien nach München.

Montag, den 1.März 1943

bis

Freitag, den 12.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 13.März 1943

7^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

8^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Vehofaich, Leiter des Kulturamtes beim Reichskommissar für die Niederlande.

10^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Losacker und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Losacker berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die bisher von ihm im Interesse der Zurückführung der Verwaltung des Generalgouvernements auf den kriegsmäßigen Ausbau durchgeführten Arbeiten. Bei der Regierungsinstanz sei es darauf angekommen, Sachgebiete, die nicht mehr so wichtig seien, stillzulegen. Er habe mit den einzelnen Hauptabteilungsleitern die Verhandlungen durchgeführt, bei denen sich mancherlei Schwierigkeiten ergeben hätten. Es sei verständlich, daß nun nicht plötzlich Aufbaugebiete als unwichtig angesehen würden, die seinerzeit im Einsatz eine gewisse Rolle gespielt hätten. Im allgemeinen sei er aber, so z.B. auch beim Institut für Deutsche Ostarbeit, auf größtes Verständnis bei seinen Vorschlägen gestoßen. Schwieriger sei es schon bei den Abteilungen gewesen, und vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor hätten sich große Schwierigkeiten gezeigt.

13.3.1943

Bei Verhandlungen, die er mit dem Präsidenten Emmerich und Frhr von Gregory gepflogen habe, hätten sich zwei Auffassungen diametral gegenüber gestanden. Man stehe offenbar unter der Gefahr, daß sich die Wirrnis der Reichsressorts auch im Generalgouvernement geltend mache. Viele Reichsstellen beabsichtigten, im Generalgouvernement Vertretungen zu schaffen, so daß sich die Unzahl dieser Stellen des Reiches auch im Generalgouvernement fühlbar machen würden. Das gelte vor allem für die Dienststellender Fachgruppen und für das Ministerium Speer. Auf diese Weise könne es leicht dazu kommen, daß ein Sektor der Verwaltung von verschiedenen Ressortinteressen des Reiches abhänge. Was z.B. das Kammerwesen angehe, so sei wohl anzuerkennen, daß auf diesem Gebiete fruchtbare Arbeit geleistet worden sei, wenn auch andererseits eine gewisse Aufblähung des personellen Apparats stattgefunden habe.

Präsident Dr. Losacker macht dann nähere Angaben über die Zahl der in der Regierungsinstanz tätigen Gefolgschaftsmitglieder, die für die Wehrmacht freigestellt werden bzw. weiterhin in ihren Dienststellungen bleiben könnten. Weiter weist Präsident Dr. Losacker darauf hin, daß man im letzten Jahr viele Kräfte bei der Regierungsinstanz eingestellt habe, die nur in geringem Umfange verwendbar gewesen seien und die man jetzt vielleicht den Kreishauptmannschaften zur Verfügung stellen oder in die Rüstungsindustrie vermitteln könnte. Selbstverständlich werde noch eine ganz intensive Nachschau erfolgen.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Dr. Losacker mit, daß es vielfach nicht möglich sei, vor Beendigung der Bürozeit noch Beamte und Angestellte telefonisch zu erreichen, und weist auf die Tatsache hin, daß das Staatskasino bereits vor ½ 6 Uhr abends

zumeist überfüllt sei.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß mit sofortiger Wirkung das Staatskasino am Mittag erst um 12 Uhr und am Abend erst um 6 Uhr geöffnet wird.

Präsident Dr. Losacker macht im weiteren Verlauf der Besprechung verschiedene Vorschläge für eine Vereinfachung der Verwaltung. Dabei gedenkt er z.B. der Tatsache, daß in der Hauptabteilung Forsten die Personalkartei für das gesamte Generalgouvernement in der Zentrale geführt werde, bei der jede Versetzung, Entlassung, Neueinstellung von Beamten und Angestellten vermerkt werde. Ein weiteres Beispiel für eine unzweckmäßige Beanspruchung der Zentrale sei die Tatsache, daß für Stillegungen auch kleinster Betriebe die Hauptabteilung Wirtschaft die Entscheidung treffen müsse. Alle solche Dinge könnten sehr wohl in der Distriktsinstanz oder gar in der Kreishauptmannschaft bearbeitet werden.

Präsident Dr. Losacker legt dem Herrn Generalgouverneur sodann den Entwurf eines an sämtliche Hauptabteilungen gerichten Erlasses vor, in welchem diesen bestimmte Weisungen für die Durchführung der Verwaltungsvereinfachung erteilt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, nach Vornahme einiger redaktioneller Änderungen den Erlaß zu unterzeichnen.

Weiter legt Präsident Dr. Losacker dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über eine Neueinteilung der Distrikte des Generalgouvernements vor. Nach dieser Verordnung soll der Distrikt Krakau mit dem Distrikt Galizien entsprechend der alten

13.3.1943

österreichischen Regelung vereinigt werden. Die Stadt Warschau soll mit der zugehörigen Kreishauptmannschaft Warschau-Land zu einem Distrikt erhoben werden. Zu dem Distrikt Lublin soll ein Teil des bisherigen Distrikts Warschau-Land geschlagen werden, ein anderer Teil des Distrikts Warschau-Land soll zum Distrikt Radom kommen. Den Distrikt Galizien soll Gouverneur Dr. Wächter, den Distrikt Radom Gouverneur Kundt behalten, den Distrikt Lublin soll Gouverneur Dr. Fischer und den Distrikt Warschau Gouverneur Dr. Wendler übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt diesen Vorschlägen des Präsidenten Dr. Losacker seine volle Zustimmung. Er setzt dabei voraus, daß die notwendig werdenden Grenzänderungen so vollzogen werden, daß vor allem die Stadt Warschau ein leistungsfähiges Gebilde bleibt. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Regierungshauptstadt Krakau nunmehr endgültig unmittelbar unter die Regierungsinstanz gestellt wird. Über das Verhältnis der Hauptstadt Krakau zum Landkreis Krakau sollen mit Gouverneur Dr. Wächter noch Verhandlungen geführt werden. Weisungen des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter an den Stadthauptmann Pavlu bzw. den Kreishauptmann des Kreises Krakau-Land sollen nur Geltung haben, wenn Präsident Dr. Loecker seine Zustimmung erteilt habe.

Für die Frage der Neueinteilung der Distrikte beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung für Dienstag, den 16.März 1943 an.

13.3.1943

12[oo] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Präsident Dr. Struve.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß aus Anlaß der Verschickung des 1 ooo ooosten Arbeiters ins Reich, des 25o ooosten Arbeiters aus dem Distrikt Krakau und des 2 ooosten Arbeitertransportes aus dem Generalgouvernement ins Reich am heutigen Nachmittag auf dem Hauptbahnhof in Krakau ein kleiner Festakt stattfinden soll, und bittet den Herrn Generalgouverneur, bei diesem Festakt zu erscheinen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesem Wunsch zu willfahren.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur sodann über den Eindruck, den der Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betreffend die Behandlung der Ostvölker in der polnischen Bevölkerung gemacht hat.

Präsident Dr. Struve setzt den Herrn Generalgouverneur davon in Kenntnis, daß er vom Reich den strikten Auftrag erhalten habe, am 25.März bis auf weiteres täglich 5 ooo bergbaufähige Kräfte zu stellen. Er habe sofort die zuständige Berliner Stelle auf die Schwierigkeiten bzw. die Unmöglichkeit der Erfüllung einer solchen Forderung aufmerksam gemacht. Man sei auch auf seine Vorstellungen eingegangen und wolle sich jetzt mit einer Vermittlung von 5o ooo Arbeitskräften bis Ende April begnügen. Die Hauptabteilung Arbeit der Regierung des Generalgouvernements werde eine Prüfung des polnischen Menschenmaterials auf Bergbaufähigkeit vornehmen, für die Knappschaftsärzte eingesetzt werden sollten.

13.3.1943

12^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

15^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneur mit Staatssekretär Dr. Bühler zum Hauptbahnhof Krakau.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur wird im Gebäude des Hauptbahnhofs durch den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Struve empfangen. Anwesend sind u.a. Präsident Gerteis, Präsident Ohlenbusch, Gouverneur Dr. Wächter, Stadthauptmann Pavlu.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann auf den Bahnsteig, an dem ein Zug mit polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Fahrt nach dem Reich antreten, bereit steht.

Nach einer Ansprache des Präsidenten Dr. Struve, in der er die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihre Aufgaben hinweist und ihnen gleichzeitig versichert, daß ihnen im Reich eine gute Behandlung zuteil werde, wobei er vor allem die Tatsache erwähnt, daß heute der 2 oooste Transport aus dem Generalgouvernement ins Reich gehe, damit gleichzeitig der 25o oooste Arbeiter aus dem Distrikt Krakau und der 1 ooo oooste Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich führe, begrüßt der Herr Generalgouverneur die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgenden Worten:

Polnische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Namen der Regierung des Generalgouvernements möchte ich der polnischen und ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes für die Anteilnahme und für die Mitarbeit danken, die sie bisher dem Reich gegenüber an den Tag gelegt hat. Wir haben heute das große Glück, den

13.3.1943

1 ooo ooosten Arbeiter aus dem Generalgouvernement für seine Fahrt nach dem Reich zu verabschieden. (Sich an einen Arbeiter wendend): Das sind Sie; Sie fahren jetzt nach Deutschland, und ich danke Innen dafür. Als Zeichen dafür, daß Sie nun schon der 1 ooo ooosto Arbeiter sind, überreiche ich Ihnen eine goldene Uhr. Sie gehört Ihnen, nehmen Sie sie; Sie erhalten gleichzeitig auch eine Bescheinigung dafür.

Die polnische und ukrainische Bevölkerung sei nochmals auf das herzlichste für ihre Mitarbeit bedankt. Das Deutsche Reich wird die Söhne und Töchter des Generalgouvernements bei sich aufnehmen und als Arbeitskräfte in seinen Dienst stellen. Ihr werdet eine anständige Behandlung erfahren, und wir erwarten andererseits von Euch, daß Ihr dem Generalgouvernement mit dem restlosen Einsatz Eurer Kräfte Ehre macht. Davon hängt für das Schicksal des polnischen und ukrainischen Volkstums viel ab.

Den Behörden des Generalgouvernements insbesondere der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements, aber auch allen Ämtern in den Distrikten und Kreisen danke ich für ihre hervorragende Leistung. Wir sind wahrhaft stolz auf die deutschen Beamten, die dieses Werk der Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich so vorbildlich vollbracht haben.

Wir kämpfen alle für ein neues kommendes Europa, in dem sich die Völker friedlich und gesund entwickeln können. Zu ihnen gehört auch die Bevölkerung des Generalgouvernements, die sich unter dem Schutz des großen sieghaften Reiches Adolf Hitlers friedvoll wird entwickeln können.

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, fahrt jetzt in das große deutsche Reich und kehrt dann immer wieder froh und frisch in Eure Heimat im Generalgouvernement zurück. Das ist mein Wunsch, das ist der Wunsch der Regierung des Raumes an Euch. Ich wünsche Euch gute Fahrt!

13.3.1943

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krossendorf

Sonntag, den 14.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Krossendorf.

Krakau

Montag, den 15.3.1943

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{40} Besprechung mit Hauptschriftleiter Müller vom "Vorfeld" in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptschriftleiter Müller überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Jahresband des "Vorfeldes" von 1942. Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, den Untertitel des Vorfeldes abzuändern in "Zeitschrift für Politik und Kultur im Generalgouvernement", Herausgeber: NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement. Weiterhin gibt er Hauptschriftleiter Müller einige Anregungen für die weitere Arbeit.

10^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den früheren Präsidenten der Abteilung Raumordnung Oberregierungsrat Dr. Schepers, der zur Zeit seine Wehrdienstpflicht ableistet.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner Absicht Ausdruck, Oberregierungsrat Dr. Schepers nach dessen nun beginnenden 3monatigem Fronteinsatz für den Zivildienst des Generalgouvernements zu reklamieren.

11^{45} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Müller vom Statistischen Amt.

Oberregierungsrat Dr. Müller berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß der heutige Tag der letzte Einsendungstermin der Ergebnisse der laufenden summarischen Volkszählung im Generalgouvernement sei.

15.3.1943

Ein vorläufiges oder schon endgültiges Ergebnis lasse sich noch nichtangeben, jedoch schätze er die Einwohnerzahl des Generalgouvernements auf 14,5 Millionen. Bei einem Vergleich der jetzigen Zahlen mit denen der letzten polnischen Volkszählung und der Erhebung vom Jahre 1940 müßte man des öfteren große Abweichungen feststellen, die das Statistische Amt erst noch klären müsse. Ein vorläufiges Ergebnis werde er in ca. 8 Tagen mitteilen können.

12[lo] Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis berichtet von der günstigen Entwicklung der Transportlage. Allmählich machten sich die neuen Bauten und das zur Verfügunghaben neuer Lokomotiven bemerkbar. Diese Entwicklung schreite von Monat zu Monat fort. Sämtliche Verkehrssperren habe man jetzt aufheben können. Einige Besorgnis bereite nur die Wagengestellung. Die Ostbahn helfe sich damit, daß sie alte russische Waggons umbaue. Das Kohle- und Düngemittelprogramm könne in vollem Umfange abgewickelt werden. Sabotagefälle kämen immer wieder vor, jedoch hätten dieselben nicht den Umfang angenommen, den man befürchtet habe. Schwierigkeiten bereite auch die Arbeiterfrage für die neuen Großbauten. Von llo ooo benötigten Arbeitern ständen zur Zeit etwa 6o ooo zur Verfügung. Jedoch müsse die Ostbahn erst Unterbringungsbaracken herstellen, und er hoffe, daß die Hauptabteilung Arbeit die benötigte Zahl zur Verfügung stellen könne.

Über die Finanzierung des Ostbauprogrammes in Höhe von 2 Milliarden müsse wegen der Beteiligung der Ostbahn in Berlin erst verhandelt werden. Intern habe man dort die Entscheidung getroffen, daß die Ostbahn 5o % der Kosten übernehmen solle. Er habe aber erklärt, daß die Ostbahn diesen Anteil nicht leisten könne.

15.3.1943

Auf organisatorischem Gebiet habe der Reichsverkehrsminister einen Erlaß herausgegeben, demzufolge die Direktion Radom aufgelöst werde und in Zukunft nur 3 Ostbahnbezirksdirektionen bestehen bleiben.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Gerteis, dem Reichsverkehrsminister mitzuteilen, daß er mit diesem Erlaß einverstanden sei.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalmajor von Hartlieb und Rittmeister von der Goltz.

15^{05} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Assessor Schulz und Architekt von Palézieux.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 16.März 1943

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Hauptsturmführer Polizeihauptmann Kiep.

12^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht von der Gouverneurbesprechung, die am Vormittag im Regierungsgebäude stattgefunden hat. Diese Besprechung, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, habe vor allem die Neueinteilung der Distrikte zum Gegenstand gehabt. Im Zusammenhang mit dieser Neueinteilung habe der bisherige Gouverneur Zörner gebeten, ihn von seinem Amte als Gouverneur des Distrikts Lublin zum 1.April 1943 zu entheben.

Staatssekretär Dr. Bühler schildert dann den Verlauf der Besprechung und bemerkt, daß die Gouverneure Dr. Fischer und Dr. Wendler wohl gewisse Bedenken gegen die Neuordnung geäußert, gleichwohl aber der Meinung Ausdruck gegeben hätten, daß sie einem solchen von der Regierung des Generalgouvernements gegebenen Befehle Folge zu leisten hätten. An sich stehe also dem nichts im Wege, daß die Verordnung über diese neue Gliederung bekannt gegeben und der personelle Einsatz verfügt werde.

16.3.1943

12[5o] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, den Gouverneuren Dr. Fischer, Dr. Wächter, Kundt, Dr. Wendler, Präsident Dr. Losacker und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Einleitend betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn die gewaltigen Anforderungen auf dem Gebiete des Personals genötigt hätten, zu außerordentlichen Maßnahmen zu schreiten. Deshalb sei auf seine Anordnung ein Vorschlag ausgearbeitet worden des Inhalts, daß der Distrikt Krakau aufgelöst und mit dem Distrikt Galizien zu einem einheitlichen Distrikt Galizien verbunden werde. Weiter sollten die Distrikte Radom und Lublin durch gewisse Teile des Distrikts Warschau vergrößert und ein Distrikt Warschau, bestehend aus der Stadt Warschau und ländlichen Gebieten der Kreishauptmannschaft Warschau, gebildet werden. Er gebe zu, daß manche Bedenken gegen diese Regelung gesprochen hätten. Das ästhetische Bild, das heute das Generalgouvernement in seiner Aufteilung biete, werde infolge dieser neuen Ordnung zersplittert werden, würden doch dem Mammutdistrikt Galizien kleinere Distrikte gegenüberstehen. Aber nach den eingehenden Besprechungen, die man über diese Frage gepflogen habe, und auf Grund der Vorschläge des Präsidenten Losacker und angesichts der Tatsache, daß auch Staatssekretär Dr. Bühler diesem Plan seine Zustimmung nicht versage, werde sich die vorgeschlagene Lösung nicht vermeiden lassen.

Die Gouverneure nehmen darauf zu der Neuordnung Stellung und erklären übereinstimmend, daß sie die Bedenken, die sie etwa gegen die neue Ordnung gehabt hätten, nunmehr zurückstellten, da sie ihre Notwendigkeit einsähen. Dabei allerdings gibt Gouverneur Dr. Fischer seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß vom

16.3.1943

Standpunkt des Distrikts aus gesehen nur diese einzige Möglichkeit der Bildung eines Stadt-Distrikts Warschau ins Auge gefaßt worden sei. Wenn man nunmehr Warschau als einen besonderen Distrikt herausstelle, dann werde die Bedeutung der Stadt verständlicherweise wesentlich gesteigert, und dieser Eindruck werde sich auch bei der polnischen Bevölkerung in starkem Maße fühlbar machen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu, daß die Stadt Warschau in ihrer Problematik, eigentlich aber mehr in negativem Sinne herausgestellt werde. Daß Warschau einer besonderen Stellung bedürfe, gehe schon aus der Tatsache hervor, daß dort im deutschen Interesse laufend große Arbeiten erledigt werden müßten.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß der Distrikt Warschau bisher vor allem wirtschaftlich für das Reich und für das Generalgouvernement genau so viel geleistet habe wie die anderen Distrikte. Wenn dort die politischen Verhältnisse schwieriger seien als in anderen Distrikten, so sei das darauf zurückzuführen, daß diese Schwierigkeiten vielfach von außen her in den Distrikt hereingetragen würden.

Präsident Dr. Lossacker hat auch die Möglichkeit der Bildung von 3 Distrikten Lemberg, Krakau und Warschau bei seinen Planungen ins Auge gefaßt, will aber davon absehen, angesichts der sich aus einer solchen Regelung ergebenden Nachteile einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Maßgebend für seinen Vorschlag, den er jetzt vorlege, sei vor allem auch der Umstand gewesen, daß mit der Aufgebung der Distriktsverwaltung Krakau eine gewisse Überschneidung und eine Doppelgleisigkeit vermieden würden.

16.3.1943

Der Entwurf eines Erlasses über die

Neueinteilung der Distrikte im Generalgouvernement

wird hierauf zur Verlesung gebracht.

Der Herr Generalgouverneur gibt diesem Erlaßentwurf seine Zustimmung und ordnet an, daß der Erlaß zum 1.April 1943 in Kraft gesetzt wird.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann noch zu einigen Fragen Stellung. Er betont vor allem, daß es im politischen Interesse und bevölkerungspsychologisch von größter Wichtigkeit sei, alte österreichische /das Galizien in seiner ursprünglichen Gestalt wieder herzustellen. Was die Stadt Warschau angehe, so stelle sie unzweifelhaft einen außerordentlich wichtigen zentralen Faktor dar, schon um deswillen, weil sie aus Eigenem mehr als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens des Generalgouvernements trage. Die Bedeutung der Stadt Warschau spreche dafür, daß sie zur eigentlichen Hauptstadt des Gebietes des Generalgouvernements erhoben werde. Die Neuregelung der Distriktseinteilung sei nach reiflichster Überlegung vorgeschlagen worden, und er könne mit Genugtuung feststellen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahme auch von den Gouverneuren eingesehen werde. Die Aufteilung etwa des Distrikts Lublin würde den Nachteil mit sich bringen, daß man an die Stelle von etwas einheitlich Gewachsenem eine Zweiteilung setzen würde, die nur unter größten Schwierigkeiten durchzuführen wäre. Auch eine Vereinigung der Distrikte Radom und Lublin könne nicht in Frage kommen, da gerade an der Aufrechterhaltung des Distrikts Lublin von seiten des Reiches ein großes Interesse bestehe: gerade als "Deutschtumsdistrikt" habe Lublin eine große Bedeutung. Er sei bereit, dem neuen Gouverneur des Distrikts Lublin die notwendigen Vollmachten zu erteilen, deren es bedürfe, damit

16.3.1943

die Autorität der Verwaltung gegenüber gewissen Tendenzen, die von dem SS- und Polizeiführer Globocnik verfolgt würden, wiederhergestellt werde. Er werde auch dafür sorgen, daß im Interesse des Parteilebens die Distriktsstandortführung Lublin dem Gouverneur Dr. Fischer übertragen werde. - Das Bedauern des Gouverneurs Dr. Wendler darüber, daß nunmehr der Distrikt Krakau unter Heraushebung der Stadt Krakau mit dem Distrikt Galizien vereinigt werde, sei ihm durchaus verständlich. Es gehe aber nicht mehr an, daß man in einer Stadt, in der die Regierungsinstanz sitze, noch eine Distriktsverwaltung großen Umfanges unterhalte. Daß nun das wichtige Problem der Regierungshauptstadt Krakau gelöst werde, sei ebenfalls eine erfreuliche Tatsache. Wenn auch die Stadt Krakau jetzt eine gewisse Selbständigkeit erhalte und nur der Regierungsinstanz unterstellt werde, so solle sie darum noch nicht "exempt" werden.

Für die zweite HHlfte des Monats April beraumt der Herr Generalgouverneur eine erneute Besprechung der dann noch notwendig werdenden Maßnahmen mit den Gouverneuren an. Weiter ersucht er Staatssekretär Bühler, dafür zu sorgen, daß den Gouverneuren baldmöglichst die Bestallungsurkunden zugestellt werden.

Im übrigen bittet der Herr Generalgouverneur die Gouverneure, davon überzeugt zu sein, daß er bestrebt sei, ihnen in jeder Weise entgegenzukommen. Er erklärt sich bereit, persönlichen Wünschen der Gouverneure weitgehend zu willfahren, und z.B. dem Gouverneur Dr. Wendler für die erste Zeit seines Wirkens in Warschau das Schloß Belvedere als Wohnsitz zur Verfügung zu stellen.

16.3.1943

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß bei der gesamten Neuregelung die Kreishauptmannschaften unter keinen Umständen reduziert werden dürften.

13^{25} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Leiters des Personalamtes Assessors Frhr von Medem den bisherigen Amtschefs Dr. Hummel und Dr. Egen die Urkunden über ihre Ernennung zu Vizegouverneuren.

13^{40} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Eichholz.

Präsident Eichholz nimmt zunächst zu der Frage der Errichtung von Heimschulen Stellung. SS-Obergruppenführer Heißmeier habe in einem an die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gerichteten Schreiben die Absicht kund getan, auch im Generalgouvernement Heimschulen zu errichten, die nach dem Willen des Führers vor allem der Aufnahme von deutschen Kindern dienen sollten, deren Eltern nach dem Osten kämen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Weisungen des SS-Obergruppenführers Heißmeier im Generalgouvernement nicht Folge zu leisten sei. Er ersucht Präsident Eichholz, ihm unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn solche Bestrebungen etwa in die Tat umgesetzt werden sollten.

Präsident Eichholz nimmt dann zur Frage der Lemberger Fachkurse Stellung. Die Einrichtung dieser Kurse sei Gegenstand einer Kritik, vor allem auch von seiten der Hauptabteilung Finanzen wegen der Besoldung der dort tätigen Kräfte gewesen. Andere Stellen hätten

16.3.1943

Kritik hinsichtlich der Beurteilung der in diesen Kursen zu beschäftigenden Lehrkräfte geübt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Eichholz, einen Erlaßentwurf über diese Frage ihm vorzulegen, den er dann unterzeichnen werde.

Präsident Eichholz berichtet sodann über eine Tagung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, die in der vergangenen Woche unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Boepple stattgefunden habe und auf der die Gründung einer technischen Sektion beschlossen worden sei. Das Institut für Deutsche Ostarbeit, so führt Präsident Eichholz aus, sei jetzt, unter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht stehend, Staatsinstitut geworden.

Weiter geht Präsident Eichholz auf die Schwierigkeiten ein, die zur Zeit einer intensiven Überwachung des polnischen Schulwesens infolge des Mangels an deutschem Aufsichtspersonal entgegenständen. Zur Behebung dieses Personalmangels seien schon mehr als bisher Frauen eingesetzt worden. Auch bestehe die Absicht, eine Lehrerinnenanstalt aus dem Reich nach Gorlice zu bringen. -

Auch der Aufrechterhaltung des Bibliothekwesens stellten sich infolge des immer fühlbarer werdenden Personalmangels Schwierigkeiten entgegen. Vor allem in Lemberg und Warschau sei mit einer weiteren Abziehung jüngerer Jahrgänge zur Wehrmacht zu rechnen. - In den Botanischen Anstalten habe leider der wissenschaftliche Betrieb ziemlich stillgelegt werden müssen.

16.3.1943

15^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Eichholz, Direktor der Staatsbibliothek Dr. Abb, SS-Hauptsturmführer Ernst und Architekt von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist die Freimachung von Räumen in der Staatsbibliothek, die bisher das Amt für die Pflege alter Kunst inne gehabt hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Hauptsturmführer Ernst, daß bis Ende nächster Woche mit Ausnahme eines großen Raumes, den das Amt noch brauche, sämtliche Räume zur Verfügung stünden.

Direktor Dr. Abb legt die Gründe dar, aus denen sich die Notwendigkeit ergebe, die Räume für die Staatsbibliothek zur Verfügung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, die Freimachung der besagten Räume in die Wege zu leiten und eine Prüfung der Sachlage durchzuführen. Zu der Besichtigung der Räume sollen auch Präsident Eichholz, Direktor Dr. Abb, Stadthauptmann Pavlu, Architekt von Palézieux und SS-Hauptsturmführer Ernst zugezogen werden.

16^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Assessor Schulz, Architekt von Palézieux, Haushofmeister Dose und dem Diener Höppner.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich von Haushofmeister Dose seinen bisherigen Werdegang schildern und gibt ihm einen Überblick über die ihm gestellten Aufgaben.

16.3.1943

16[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger den Direktor der Tabakmonopolverwaltung Wurmböck.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist die Hergabe von einer Million Zigaretten, die als Geschenk der italienischen Wehrmacht überwiesen werden sollen.

17[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Trzebinia.

19[33] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

Mittwoch, den 17.März 1943

bis

Dienstag, den 23.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Mittwoch, den 24.März 1943

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Kressendorf.

9^{00} Fahrt von Kressendorf nach Krakau.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Oberlandesgerichtsrats Dr. Weh Staatsrat Dr. Melcher, Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Pressechef Gassner.

13^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Losacker.

Präsident Dr. Losacker berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Fortgang der Arbeiten im Sinne des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{55} Diktat einer Rede, die der Herr Generalgouverneur vor der Königlich-Italienischen Akademie der Wissenschaften in Ferrara zu halten gedenkt.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 25.März 1943.

11 ^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11 ^{10} Besprechung mit Dr. Meidinger.

12 ^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler Generalleutnant von Hartlieb.

13 ^{00} F r ü h s t ü c k .

15 ^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15 ^{45} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen Bauder, Baudirektor Hallbauer in Anwesenheit von Staatsanwalt Dr.Meidinger und Herrn von Palezieux.

Der stellvertretende Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, bringt nacheinander folgende 5 Punkte zur Sprache:

1). Überführung sämtlicher bei der Baudirektion des Generalgouvernements lagernden Stoffe, die seinerzeit von den Architekten Köttgen und Horstmann für den Neubau auf der Burg eingekauft wurden, in ein Lager auf die Burg zu Händen der Burgverwaltung.

Dr. Meidinger und Herr von Palezieux halten es für zweckmässig, dass sämtliche Stoffe, die für den Neubau auf der Burg bestimmt sind, nach Auflösung der Baudirektion auf der Burg eingelagert werden.

Baudirektor Hallbauer ist der Meinung, dass dafür kein sachlicher Grund vorhanden sei, denn die Baudirektion, bezw. die Hauptabteilung Bauwesen trage die rechnungsmässige Verantwortung, da diese Stoffe von ihren Haushaltsmitteln eingekauft seien. Von den Stoffen seien

25.März 1943

durch die Architekten Köttgen und Horstmann bereits für 180 000 Zloty zur Einrichtung anderer Dienstbauten entnommen worden, deren Verbleib nicht ohne weiteres ersichtlich sei und jetzt festgestellt werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, dass man auf Grund dieser Sachlage eine Lagerung dieser Stoffe auf der Burg für angebracht bezeichnen müsse: dabei könne man auch am besten prüfen, welche Mengen noch vorhanden seien. Eine Verwahrung auf der Burg stünde auch der rechnungsmässigen Verantwortung durch die Hauptabteilung Bauwesen nicht im Wege. In seinen Augen handle es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Ortsveränderung; die Hauptabteilung Bauwesen sei eine Behörde und könne nicht als Verwahrungslager auftreten.

Was die bereits ausgegebenen Stoffmengen betreffe, müsse man eben gegen Köttgen und Horstmann ein verschärftes Verfahren einleiten, wenn man den Verbleib der Stoffe belegmässig nicht feststellen könne.

Hierauf verfügt der Herr Generalgouverneur, dass alle Stoffe, die im Rahmen und für die Zwecke des Burgbaues angeschafft wurden, binnen kurzem von der Verwaltung der Burg Krakau in der Kanzlei des Generalgouverneurs (Herrn von Palezieux) auf Grund einer Bestandsaufnahme in unmittelbare Verwahrung genommen werden. Die Burgverwaltung ihrerseits habe die Verantwortung für eine ordnungsgemässe Lagerung zu übernehmen.

Trotz dieser Regelung könne jederzeit eine ordnungsgemässe Rechnungslegung über diese Stoffe durch die Hauptabteilung Bauwesen erfolgen.

25.März 1943

durch die Architekten Köttgen und Horstmann bereits für 180 000 Zloty zur Einrichtung anderer Dienstbauten entnommen worden, deren Verbleib nicht ohne weiteres ersichtlich sei und jetzt festgestellt werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, dass man auf Grund dieser Sachlage eine Lagerung dieser Stoffe auf der Burg für angebracht bezeichnen müsse; dabei könne man auch am besten prüfen, welche Mengen noch vorhanden seien. Eine Verwahrung auf der Burg stünde auch der rechnungsmässigen Verantwortung durch die Hauptabteilung Bauwesen nicht im Wege. In seinen Augen handle es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Ortsveränderung; die Hauptabteilung Bauwesen sei eine Behörde und könne nicht als Verwahrungslager auftreten.

Was die bereits ausgegebenen Stoffmengen betreffe, müsse man eben gegen Köttgen und Horstmann ein verschärftes Verfahren einleiten, wenn man den Verbleib der Stoffe belegmässig nicht feststellen könne.

Hierauf verfügt der Herr Generalgouverneur, dass alle Stoffe, die im Rahmen und für die Zwecke des Burgbaues angeschafft wurden, binnen kurzem von der Verwaltung der Burg Krakau in der Kanzlei des Generalgouverneurs (Herrn von Palezieux) auf Grund einer Bestandsaufnahme in unmittelbare Verwahrung genommen werden. Die Burgverwaltung ihrerseits habe die Verantwortung für eine ordnungsgemässe Lagerung zu übernehmen.

Trotz dieser Regelung könne jederzeit eine ordnungsgemässe Rechnungslegung über diese Stoffe durch die Hauptabteilung Bauwesen erfolgen.

3

25. März 1943

Baudirektor Hallbauer wünscht noch eine Gewähr dafür, dass die Stoffe wirklich nur für die Zwecke, für die sie seinerzeit angekauft worden seien, verwendet würden.

Der Herr Generalgouverneur sagt darauf zu, dass eine Verfügung über diese Stoffe durch ihn bezw. die Verwaltung der Burg in der Kanzlei des Generalgouverneurs nur nach Herstellung des Einvernehmens mit der Hauptabteilung Bauwesen vorgenommen werden soll. Dabei weist er den Leiter der Burgverwaltung an, sich in dieser Angelegenheit als Sachwalter der Hauptabteilung Bauwesen zu fühlen.

2.) Übernahme des Titels 15 (Unterhaltung der Dienstgebäude) in den Etat der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Dr. Meidinger führt dazu aus, dass die Hauptabteilung Bauwesen Anspruch auf diesen Titel der früheren Baudirektion des Generalgouverneurs erhebe. Eine solche Regelung sei aber für die Praxis als unzweckmässig zu betrachten, da sich die Kanzlei bei Inangriffnahme auch der kleinsten Instandsetzungsarbeiten auf der Burg, in Kressendorf, im Belvedere-Warschau und im Haus Krynica erst an die Hauptabteilung um Genehmigung wenden müsse.

Herr von Palezieux weist darauf hin, dass diese Praxis zu unliebsamen Verzögerungen der Arbeitsaufnahme bei den Instandsetzungsarbeiten führe.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unzweckmässig, dass, wenn er den Befehl zur Ausführung irgendwelcher Instandsetzungsarbeiten gebe, erst die Hauptabteilung Bauwesen um Zustimmung gefragt werden müsse und dadurch eine unnötige Ausführungsverzögerung eintrete.

Nach kurzer Aussprache wird vom Herrn Generalgouverneur folgendes verfügt:

25. März 1943

a) Der Etatposten: Titel 15 Unterhaltung der Dienstgebäude geht ab 1.April 1943 an die Hauptabteilung Bauwesen über.

b) Die in diesem Etatposten vorgesehene Summe (im Rechnungsjahr 1943/44 = Zl. 495 000) steht ausschliesslich zur Verfügung des Generalgouverneurs und der Kanzlei des Generalgouverneurs zum Zwecke der Vornahme der dauernden baulichen Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden der Burg, des Hauses Kressendorf, des Belvedere-Warschau und des Hauses Krynica.

c) Der technische Vorgang der im Rahmen dieser Massnahmen zu leistenden Zahlungen wird denkbar vereinfacht: es genügt dabei die sachliche Richtigzeichnung einer Rechnung durch den verantwortlichen Beamten des Generalgouverneurs für die Überweisung, die umgehend durch einen Sonderreferenten bei der Hauptabteilung Bauwesen auf Konto des Titels 15 zu erfolgen hat. Präsident Bauder bestimmt einen Sonderreferenten, der von ihm über diese interne Regelung unterrichtet wird.

d) In ausserordentlichen die normalen baulichen Instandhaltungsarbeiten überschreitenden Bauvorhaben wird jeweils das Einvernehmen der Hauptabteilung Bauwesen zwecks Anforderung von Mitteln hergestellt.

3.) Übernahme des Titels E 10 der früheren Baudirektion durch die Kanzlei des Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, dass ab 1.April 1943 der Titel E 10 (Ankauf alter Kunstschätze) in den Etat der Kanzlei des Generalgouverneurs übernommen wird. Er beauftragt den stellvertretenden Chef seiner Kanzlei, diese Regelung der Hauptabteilung Finanzen mitzuteilen.

25. März 1943

4.) Fertigstellung des Neubaues auf der Burg im kriegsmässig beschränkten Umfange.

Dr. Meidinger erklärt, dass der Fertigstellungstermin nur eingehalten werden könne, wenn weitere 200 Arbeiter zur Verfügung gestellt würden.

Dazu berichtet Baudirektor Hallbauer, dass man einen Verteilungsplan aufgestellt habe, auf Grund dessen die erforderlichen Arbeitskräfte Zug um Zug zur Verfügung gestellt würden.

Präsident Bauder bezeichnet den 1.Juni 1943 als Termin der Fertigstellung.

5.) Abtransport des auf der grossen Wiese der Burg lagernden nicht mehr benötigten Baumaterials.

Präsident Bauder stellt dem Leiter der Burgverwaltung Herrn von Palézieux anheim, der Hochtief-AG. als der Eigentümerin eine Frist zur Abholung zu setzen. Sollte die Hochtief-A.G. bis Ablauf dieser Frist das Baumaterial nicht abgeholt haben, werde er den Abtransport für seine Rechnung und für seine Zwecke bewerkstelligen lassen.

16^{30} Besprechung mit Graf di Fossombrone in Anwesenheit des Ersten Staatsanwalts Dr.Meidinger.

16^{50} Besprechung mit Oberinspektor Bruckmann in Anwesenheit von Professor Bader.

17^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Kressendorf)

IX/6

Freitag, den 26.März 1943.

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{50} Besprechung mit General Schindler in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung bildet die gegenwärtige Lage in der Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements.

Zu diesem Thema führt General Schindler im einzelnen aus: Die Produktion sei im ständigen Steigen begriffen. Die Verdoppelung des Vorjahres müsse im jetzigen Zeitpunkt verdreifacht werden.

Aus diesem Grunde wüchsen auch ständig die an die polnische Arbeiterschaft gestellten Anforderungen; die Arbeitszeit erhöhe sich und liege zum Teil schon über der des Reiches. Die polnischen Arbeiter arbeiteten fleissig; Sabotagefälle wären nur in ganz geringem Umfange zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite seien die Gegenleistungen, die ein Rüstungsbetrieb seinen Arbeitern gewähren könne, denkbar gering. In ganz Europa gebe es keinen Arbeiter, der zu den polnischen Bedingungen tätig sei. Der polnische Schwerstarbeiter bekomme gerade soviel Lebensmittel wie der deutsche Normalverbraucher im Reich. Die Folge davon sei,dass man von ihm nicht die gleichen Leistungen erwarten könne. Die Versorgung seiner Familienangehörigen sei so minimal, dass er auf einen Einkauf im Schwarzhandel angewiesen sei. Aus diesem Grunde sei jeder Rüstungsbetrieb gezwungen, seinen Arbeitern zwei Tage in der Woche freizugeben. Er, General Schindler, habe auf

26. März 1943

Grund angestellter Berechnungen feststellen müssen, dass ein Lediger für einen einigermassen ausreichenden Lebensunterhalt monatlich 800.-Zloty und ein Verheirateter mit Kindern 1200.--Zloty benötige, während der Höchstlohn nur 320.-Zloty betrage. Aus all' diesen Gründen entspringe die Tatsache, dass die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements zur Erstellung einer gleichen Produktion wie im Reich eine Belegschaft von ungefähr 230 % führen müsse.

Diesem Zustand müsse in naher Zukunft abgeholfen werden; hier müsse in erster Linie mit einer besseren Lebensmittelversorgung eingegriffen werden. Er habe daher vor ca 4 Wochen in der Rüstungskommission vorgeschlagen, in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Aktion bei der Reichsregierung zu starten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um seine Vorstellung beim Reichsmarschall, während die Hauptabteilung Arbeit sich an den Beauftragten für den Arbeitseinsatz im Reich, Gauleiter Sauckel, und er als Chef der Rüstungsinspektion an Reichsminister Speer wenden sollten. Man müsse eine zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Aktion bei den genannten Reichsstellen unternehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf diese Ausführungen, dass die Regierung des Generalgouvernements über diesen Punkt ständig Verhandlungen führe. Von dem an das Reich abzuliefernden Getreidekontingent lagerten im Generalgouvernement noch 200 000 Tonnen. Mit dieser Menge könnte man die im Reichsinteresse arbeitende Bevölkerung des Generalgouvernements und deren Angehörige ausreichend ernähren. Einer Verwendung für diese Zwecke stünde aber die gegnerische Einstellung massgebender Reichsinstanzen gegen die Polen und die infolge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Winters akut gewordene Mangellage des Reiches

26. März 1943

Grund angestellter Berechnungen feststellen müssen, dass ein lediger für einen einigermassen ausreichenden Lebensunterhalt monatlich 800.-Zloty und ein Verheirateter mit Kindern 1200.--Zloty benötige, während der Höchstlohn nur 320.-Zloty betrage. Aus all' diesen Gründen entspringe die Tatsache, dass die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements zur Erstellung einer gleichen Produktion wie im Reich eine Belegschaft von ungefähr 230 % führen müsse.

Diesem Zustand müsse in naher Zukunft abgeholfen werden; hier müsse in erster Linie mit einer besseren Lebensmittelversorgung eingegriffen werden. Er habe daher vor ca 4 Wochen in der Rüstungskommission vorgeschlagen, in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Aktion bei der Reichsregierung zu starten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um seine Vorstellung beim Reichsmarschall, während die Hauptabteilung Arbeit sich an den Beauftragten für den Arbeitseinsatz im Reich, Gauleiter Sauckel, und er als Chef der Rüstungsinspektion an Reichsminister Speer wenden sollten. Man müsse eine zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Aktion bei den genannten Reichsstellen unternehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf diese Ausführungen, dass die Regierung des Generalgouvernements über diesen Punkt ständig Verhandlungen führe. Von dem an das Reich abzuliefernden Getreidekontingent lagerten im Generalgouvernement noch 200 000 Tonnen. Mit dieser Menge könnte man die im Reichsinteresse arbeitende Bevölkerung des Generalgouvernements und deren Angehörige ausreichend ernähren. Einer Verwendung für diese Zwecke stünde aber die gegnerische Einstellung massgebender Reichsinstanzen gegen die Polen und die infolge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Winters akut gewordene Mangellage des Reiches

auf dem Ernährungssektor entgegen.

General Schindler fragt daraufhin den Herrn Generalgouverneur, ob er nicht aus eigener Machtvollkommenheit den polnischen Rüstungsarbeitern die gleichen Lebensmittelsätze, wie sie für die Arbeiter im Reich vorgesehen seien, genehmigen könne.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, dass es für ihn als Reichsorgan nicht in Frage komme, eine amtliche Aufforderung des Reiches, die der Reichsmarschall durch die Aufstellung des vom Generalgouvernement an das Reich abzuliefernden Getreidekontingents gestellt habe, unberücksichtigt zu lassen. Er schlage daher vor, dass General Schindler sich an Reichsminister Speer wenden möge, der bei Reichsmarschall Göring eine Entscheidung dieser Frage durch mündliche Vorstellungen herbeiführen solle. Werde er, der Generalgouverneur, durch ein Fernschreiben des Reichsmarschalls zur Freigabe dieser 200 000 Tonnen Getreide zum Zwecke der Ernährung der polnischen Rüstungsarbeiter im Generalgouvernement ermächtigt, verspreche er, das gesamte Kontingent für diese Zwecke zu verwenden. Einschliessen müsse er jedoch auch die unzureichend versorgten Transportarbeiter im Generalgouvernement.

General Schindler weist dann darauf hin, dass dem Schwarzhandel noch viel Ware zur Verfügung stände. Ein Hauptgrund dafür sei, dass polnische Betriebe, die an Reichsaufträgen arbeiteten und dafür reichlich Rohstoffzuteilungen erhielten, diese ihren Zwecken nicht voll zuführten, sondern gewisse Teile abzweigten und dafür Waren auf eigene Kosten herstellten und im Schleichhandel vertrieben. Man müsse also eine völlige Ausschaltung unerlaubter Fertigungen erreichen und nur Betriebe bestehen lassen, deren Erzeugung man genau überprüfen könne.

Dem Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, dass einer Schliessung vieler kleinerer Betriebe gerade die

26. März 1943

Wehrmacht durch Verteilung von Aufträgen im Wege stehe, begegnet General Schindler mit dem Hinweis, dass er die Vollmacht habe, solche Wehrmachtsaufträge auf andere Betriebe zu verlagern.

Darauf erklärt der Herr Generalgouverneur, dass er bereits vor einiger Zeit den Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft den Auftrag erteilt habe, eine Durchkämmung sämtlicher polnischer Betriebe mit dem Ziel der Begrenzung des Produktionsprogramms auf kriegswichtige Dinge (Betriebsstillegungen, - Einschränkungen, Überwachung des verbotenen Kohlen-und Stromverbrauches usw.) durchzuführen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt davon Kenntnis, dass diese Aktion, die Ende Dezember durch Verordnung festgelegt worden sei, laufe. Einen Zwischenbericht werde er in kurzer Zeit vorlegen können. Natürlich sei es schwer, einen Plan solchen Ausmasses mit den geringen Polizeikräften des Generalgouvernements durchzuführen. Bei Betriebsstillegungen könne man wenig noch vorhandene Kohle und Rohstoffe beschlagnahmen, da sich die Aktion herumspreche und viele Betriebe ihre Läger verschieben würden.

General Schindler fordert zum Schluss eine planmässige Lenkung der Produktion von Seiten der Hauptabteilung Wirtschaft. In diesem Produktionsplan müssten auch die Bedürfnisse der Rüstungsarbeiter auf dem Gebiete der Textilversorgung und der Gegenstände des täglichen Lebens eingereiht werden. Er habe ausrechnen lassen, dass er zur Versorgung der Rüstungsarbeiter mit Artikeln des täglichen Bedarfs im Vierteljahr 675 Tonnen Eisen benötige.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt davon Kenntnis, dass zur Herstellung dieser Dinge für die Landwirtschaft, Post, Eisenbahn und Rüstungswirtschaft bereits ein Auflagenprogramm laufe.

26.März 1943

12[35] Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Müller und Oberinspektor Öchslein in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Oberregierungsrat Dr. Müller unterrichtet den Herrn Generalgouverneur von dem vorläufigen Ergebnis der im Generalgouvernement durchgeführten Summarischen Bestandsaufnahme der Bevölkerung und Betriebe. Er überreicht dem Herrn Generalgouverneur dabei eine listenmässige Zusammenstellung der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden, Distrikten, Städten usw. Nach bisheriger Zählung beträgt die Gesamtbevölkerung 14,741 000. Bis zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses, müsse er noch verschiedene Rückfragen und Recherchen anstellen. Im allgemeinen könne er sagen, dass die Aktion zu seiner vollen Zufriedenheit verlaufen sei. Einige Gemeinden und Kreise hätten geradezu hervorragend gearbeitet, und er bittet den Herrn Generalgouverneur, diesen seine Anerkennung zukommen zu lassen.

Von einer Veröffentlichung der Zahlen solle man vorerst absehen. Die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs vorausgesetzt, werde er dem jeweils zuständigen Gouverneur bezw. Kreishauptmann die Zahl seines Distriktes bezw. seines Kreises vertraulich bekanntgeben.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberregierungsrat Müller und seinen Mitarbeitern für die vorbildlich durchgeführte Aktion Dank und Anerkennung aus. Er erklärt sich bereit, nach endgültiger Erledigung der Arbeiten dem Statistischen Amt einen Empfang zu geben. Vielleicht könne dabei Oberregierungsrat Müller in einem grösseren Vortrag vor der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements

26. März 1943.

von seiner Arbeit berichten und im Rahmen dieses Vortrages die endgültigen Zahlen bekanntgeben.

Auf Bitten von Oberregierungsrat Müller will er auch an diesem Tag einen Besuch beim Statistischen Amt vornehmen.

13^{00} Besprechung mit Bankdirigenten Dr. Paersch in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet an Hand von Tabellen und Statistiken über Fragen seines Arbeitsgebietes.

Weiter legt er Entwürfe für neue Einhundert-Zloty-Noten und Eintausend-Zloty-Noten vor.

Dabei weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, dass man auch einmal an eine deutsche Beschriftung der Noten denken müsse.

13^{10} Besprechung mit Dr. Losacker in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler und Ersten Staatsanwalt Dr.Meidinger.

Gegenstand der Besprechung bildet ein Schreiben, das Dr. Losacker als Beauftragter des Generalgouverneurs für den kriegsmässigen Verwaltungsausbau an den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs gerichtet hat.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass Dr.Losacker in seinem Schreiben von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Kanzlei sei damals auf seinen Wunsch zum Zwecke einer Etatisierung in die Regierung eingegliedert worden sei. Deswegen sei sie aber keine Regierungsstelle. Wenn Dr. Losacker eine Änderung für zweckmässig halte, dann sei er bereit, die Kanzlei zu einer persönlichen Dienststelle zu machen; jedenfalls aber müsse die Kanzlei in ihrer jetzigen Totalität in seiner Hand bleiben.

Präsident Dr. Losacker erwidert, dass er sich der Angelegenheit nur aus rein optischen Gründen angenommen habe. Er werde die Angelegenheit unter Berücksichtigung

7

26.März 1943

der Einstellung des Herrn Generalgouverneurs erneut mit dem Chef der Kanzlei, Ersten Staatsanwalt Dr.Meidinger, besprechen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs nach dem Stand der Arbeiten seines Sonderauftrages, überreicht er den Durchschlag eines Schreibens an General Unruh und Staatssekretär Stuckart. Das Kernstück der Vereinfachung sei die Neubildung der Distrikte, die noch nicht endgültig geklärt sei.

13^{30} F r ü h s t ü c k

16^{00} Besprechung mit Graf di Fossombrone.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Schlafwagen von Trzebinia nach München.

Samstag, den 27.März 1943

bis

Sonnabend, den 1o.April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf

Sonntag, den 11.April 1943

7^{52} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

17^{00} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau Architekten von Palézieux.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 12.April 1943

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{50} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler, Dr.Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die weiteren Fortschritte auf dem Wege zur Vereinfachung der staatlichen Verwaltung. Die Überprüfungsaktion für den zivilen Bereich sei bereits ebenfalls in Angriff genommen, doch seien vorläufig die Arbeiten auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Losacker, daß die Überprüfungsaktion, die durch die Kommission des Generals von Unruh durchgeführt werde, sich auch auf die SS und Polizei erstrecke. Vor allem würden dieser Überprüfung auch die von der SS verwalteten Liegenschaftsgüter unterliegen, auf denen zumeist eine viermal so starke personelle Besetzung sei wie in der übrigen Liegenschaftsverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Losacker, dafür Sorge zu tragen, daß die kulturellen Zwecken dienenden Institute wie vor allem das Institut für Deutsche Ostarbeit erhalten bleiben.

Die Besprechung wendet sich dann dem Problem der Neueinteilung der Distrikte zu. Die Entscheidung des Führers, so teilt der Herr Generalgouverneur mit,

12.4.1943

stehe in dieser Frage noch aus. Er, der Generalgouverneur, habe Reichsminister Dr.Lammers darüber Vortrag gehalten, und dieser werde noch gehört werden, bevor der Führer seine endgültige Entscheidung treffe. Wie auch immer die Entscheidung des Führers ausfallen möge: wenn dem Plane der Neueinteilung vom Führer zugestimmt werde, so könne eine solche Entscheidung vom Standpunkt des Generalgouvernements und des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues nur begrüßt werden. Wenn die Neueinteilung vom Führer abgelehnt werde, dann finde die Berechtigung der bisherigen Distriktseinteilung nur ihre Bestätigung.

Staatssekretär Dr.Boepple weist in diesem Zusammenhang auf einige technische Schwierigkeiten hin, die die Neueinteilung der Distrikte im Gefolge haben würde. So erkläre sich z.B. die Deutsche Post Osten außerstande, zusätzliche Apparate zu liefern bzw. neue Leitungen für den Fernsprechverkehr herzustellen.

Präsident Dr.Losacker legt diesen Schwierigkeiten kein großes Gewicht bei und weist im übrigen darauf hin, daß man schon jetzt bemüht sei, für die Verkehrsverhältnisse entsprechende Regelungen z.B. durch Indienststellung von Holzgenerator-Omnibussen usw. zu treffen.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur dann noch einen Überblick über den Umfang der Einziehung von Gefolgschaftsmitgliedern zur Wehrmacht. Er gibt dabei zu bedenken, daß sich die bisherigen Freistellungen noch im Rahmen des Möglichen gehalten hätten, daß man jetzt aber an einen Punkt gelange, über den man ohne Schädigung einer ersprießlichen Arbeit der

12.4.1943

stehe in dieser Frage noch aus. Er, der Generalgouverneur, habe Reichsminister Dr.Lammers darüber Vortrag gehalten, und dieser werde noch gehört werden, bevor der Führer seine endgültige Entscheidung treffe. Wie auch immer die Entscheidung des Führers ausfallen möge: wenn dem Plane der Neueinteilung vom Führer zugestimmt werde, so könne eine solche Entscheidung vom Standpunkt des Generalgouvernements und des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues nur begrüßt werden. Wenn die Neueinteilung vom Führer abgelehnt werde, dann finde die Berechtigung der bisherigen Distriktseinteilung nur ihre Bestätigung.

Staatssekretär Dr.Boepple weist in diesem Zusammenhang auf einige technische Schwierigkeiten hin, die die Neueinteilung der Distrikte im Gefolge haben würde. So erkläre sich z.B. die Deutsche Post Osten außerstande, zusätzliche Apparate zu liefern bzw. neue Leitungen für den Fernsprechverkehr herzustellen.

Präsident Dr.Losacker legt diesen Schwierigkeiten kein großes Gewicht bei und weist im übrigen darauf hin, daß man schon jetzt bemüht sei, für die Verkehrsverhältnisse entsprechende Regelungen z.B. durch Indienststellung von Holzgenerator-Omnibussen usw. zu treffen.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur dann noch einen Überblick über den Umfang der Einziehung von Gefolgschaftsmitgliedern zur Wehrmacht. Er gibt dabei zu bedenken, daß sich die bisherigen Freistellungen noch im Rahmen des Möglichen gehalten hätten, daß man jetzt aber an einen Punkt gelange, über den man ohne Schädigung einer ersprießlichen Arbeit der

12.4.1943

Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements nicht werde hinausgehen können, dieses umso weniger, als beispielsweise für den Bereich des Reichspropagandaministeriums immer noch 19 ooo Kräfte freigestellt seien.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu dieser Auffassung und ist der Ansicht, daß man nunmehr das äußerste getan habe, was getan werden könne, wenn nicht die Möglichkeit einer Weiterarbeit der Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements gefährdet werden solle.

12^{15} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz übermittelt dem Herrn Generalgouverneur Grüße des Stabschefs Lutze und seinen Dank für die freundliche Aufnahme im Generalgouvernement.

Er bittet sodann den Herrn Generalgouverneur, den SA-Obergruppenführer Kob zu einer Besprechung zu empfangen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis und beraumt für Montag, den 19.April eine Besprechung mit einigen SA-Führern des Generalgouvernements an, an der auch SA-Obergruppenführer Kob teilnehmen soll.

SA-Oberführer Peltz gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann Kenntnis davon, daß die Bezeichnung "SA-Einheit Generalgouvernement" umgeändert worden sei in: "SA Generalgouvernement". Der bisherige "Aufbaustab" sei mit sofortiger Wirkung in "SA-Führungsstab Generalgouvernement" umbenannt worden.

SA-Oberführer Peltz gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann einen kurzen Überblick über den Aufbau der S.A. im Generalgouvernement.

12.4.1943

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Auf Vorschlag des Pressechefs Gassner genehmigt der Herr Generalgouverneur die Erhöhung des Preises der polnischen Zeitungen um 5 Groschen je Nummer und verfügt, daß dem Preisüberwachungskommissar Ministerialrat Dr.Schulte-Wissermann Mitteilung davon gemacht wird.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple, des Präsidenten Dr.Losacker und des Rittmeisters Frhr von der Goltz den Generalmajor Haseloff.

In der anschließenden Besprechung weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß die Frage der Versorgung der Wehrmacht durch Übereinkommen mit dem Reich geregelt sei. Dabei gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß es oft sehr schwierig sei, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Bisher sei vom Generalgouvernement alles geschehen, was im Interesse der Wehrmacht habe getan werden können. Auch fürderhin werde im Rahmen eines neu aufzustellenden Ernährungsplans die Regierung des Generalgouvernements ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, den militärischen Belangen nach Möglichkeit zu entsprechen. In diesen Bemühungen müsse die Regierung des Generalgouvernements allerdings auch von der Wehrmacht tatkräftig unterstützt werden, ~~und~~ so vor allem im Hinblick auf eine möglichste Unterdrückung des Schleichhandels.

Weiter stellt der Herr Generalgouverneur den Gesichtspunkt der Finanzierung der Truppe in den Vordergrund, für die nach großen Schwierigkeiten ein Übereinkommen getroffen worden sei, inhaltsdessen von der

12.4.1943

Wehrmacht bzw. der Dienststelle des Wehrkreisbefehlshabers eine gewisse zentrale Kontrolle über die gesamten Ausgaben zu üben sei.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß ihm die von dem Herrn Generalgouverneur erwähnten Regelungen bereits bekannt seien. Der Wehrkreisbefehlshaber habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen die Regierung des Generalgouvernements zu arbeiten habe, und sei sich der Bedeutung bewußt, die das Generalgouvernement vor allem als Nachschubgebiet für die Ostfront habe.

Der Herr Generalgouverneur sagt Generalmajor Haseloff jegliche Unterstützung von seiten der Regierung des Generalgouvernements zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Zusammenarbeiten mit der Dienststelle des Wehrkreisbefehlshabers ebenso ersprießlich sein werde, wie es mit dem Militärbefehlshaber gewesen sei.

12[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple und des Präsidenten Dr.Losacker den Generalmajor der Flieger Hoffmann, den Vertreter des Generals von Unruh.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist die zur Zeit im Gange befindliche Überprüfungsaktion zum Zwecke der Erfassung von im Dienste des Generalgouvernements stehenden Reichsdeutschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Generalmajor Hoffmann einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement und weist dabei auf die Schwierigkeiten hin, denen sich zur Zeit schon angesichts eines fühlbaren Personalmangels Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements gegenüber sähen.

12.4.1943

Im Generalgouvernement wirke sich die Wegnahme eines jeden Deutschen weit fühlbarer aus als etwa im Reiche. Die Fiktion vom Generalgouvernement als einem Heimatgebiet sei völlig abwegig. Schon auf Grund der derzeitigen höchst mangelhaften Sicherheitslage müsse man mit Einziehungen aus der Polizei sehr vorsichtig sein. Im übrigen zeigten die bisher bekannt gegebenen Zahlen der Freistellung von reichsdeutschen Beamten und Angestellten das Bestreben der Regierung des Generalgouvernements, den Forderungen der Wehrmacht so weit wie irgend möglich entgegen zu kommen. Aber ein weiterer ungemessener Abzug deutscher Männer aus dem Generalgouvernement würde sich angesichts der Gesamtlage dieses Landes auch in gefährlicher Weise für das Reich auswirken. Vor allem müßten der Regierung des Generalgouvernements die 85o Gefolgschaftsmitglieder unter allen Umständen erhalten bleiben.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalmajor Hoffmann, daß sich die Überprüfungsaktion auch auf die SS und Polizei erstrecke. Für die Durchführung dieser Aufgabe sei ein SS-Obersturmbannführer eingesetzt.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß es bisher immer noch nicht gelungen sei, versehrte ehemalige Angehörige der Wehrmacht für den Dienst im Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

13^{10} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau Architekt von Palézieux.

15^{00} Besprechung mit Baurat Hofer, Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau von Palèzieux.

17^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 13.April 1943

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{05} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl trägt dem Herrn Generalgouverneur einige Parteiangelegenheiten vor.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Hauptabschnittsleiter Stahl ein vom 9.April 1943 datiertes Schreiben des Ministerialrats Horst Dresler-Andres zur weiteren Erledigung und beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl, die Wünsche des Pg. Dresler-Andres persönlich entgegenzunehmen. Nach dieser Besprechung soll Hauptabschnittsleiter Stahl in Gemeinschaft mit Pg. Dresler-Andres dem Generalgouverneur Vortrag halten.

Auf Antrag des Hauptabschnittsleiters Stahl genehmigt der Herr Generalgouverneur das Abschiedsgesuch des bisherigen Schatzmeisters des Arbeitsbereichs Pg.Thüringer.

Pg. Stahl berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur von seinen Verhandlungen, die er in der Parteikanzlei zu München gehabt hat.

Im Anschluß an diesen Bericht ersucht der Herr Generalgouverneur Hauptabschnittsleiter Stahl, sich fürderhin lediglich auf seine Arbeit im Rahmen der Partei bzw. des Arbeitsbereichs zu beschränken.

Weiter gibt Hauptabschnittsleiter Stahl dem Herrn Generalgouverneur auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen, die er in der letzten Zeit auf Dienstreisen gemacht hat, ein Bild von der derzeitigen Sicherheitslage im Generalgouvernement.

13.4.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl bittet den Herrn Generalgouverneur, in der nächsten Zeit in einigen Parteiversammlungen zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, zunächst am 2o.April im Rahmen einer Feierstunde in der Urania zu der Parteigenossenschaft Krakaus zu sprechen.

11^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß in der Nähe von Smolensk ein bisher unentdeckt gebliebenes Massengrab mit über lo ooo polnischen Offizieren, Militärärzten und Offiziersanwärtern entdeckt worden sei. Auf die Nachricht von dieser Entdeckung sei er zusammen mit lo Polen - Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses, des Polnischen Roten Kreuzes und mit Vertretern der polnischen Presse - im Flugzeug nach Smolensk gefahren. Im Beisein der Polen sei dann festgestellt worden, daß offenbar im Gefolge der Kriegshandlungen Ende September 1939 die Russen eine große Anzahl polnischer Offiziere und Offiziersanwärter nach Smolensk verschleppt und dort sämtlich durch Genickschuß getötet hätten. Die Personalien dieser Offiziere hätten zum großen Teil durch Ausweispapiere, Schmuckstücke, Erkennungsmarken usw. identifiziert werden können. Er, Präsident Ohlenbusch, sei nun der Auffassung, daß dieses Ereignis der polnischen Bevölkerung gegenüber unter allen Umständen propagandistisch ausgenützt werden müsse, und unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge, in welcher Weise diese Propaganda in Presse, Rundfunk, Film, Photographie usw. durchgeführt werden müßte. Diese Propaganda sei umso notwendiger, als

bereits der Moskauer Sender die Tatsache der Entdeckung dieses Massengrabes dazu benutzt habe, um die allen völkerrechtlichen Gebräuchen widersprechende Tötung dieser gefangenen Offiziere der deutschen Wehrmacht zur Last zu legen. Wenn auch der polnische Erzbischof in Warschau unter Hinweis auf die politische Seite dieses Ereignisses bisher eine Beteiligung polnischer Geistlicher an der Besichtigung der Stätte ablehnen zu müssen geglaubt habe, werde sich doch eine Beteiligung polnischer Geistlicher an der Umbettung und Einsegnung der Leichen der Ermordeten nicht umgehen lassen.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Ohlenbusch seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm in diesem Falle ergriffenen Schritte aus und erklärt seine volle Zustimmung zu den von ihm auf propagandistischem Gebiet zu ergreifenden Maßnahmen.

11^{55} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

12^{15} Besprechung mit Präsident Dr.Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Präsident Dr.Senkowsky überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar des

Haushaltsplans des Generalgouvernements
für das Rechnungsjahr 1942.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten Dr.Senkowsky und seinen Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die hervorragende Durchführung der Finanzaufgaben des Generalgouvernements aus.

13.4.1943

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am Ende des Etatsjahres 1942 ein Überschuß von 8o Millionen Zloty und eine stille Reserve von 6o Millionen Zloty vorhanden gewesen sei. Die Vorarbeiten für den Haushalt 1943 seien soweit gediehen, daß er als Leiter der Hauptabteilung Finanzen die Gouverneure in einigen Wochen zu einer abschließenden Besprechung bitten könne.

Der Herr Generalgouverneur ordnet für Ende Mai bzw. Anfang Juni eine abschließende Etatsbesprechung in Anwesenheit der Gouverneure an.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß der Haushalt noch der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedürfe, die aber lediglich formaler Art sei.

Weiter berichtet Präsident Dr. Senkowsky über die Arbeiten für den Stellenplan und kann dabei mitteilen, daß allem Anschein nach die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen würden.

Wie Präsident Dr. Senkowsky ferner mitteilt, sind endgültige Absprechungen über die Höhe des Wehrbeitrags noch nicht erfolgt. Allerdings habe am 23.März 1943 in Berlin eine Besprechung zwischen Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank über die Höhe dessen stattgefunden, was nach Meinung der Berliner Stellen vom Generalgouvernement für diesen Zweck aufzubringen sei.

In diesem Zusammenhang gibt Präsident Dr. Senkowsky zu bedenken, daß die Summen, die die Wehrmacht oder das Reich im Generalgouvernement ausgeben, in irgendeiner Form auf dem Wege des Wehrbeitrages im Generalgouvernement durch zusätzliche Notenausgabe der Emissionsbank aufgebracht werden müßten. Er habe nach Lage des Haushalts des Generalgouvernements vorerst

13.4.1943

eine Summe von 1,5 Milliarden eingestellt, die aufzubringen für das Generalgouvernement keine Schwierigkeiten breiten werde.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung in dieser Frage vor und will sie demnächst in einer Sitzung mit Bankdirigenten Dr.Paersch und den zuständigen Wirtschaftsfaktoren eingehend besprochen wissen. Bis auf weiteres könne er nur mit aller Bestimmtheit betonen, daß er erheblichste Bedenken gegen eine solche Übersteigerung des Wehrbeitrages habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr.Senkowsky, daß er gegenüber den Berliner Stellen keine Versprechungen über die Höhe des zu leistenden Wehrbeitrages gemacht habe. Er gibt aber andererseits zu bedenken, daß es nur im Interesse des Generalgouvernements läge, wenn von ihm das aufgebracht werde, was wirklich aufgebracht werden könne. Er habe im übrigen gerade über die Frage des Wehrbeitrages lange Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister gehabt. Dabei habe er insbesondere darauf hin gewiesen, daß er einer Inflation durch Begebung von Schatzanweisungen im Generalgouvernement nicht das Wort reden könne. Darauf habe dann der Reichsfinanzminister angeordnet, daß noch mit dem Reichswirtschaftsministerium als dem Bankenministerium und mit der Reichsbank selbst über diese Frage eingehende Besprechungen stattfänden. Die Stellungnahme des Bankpräsidenten Dr.Paersch, der an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen habe, werde noch eingeholt werden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß in der Frage des Wehrbeitrages bis auf weiteres nichts zu geschehen habe, und sieht der Mitteilung des Finanzpräsidenten Dr.Senkowsky entgegen, daß das Reich eine konkrete Forderung an das Generalgouvernement bzw. an den Generalgouverneur rinhtet.

13.4.1943

Präsident Dr. Senkowsky gibt sodann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß im Reich die Schnellzug- und Eilzugzuschläge sowie die Fernsprechgebühren erhöht worden seien. Er sei als Leiter der Hauptabteilung Finanzen aufgefordert worden, diese Tariferhöhungen sowie eine Erhöhung des Kriegszuschlages für Branntwein auch im Generalgouvernement einzuführen. Seiner Auffassung nach beständen keine Bedenken, für das Generalgouvernement diese Tarif- und Steuererhöhung durchzuführen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an.

Präsident Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Holzspritfabrikation vor. Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Senkowsky, den Verfasser die Denkschrift mit einem Vortrag ihm persönlich überreichen zu lassen.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Dr. Senkowsky mit, daß ihm bereits zwei mit Holzgeneratorantrieb versehene Personenwagen zur Verfügung stünden, und erklärt sich bereit, einen dieser Wagen dem Herrn Generalgouverneur auf der Burg zu zeigen.

Präsident Dr. Senkowsky nimmt dann zur Frage der Sicherheitslage im Generalgouvernement Stellung und betont dabei, daß sich die Beamten angesichts der zahlreichen Überfälle nicht mehr geschützt fühlten. Vielfach erhielten Beamte auch Schreiben von polnischer Seite, in denen ihnen der Tod angedroht werde. Ein solches "Todesurteil" habe auch Ministerialrat Rogge von der Hauptabteilung Finanzen erhalten. Da er kurze Zeit darauf sich zu einer Reise ins Reich begeben habe, seien von gewissen Seiten gegen ihn Gerüchte ausgestreut worden, als wolle er sich den ihm drohenden

13.4.1943

Gefahren entziehen.

Im Zusammenhang damit trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung:

Der Ministerialrat Rogge von der Hauptabteilung Finanzen befindet sich auf Weisung des Generalgouverneurs im Reich. Der Generalgouverneur hat genehmigt, daß er im Anschluß daran einen seit langem vorgesehenen Erholungsurlaub angetreten hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß der im Zusammenhang mit solchen Gerüchten genannte Minister a.D. Dr. Rümelin seine Stellung im Reich nicht habe antreten können und sich gegenwärtig wieder im Generalgouvernement befinde.

Abschließend beraumt der Herr Generalgouverneur für Donnerstag, den 15.April 1943 eine Sitzung an, zu der neben anderen beteiligten Instanzen der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth erscheinen und in der die Sicherheitslage und die Frage besprochen werden soll, in welcher Weise Beamte vor Angriffen geschützt werden können.

15^{45} Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Emissionsbank nunmehr drei Jahre bestehe und daß die Geschäftsberichte für die vergangenen Jahre fertiggestellt seien.

Der Herr Generalgouverneur regt an, der Bezeichnung "Emissionsbank in Polen" noch die Worte "Notenbank des Generalgouvernements" beizufügen. Weiterer Gegenstand der Besprechung ist die Regelung der Zuständigkeitsfrage bei den Verhandlungen über den

13.4.1943

Wehrbeitrag des Generalgouvernements an das Reich.

Angesichts der großen Bedeutung dieser Angelegenheit beauftragt der Herr Generalgouverneur den Staatssekretär und Chef der Regierung des Generalgouvernements mit der alleinigen Zuständigkeit. Der Reichsfinanzminister und der Präsident der Hauptabteilung Finanzen werden davon durch Übersenden eines Durchschlages des Schreibens an Staatssekretär Dr.Bühler verständigt.

16[30] Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Ersten Staatsanwalt, Dr.Meidinger und der Architekten von Palézieux und Kaulfuß den Verwaltungsneubau auf der Burg.

19[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater. Zur Aufführung gelangt: "Ein Drama um Schiller

"Die Schwestern"

von Max Dreyer.

22[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 14.April 1943

9^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

10^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Stadthauptmann Pavlu in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Stadthauptmann Pavlu meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum 1.Mai ds. Jrs. zum Dienst in der Wehrmacht bei einem SS-Grenadierbataillon einberufen worden sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Stadthauptmann Pavlu seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus. Er gedenkt dabei insbesondere der Verdienste, die sich Stadthauptmann Pavlu in seinem Bestreben erworben hat, die Stadt Krakau wieder zu einer deutschen Stadt zu machen, und verspricht dem Stadthauptmann Pavlu, ihm auch fürderhin stets hilfreich zur Seite zu stehen. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr.Bühler, mit Stadthauptmann Pavlu und dem noch zu berufenden neuen kommissarischen Leiter der Stadtverwaltung bei ihm zu erscheinen, damit einige schwebende Probleme in einer Besprechung erörtert werden könnten.

11^{10} A r b e i t s s i t z u n g im Königssaal.

Thema: Ernährung der im deutschen Interesse, insbesondere im Rüstungssektor arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung.

(Protokoll s.Beiakten).

14.4.1943

14^{30} Besichtigung zweier mit Holzgas-Generatoren versehener Personenwagen im Burghof.

15^{10} Besprechung mit Graf di Fossombrone und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 15.April 1943

11^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

12^{45} Besprechung mit Gouverneur Dr.Wendler und Präsident Dr.Losacker.

13^{10} In Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler, des Gouverneurs Dr.Wendler und des Präsidenten Dr.Losacker empfängt der Herr Generalgouverneur den bisherigen Kreisleiter und stellvertretenden Kreishauptmann Rechtsanwalt Dr.Krämer.

Staatssekretär Dr.Bühler schlägt dem Herrn Generalgouverneur vor, anstelle des zur Wehrmacht einberufenen Stadthauptmanns Pavlu für die Dauer der Wehrdienstleistung des Stadthauptmanns Pavlu den Rechtsanwalt Dr.Krämer mit der Verwaltung der Stadt Krakau zu beauftragen. Dr.Krämer arbeite seit einem Jahr im Generalgouvernement; er sei zunächst informatorisch beim Distrikt tätig gewesen und führe seit einem halben Jahr zur Zufriedenheit des Distriktschefs und der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Geschäfte im Kreise Lowitsch. Es sei ihm u.a. gelungen, durch eine großzügige Werbeaktion Volksdeutsche in Kompaniestärke zur freiwilligen Meldung zur Wehrmacht zu veranlassen.

Der Herr Generalgouverneur überreicht hierauf Dr.Krämer die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum kommissarischen Leiter der Stadtverwaltung Krakau.

15.4.1943

In der anschließenden Besprechung erteilt der Herr Generalgouverneur zunächst Dr.Krämer die Genehmigung, Schriftstücke mit "Kommissarischer Stadthauptmann" zu unterzeichnen. Der Herr Generalgouverneur weist sodann Dr. Krämer auf die Aufgaben hin, die ihm als dem Leiter der Verwaltung der Regierungshauptstadt bevorständen. In seiner Eigenschaft als kommissarischer Stadthauptmann unterstehe Dr.Krämer dem Distriktsgouverneur. Aber diese Unterstellung unter den Distriktsgouverneur sei dadurch bedingt, daß dessen Weisungen vorher mit der Regierung abgestimmt seien, wie auch er, der Generalgouverneur, sich vorbehalte, Weisungen zu erteilen. Der Stadthauptmann von Krakau sei also sowohl Organ des Distrikts wie auch des Generalgouverneurs. Das vorwiegende Interesse, das der Generalgouverneur und seine Regierung an der Stadt Krakau hätten, müsse sich praktisch überall durchsetzen. Andererseits sei eine völlige Herausnahme der Stadt Krakau aus der Distriktsverwaltung unpraktisch, weil sie nur Nachteile bringe. Wie auch die Entscheidung über die Neueinteilung der Distrikte ausfallen möge, so würde doch immer der Charakter der Stadt Krakau als der Regierungshauptstadt erhalten bleiben. Vor allem komme es darauf an, daß die Stadt Krakau in jeder Beziehung ein mustergültig verwaltetes Gemeinwesen darstelle. Im übrigen sei er erfreut darüber, daß man sich so schnell über die Nachfolgerschaft des Stadthauptmanns Pavlu geeinigt habe und daß ein alter Vorkämpfer des Nationalsozialismus die Leitung der Stadtverwaltung Krakaus übernehmen solle.

Abschließend wird dann noch zu einigen für die Stadt Krakau wichtigen Angelegenheiten wie Straßenbau, Hotelbau, Quartieramt usw. Stellung genommen.

15.4.1943

13[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Präsident Dr.Losacker.

Präsident Dr.Losacker überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Eingabe des Präsidenten der ukrainischen Volksgruppe Professor Kubijowitsch betr. Errichtung einer SS-Division der Ukrainer.

Der Herr Generalgouverneur billigt diesen Plan und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, sich mit Prof. Kubijowitsch wegen der weiteren Vorbereitungen in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen. - Als Vertreter des Generalgouverneurs in dieser Angelegenheit soll Gouverneur Dr.Wächter-Lemberg zum Kommissar bestellt werden.

Präsident Dr.Losacker übergibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Zwischenbericht über die bis jetzt auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung durchgeführten Maßnahmen.

Präsident Dr.Losacker regt an, daß im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Massengrabes von den Sowjetrussen ermorderter polnischer Offiziere in Smolensk eine große Aktion zur endgültigen Bereinigung der Volkstumslage im Generalgouvernement eingeleitet werde, da die bisherige Entwicklung weiterhin untragbar sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr.Losacker, ihm im Anschluß an diesen mündlichen Vortrag einen schriftlichen Bericht vorzulegen, und nimmt in Aussicht, eine Sitzung zur Besprechung dieser Frage mit den maßgeblichen Persönlichkeiten einzuberufen. Es soll direkt an den Führer herangetreten werden, damit endlich mit den unmöglichen Planungen auf dem Gebiete der Polenpolitik aufgeräumt wird, die sich nun seit 1939 wie eine Haßkrankheit fortschleppen und auf die Dauer eine große Gefahr für das Deutsche Reich darstellen.

15.4.1943

15[00] A r b e i t s s i t z u n g im Königssaal der Burg zu Krakau. (Thema: Sicherheitslage)
(Protokoll s.Beiakten)

19[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Freitag, den 16.April 1943

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{40} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{40} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Ballat in Gegenwart des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

Staatsanwalt Dr. Ballat bittet den Herrn Generalgouverneur, dem bisherigen Gaupresseamtsleiter und Kreisleiter Förster in Saarbrücken eine Betätigung im Generalgouvernement möglichst im Rahmen der Presse zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur sagt die Gewährung dieser Bitte zu und ersucht Staatsanwalt Dr.Ballat, sich mit Hauptabschnittsleiter Stahl in Verbindung zu setzen und dann dem Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger Mitteilung von dem Ergebnis dieser Besprechung zu machen.

IX/9 12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger den Vorsitzenden des Deutschen Alpenvereins, Zweig Krakau, Amtmann Hirsch und drei weitere Vorstandsmitglieder.

Amtmann Hirsch berichtet über den Aufbau des Zweiges Krakau des Deutschen Alpenvereins, der am 8.Februar ds.Jrs. gegründet wurde. Der Verein zähle bereits ca. 15o Mitglieder. Wegen zu geringer finanzieller Mittel könne er mit seiner Arbeit nicht stark in die Öffentlichkeit treten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem größtem Interesse an der Arbeit des Deutschen Alpenvereins Ausdruck und stiftet zur alleinigen Verfügung des Vorsitzenden den Betrag von Zloty 1o ooo,--.

16.4.1943

Der Deutsche Alpenverein müsse eine seiner größten Aufgaben darin sehen, das Generalgouvernement den Deutschen zur Heimat zu machen. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Alpenverein im Generalgouvernement einen großen Aufschwung nähme. Alle Touren und auch Fahrtenberichte sollten in der Krakauer Zeitung veröffentlicht werden, wie überhaupt der Deutsche Alpenverein in der Öffentlichkeit stärker werben müsse. Er stelle den Alpenverein unter seinen direkten Schutz und sei gern bereit, ihn in allen seinen Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen. Auch die Herausgabe eines kleinen Blättchens sei empfehlenswert; für die Beschaffung von Papier, Druckerlaubnis und Druckkosten werde er das Nötige veranlassen.

Von dem Angebot des Herrn Generalgouverneurs; eine der vorhandenen Hütten in die Bewirtschaftung des Alpenvereins zu nehmen, will Amtmann Hirsch vorerst keinen Gebrauch machen, da die jetzige Regelung vom Standpunkt des Alpenvereins sehr zweckmäßig erscheine, derzufolge sämtliche Hütten während der Kriegszeit in der Verwaltung der Sportführung des Generalgouvernements stehen.

Der Herr Generalgouverneur sagt weiter zu, daß sich in seinem Auftrage der Chef der Kanzlei bei der Beschaffung von 4o Paar benötigten Kletterschuhen für Jugendliche einschalten werde. Zum Schluß gibt er dem Wunsche Ausdruck, daß der Zweig Krakau des Deutschen Alpenvereins ein kriegsmäßiges Bändchen des vergriffenen Tatraführers, zugeschnitten auf das jetzige Generalgouvernement, bearbeiten und herausgeben möge.

16.4.1943

IX/9 17[00] Der Herr Generalgouverneur besichtigt die im Türkenzelt aufgestellten Kunstgegenstände.

18[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

IV/9 19[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Losacker.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schreiben zur Unterschrift vor.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Einberufung einer Hauptabteilungs- bzw. Regierungssitzung. Der Termin dieser Sitzung wird auf Dienstag Vormittag festgesetzt. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß auch, soweit möglich, die Gouverneure an dieser Sitzung teilnehmen sollen.

Präsident Dr. Losacker teilt mit, daß er zu einer dienstlichen Besprechung nach Berlin berufen worden sei. In dieser Besprechung solle die Frage der Behandlung der Fremdvölkischen beraten werden.

Besprochen wird weiter die Frage, in welcher Weise die Tatsache der Auffindung des Massengrabes polnischer Offiziere bei Smolensk propagandistisch ausgewertet werden solle.

Staatssekretär Dr. Bühler überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Steuererhöhungen.

16.4.1943

19[45] A b e n d e s s e n zu Ehren des aus seinem Amte scheidenden Gouverneurs Zörner.

21[00] Verabschiedung des Gouverneurs Zörner durch den Herrn Generalgouverneur in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie mehrerer Hauptabteilungspräsidenten und Abteilungspräsidenten.

Der Herr Generalgouverneur verliest zunächst ein an Gouverneur Zörner gerichtetes Abschiedsschreiben, nach welchem er ihn nach Genehmigung seines Abschiedsgesuches von seinem Amte als Distriktsgouverneur entbindet und ihm gleichzeitig seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit ausspricht. Der Herr Generalgouverneur führt dann fort:

Herr Gouverneur Zörner! Ich überreiche Ihnen dieses Schreiben und bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß das, was ich schriftlich niedergelegt habe, uns alle angeht. Sie haben seit Beginn der Übernahme der Regierung in diesem Raum uns stets treu zur Seite gestanden, zunächst als Stadthauptmann und Leiter der Verwaltung der Stadt Krakau, später als Gouverneur eines der wichtigsten Distrikte des Generalgouvernements. In dieser Eigenschaft haben Sie wirklich hervorragende Arbeit geleistet.

Während man sonst im allgemeinen gewohnt ist, bei Verabschiedung von Beamten oder bei sonstigen Gelegenheiten großzügig über manches hinwegzugehen, und nach der Regel, daß man den Verabschiedeten loben soll, dem Betreffenden vielleicht Lobreden gibt, so möchte ich doch gerade in diesem Falle Ihnen mit besonderem Nachdruck danken und feststellen, daß Ihr persönlicher Einsatz, vor allem Ihre wirkliche selbstlose Aufopferung im Dienste einer Idee - der Idee, verwaltungsmäßig

16.4.1943

Ordnung in einem schwer umkämpften Gebiet zu halten, die Autorität der Regierung dieses Raumes im Distrikt sicherzustellen, - uns Ihnen dauernd verbunden halten wird.

Parteigenosse Zörner, Sie sind einer der Verwaltungsführer, die aus der Partei hervorgegangen sind. Ich entsinne mich in diesem Augenblick Ihres Wirkens als Präsident des Braunschweigischen Landtags, ich entsinne mich jener Zeit, da wir beide die große Überlegung anzustellen hatten, wie unserem Führer Adolf Hitler, der damals staatenlos war, die Einbürgerung, als deutscher Bürger ermöglicht werden könne. Wir haben damals dafür gesorgt, daß er im Staatsdienst verwendet werden konnte. Damals haben Sie sich, Parteigenosse Zörner, hervorragend um den Führer verdient gemacht. Ich weiß auch, wie Sie damals als Landtagspräsident verstanden haben, die Opposition gegen diesen Mann unmöglich zu machen.

Sie haben sich später als Oberbürgermeister einer der schönsten Städte Deutschlands, der deutschen Kulturstadt Dresden, sehr verdient gemacht. Sie haben es in wenigen Jahren vermocht, die Stadt Dresden weit über das Land Sachsen hinaus in den Mittelpunkt eines großen Wirkungskreises zu stellen.

Sie haben dann als Oberbürgermeister dieser Stadt in wohlweiser Erinnerung an die alte historische Verbindung zwischen Sachsen und Polen Ihre Schritte nach Polen gelenkt, um sich dem Dienste des dem deutschen Heere unmittelbar folgenden Verwaltungsstabes als Chef der städtischen Verwaltung Krakaus anzuvertrauen.

Wenn Sie nun diese Linie unterbrechen, so kann es nur geschehen, damit Sie Ihre Gesundheit wiederherstellen und dann mit umso größerer Energie Ihre Arbeit wieder aufnehmen.

16.4.1943

Indem ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus dem Dienst des Generalgouvernements entlasse, möchte ich Ihnen nochmals in meinem und aller Ihrer Kameraden der deutschen Verwaltung des Generalgouvernements Namen unseren Dank und unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen. Ihr Wirken im Dienste des Führers, Ihre Menschlichkeit, Ihre persönliche Haltung werden uns stets unvergessen bleiben. Zum Zeichen der Anerkennung und des Dankes überreiche ich Ihnen in unser aller Namen dieses Bild.

Gouverneur Zörner erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zunächst bewegten Herzens aufrichtig für die Worte danken, die Sie mir gewidmet haben. Sie dürfen mir glauben, daß mir der Entschluß, Sie zu bitten, mich von der Verantwortung für mein bisheriges Amt zu entbinden, nicht leicht gefallen ist, daß ich aber in der augenblicklichen Situation keinen anderen Weg gefunden habe. Ich will hoffen, daß die Arbeit, die dort angefangen ist, fortgesetzt werden kann. Ich bin stolz darauf, Herr Generalgouverneur, dreieinhalb Jahre unter Ihrer Leitung nach den von Ihnen gegebenen Richtlinien für Führer und Volk haben arbeiten zu dürfen. Ich bin glücklich, soviele gute, echte Kameradschaft, soviele Freundschaft und Menschlichkeit gefunden zu haben, die trotz aller geheimen Schwächen das Positive überwiegen läßt. Ich scheide zwar bewegten Herzens von hier, aber doch mit dem stolzen Gefühl, daß im Generalgouvernement eine Aufbauarbeit geleistet worden ist, an der ich freudig u. gern mitgewirkt habe. Ich darf Ihnen, Herr Generalgouverneur, und allen Ihren Mitarbeitern nochmals herzlich danken.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 17. April 1943

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leutnant Krojer.

12[30] In Gegenwart des Pressechefs Gassner empfängt der Herr Generalgouverneur den Hauptschriftleiter Dr. Hagemann zu einem Interview.

Dr. Hagemann ist Hauptschriftleiter des "Weltpressedienstes", einer Zeitschrift, die Material für propagandistische Zwecke ins Ausland vermittelt. Dr. Hagemann teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß ihm in letzter Zeit verschiedene führende Persönlichkeiten des Reiches, auch einige Reichsminister, ein Interview gewährt hätten, und bittet den Herrn Generalgouverneur, ihm ebenfalls Gelegenheit zu geben, einige Fragen über die Verhältnisse im Generalgouvernement an ihn richten zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, dieses Interview zu geben.

Dr. Hagemann stellt dann an den Herrn Generalgouverneur eine Anzahl von Fragen, die dieser unter eingehender Darlegung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Generalgouvernements beantwortet. §

17[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonntag, den 18.April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Montag, den 19.April 1943

1c[45] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o[50] Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11[15] Besprechung mit Staatskapellmeister Antolitsch in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

Staatskapellmeister Antolitsch berichtet, daß ihm durch ein Schreiben des Reichspropagandaministeriums angekündigt worden sei, daß 17 Musiker seines Orchesters freigestellt und demnächst zur Wehrmacht eingezogen würden. Als Ersatz würden ihm verschiedene bei der Auskämmaktion im Reich frei gewordene Musiker zur Verfügung gestellt. Bei seinen Musikern handle es sich um die ersten Streicherstimmen; auf der anderen Seite seien die ihm in Aussicht gestellten Musiker künstlerisch nicht qualifiziert, so daß für die Zwecke seines Orchesters vielleicht nur 5 oder 6 Leute in Frage kämen. Auch sei über einige dieser Musiker bereits anderweitig verfügt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt den Chef der Kanzlei Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger, in seinem Auftrage bei den zuständigen Stellen (Oberst Fischer u. Oberst Weiß) zu verhandeln und diesen mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, sich auf die seinerzeitige persönliche Freigabe dieser Musiker durch den Führer berufe und auf ihrer Einhaltung bestehe. Das Reichspropagandaministerium sei in dieser Frage nicht zuständig. Auf der anderen Seite solle man den guten Willen zeigen und künstlerisch tragbare Musiker aus der Zahl der als Ersatz zur Verfügung gestellten annehmen.

19.4.1943

11[35] Besprechung mit Präsident Lauxmann.

Präsident Lauxmann übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine Zusammenstellung der Leistungen des Jahres 1942 und berichtet anhand von Statistiken und Tabellen aus seinem Arbeitsgebiet. Weiter legt er Entwürfe von Professor Dachauer über neue Briefmarken mit dem Lemberger und Warschauer Wappen und einer neuen Landschaftsserie vor, die anstelle der etwas zu großen Führerserie für den täglichen Gebrauch bestimmt ist.

12[00] Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Dr. Coblitz überreicht dem Herrn Generalgouverneur 4 Bände, die die wissenschaftlichen Arbeiten des Ostinstituts während des letzten Jahres zum Inhalt haben.

Dr. Coblitz macht dann Ausführungen über die zum 24. Mai in Aussicht stehende Kopernikusfeier. Er will als Redner beim Festakt den Professor Raabe gewinnen. Am Vorabend oder Abend des Tages solle Kapellmeister Hösl-Warschau im Hof des Ostinstituts ein Konzert mit eigenen Werken dirigieren.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für die Festnummer der "Burg" ein Geleitwort zu schreiben und beim Festakt in einer Rede die erstmalige Verteilung des Kopernikus-Preises vorzunehmen.

Direktor Coblitz berichtet zum Schluß über den Forschungsbetrieb des Instituts im Rahmen der kriegswichtigen Erfordernisse. Unter Mitarbeit der Wehrmacht seien neue Sektionen für chemische, physikalische, maschinenbauliche und elektrische Forschungen im Aufbau.

19.4.1943

Sämtliche Institute des Ostens kriegswichtiger Art würden nach Krakau verlegt, so daß hier die Forschung für den gesamten Osten betrieben werde. Auch in der biologischen (Tuberkulose) Sektion sei die Arbeit aufgenommen worden. Die geisteswissenschaftliche Forschung müsse leider ganz eingestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß diese Abteilungen nicht aufgelöst, sondern nur der Betrieb für die Kriegsdauer eingestellt werde. Das Ostinstitut sei als kriegswichtige Einrichtung zu betrachten.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal aus Anlaß des einjährigen Bestehens der S.A. im Generalgouvernement 18 S.A.-Führer des Generalgouvernements und hält dabei folgende kurze Ansprache:

Kameraden!

Vor einem Jahr haben wir im Generalgouvernement die S.A. gegründet, und ich freue mich, daß wir am morgigen Geburtstag des Führers auf ein Jahr des Bestehens zurückblicken können, in dem vorbildlich gearbeitet wurde. Die S.A. hat sich trotz der Ungunst der Zeit, trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die einzeln aufzuzählen unmöglich ist, und die in ihrer Totalität alle Voraussetzungen eines Aufbaues betrafen, zu einem der stärksten und machtvollsten Willensblöcke im ganzen Ostraum entwickelt. Alles, was irgendwie an Schwierigkeiten überhaupt denkbar ist, belastete von Anfang an diesen Aufbau. Trotzdem haben Sie es erreicht, daß heute Tausende und Abertausende deutscher Männer im Generalgouvernement sich zu ihr bekennen und sich in ihren straffen Gliederungen zusammengefunden haben und

daß dadurch das, was wir den edelsten Geist der Bewegung, den S.A.-Geist nennen, lebendig bleibt. Die Bedeutung, die damit die S.A. des Führers im Generalgouvernement erlangt hat, ist ungeheuer weitreichend. Inwieweit ich in der nächsten Zeit veranlaßt sein werde, die S.A. über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus zur Aufrechterhaltung der Sicherheit einzusetzen, weiß ich nicht, aber eines steht fest, daß ich auf Euch, Kameraden der S.A., rechnen muß, wenn für die Lage der Deutschen Schwierigkeiten aufsteigen sollten.

Die Kriegslage hat sich in diesem Jahr weiter verschärft; Sie selber wissen, daß dieser Kriegswinter für uns einer der schwersten war, die die deutsche Kriegsgeschichte kennt, und Sie wissen auch, daß ungeheuere Schwierigkeiten zu bewältigen waren. Daß wir mit diesen Schwierigkeiten fertig wurden, verdanken wir der einmaligen weltgeschichtlichen Persönlichkeit Adolf Hitlers.

Tausende und Abertausende unserer S.A.-Kameraden tragen heute das graue Waffenkleid, und viele von ihnen stehen in vorderster Linie und haben ihren S.A.-Geist mit ihrem Leben bezahlt. Wir können sagen, daß wir mitgeholfen haben, im Generalgouvernement einen der Rückhalte für die Überwindung der Schwierigkeiten dieses Kriegsjahres 1942/43 aufgebaut und durchgehalten zu haben.

Die ungeheure Belastung stimmungs- und nervenmäßiger Art, die mit der Fortsetzung dieses Krieges verbunden ist, hat da und dort zu leisen kleinen kritischen Einbrüchen geführt. Ich möchte daher erwarten, daß in demselben Maße, in dem die Schwierigkeiten steigen, auch die Entschlußkraft der S.A.-Führer und S.A.-Männer des Generalgouvernements steigt, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das Schwerste liegt

19.4.1943

vielleicht noch vor uns; wir werden einen ungeheuren Kampf zu bestehen haben, und jeder waffenfähige deutsche Mann muß an die Front. Das bedeutet für uns im Generalgouvernement eine große Schwächung der Verwaltung und im Zusammenhang mit der aufsteigenden fremdvölkischen Hetze eine ungeheure Erschwerung unserer Arbeit. Täglich gehen bei mir die Meldungen über die Ermordung von Volksgenossen in führenden Stellungen und vieler Namenloser ein. Die S.A. muß daher in diesem Augenblick das eherne Bollwerk des Deutschtums in diesem Raum sein.

Wir stehen heute der gleichen Front gegenüber, der wir schon in unserem inneren Kampf gegenüber gestanden haben: den Juden und Weltbolschewisten. Adolf Hitler ist es beschieden, auch in der Weltformung mit diesem Gegner fertig zu werden. Dann leuchtet der größte Sieg über uns und dann kann auch die S.A. mit Stolz sagen, daß sie leidenschaftlich, erfolgreich und sieghaft mitgekämpft hat.

Stabschef Lutze hat mir soeben einen liebenswürdigen Brief geschrieben, in dem er an der einjährigen Aufbauarbeit der S.A. im Generalgouvernement lebendigen Anteil nimmt. Mir obliegt es, Ihnen, Oberführer Peltz, für diese Arbeit an der S.A. zu danken und auch denen zu danken, die Ihnen dabei geholfen haben. Ich weiß, was Sie geleistet haben.

Es ist nicht an der Zeit, um groß zu feiern; mir war es aber doch ein herzlicher Wunsch, die S.A.-Führer des Generalgouvernements in diesem Königssaal der alten Burg zu empfangen. Auf dieser Burg wurde die S.A. des Generalgouvernements gegründet, und diese Burg wird die S.A. des Generalgouvernements sieghaft verteidigen.

19.4.1943

Ich wünsche Ihnen allen für das jetzt beginnende neue Jahr der Arbeit das Beste und eine Fortsetzung der erfolgreich begonnenen Arbeit.

Der Herr Generalgouverneur gibt nach diesen Worten einige Beförderungen unter der Führerschaft der S.A. des Generalgouvernements bekannt, u.a. die Aufnahme des Gouverneurs Kundt als S.A.-Oberführer.

S.A.-Oberführer Peltz meldet zum Schluß dem Herrn Generalgouverneur, daß am Vortage 1 6oo S.A.-Männer einen Propagandamarsch durch Warschau unternommen hätten.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

19^{30} Besuch des Philharmonischen Konzerts im Hause Urania.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2o. April 1943

$1o^{2o}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

$1o^{3o}$ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{oo} R e g i e r u n g s s i t z u n g .

(Protokoll siehe Beiakten)

IV/9 14^{3o} Eine Singspielschar der H.J. bringt auf dem Burghof Gesänge zu Gehör.

IX/9 16^{oo} F e i e r s t u n d e im Staatstheater.

Nach einem Musikvortrag des Orchesters des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Distriktsstandortführers Gouverneur Dr. Wendler ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

IV/9 In einer der ernstesten Stunden der Geschichte unserer Nation und des Werdeganges unseres deutschen Vaterlandes begehen wir Deutschen des Generalgouvernements den Geburtstag unseres Führers Adolf Hitler 1943. Ringsum tobt auf der Erde, in den Lüften und in den Meeren der entscheidende Schlußkampf um die Verwirklichung und Sicherung Europas und der Welt. Diese Epoche wird einmal in der Geschichte ihren Namen nach dem Manne haben, der am 2o. April 1889 in dem kleinen Innstädtchen Braunau in Oberösterreich als Sohn einfacher Eltern geboren wurde.

Ein gewaltiger Weg ist es, den Adolf Hitler zurückgelegt hat, eine einmalige Daseinsformung von ungewöhnlichster Eindrucksprägnanz, und es zeigt, welche aus Äonen sich sammelnde Energiekonzentration in einem Individuum nach dem Schöpferwillen möglich ist, daß diese Persönlichkeit eines Sohnes unseres Volkes eine

20.4.1943

heute schlechthin den ganzen Planeten aufwühlende Wirkung besitzt. Man muß bei sich plastisch immer wieder diesen Gegensatz spüren: hier der Einsame und Einmalige, dem ein Gott die Stimme des aufrüttelnden Gewissens unseres Volkes gab, eine Stimme, die es vermochte, die schicksalhafte Niederung unseres deutschen Zusammenbruches seelisch, geistig, organisatorisch, politisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell zu überwinden, und der vor unserem Volke nun wie ein menschliches Symbol der Einbezogenheit unserer völkischen Energien in die ewigen Plane des Schicksals sieggläubig in undeutbarer Selbstsicherheit einherzieht - und dort die ewige Welt des Hasses gegen Deutschland! Was dürfen wir nicht erleben, wie ist nicht unsere Generation in all' dem Leid, das ihr aufgegeben ist, in all' den Opfern, die von ihr verlangt werden, ausgezeichnet, Zeugen und Mitgestalter dieser einzigartigen Wende Europas und der Welt sein zu dürfen.

Und so steht über dieser Feier der Deutschen des Generalgouvernements unsere eigene und eigentliche Bezogenheit: wir, die Tausende und Abertausende Deutscher des Generalgouvernements, senden Dir, Adolf Hitler, dem gewaltigen Führer in diesem Weltkampf, unsere treuesten Wünsche zu Deinem Geburtstag 1943 und geloben Dir Pflichterfüllung unter Einsatz unseres Lebens und aller unserer Kräfte bis zum äußersten. Wir wünschen Dir, Adolf Hitler, Kraft, Stärke, Gesundheit und die göttliche Lenkung Deiner Pläne, auf daß mit Deinem Sieg über die ewige Niedertracht leuchtend Dein Lebenswerk ersteht als Sieg des besten europäischen Menschentums über Weltjudentum, Weltbarbarei und Weltausbeutung.

20.4.1943

Fünf Positionen hat Adolf Hitler in seinem Leben bezogen. Sie folgten aufeinander, ohne sich abzulösen, und summierten sich aus

Künstlertum, Soldatentum, Parteiführung, Staatsgestaltung und Feldherrnkunst.

Das Künstlertum Adolf Hitlers war das Zeichen des jungen strebenden Mannes, der auf der alten österreichischen seelisch-geistigen Lebensform sein Daseinsringen anhub. Daß er, der werdende Architekt, später berufen war, die größten Bauten seinem Volke vorzuzeichnen, wissen wir heute. In ihm konnte es damals nur eine kaum geahnte ferne Vorstellung sein. Dieser junge Künstler hatte in all' seinem Entwerfen, Zeichnen, Malen und baulichen Raumphantasieren doch nie den Kontakt zu den praktischen Lebenstagesfragen seiner Nation verloren. Er sank nie in eine magische bequeme Traumwelt gleitend ab, sondern erkannte in sich mit zunehmender Energie die Stimme seines deutschen Blutes, das ihm die leise Mahnung vermittelte, der Kunst nicht nur der eigentliche Rahmengestalter, sondern auch dem Volksschicksal einbezogener Wegbereiter zu sein.

So kam es, daß er in seiner zweiten Entwicklungsphase im ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 als tapferster Soldat mitkämpfte, seinem Volke ein hohes Schicksal zu sichern.

Dieses Soldatentum Adolf Hitlers wurde dann der Übergang zu jenem entscheidungsvollen Schritt, den er im Lazarett 1918 nach dem Zusammenbruch des damaligen deutschen Staates vollzog: Politiker zu werden. Die Synthese war damit seiner Lebensart gegeben, daß er in seinen inneren Vorstellungen der Architektur des deutschen Staatsgebäudes einen völlig originalen Grundriß und Aufriß vorzeichnete, den zu verwirklichen seine politische Tätigkeit erstrebte. Hierin liegt ein welt- und geistgeschichtlich Einmaliges. Hier fließen in Adolf Hitler die blutige Welt des Krieges und die unblutige Idealwelt des Geistigen zusammen. Wie oft

hat nicht Adolf Hitler davon erzählt, welchen Einfluß auf ihn gerade während des Krieges die Schopenhauersche Philosophie auf ihn ausgeübt hat, daß er die bedeutendsten Werke dieses einzigartigen Denkers im Tornister bei sich trug und wie sehr gerade durch diesen Skeptiker eigenster Prägung die typisch Hitlersche Kombination von theoretischer Problemstellung und praktischer Wirklichkeit Gestalt erhielt.

Mit der Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat Adolf Hitler die Gegensätze der beiden weltumspannenden Ideologien des Nationalismus und des Sozialismus mit kühner Ursprünglichkeit beseitigt und im nationalsozialistischen Parteiprogramm eine totale Ausprägung letzter staats- und sozialpolitischer Möglichkeiten aus dem deutschen Rasse- und Volkscharakter geformt. Diese natürlich einfachen Skizzierungen hatten denn auch die Wucht einer letzthin alles Halbe zermalmenden genialen Neuschöpfung und erhoben mit dem Sieg vom 3o. Januar 1933 den aus Künstlertum und Soldatentum erstandenen Parteigründer und Parteiführer Adolf Hitler zu dem das Dritte Reich gestaltenden Staatsmann unserer Nation.

Was Adolf Hitler in den Jahren seit 1933 zur Sicherung der großen Substanzwerte unseres Volkes im Dienste unserer Rasse, unseres Bodens, unserer Arbeit, unseres Staates und unserer nationalen Ehre getan hat, berechtigt uns zu der Feststellung, daß es in der ganzen deutschen vieltausendjährigen Geschichte kein Gegenstück zu Adolf Hitler gibt, daß keiner unserer Kaiser oder Staatsmänner jemals in so kurzer Lebensspanne ein so Außerordentliches an Leistungen für sein Volk vollführt hat, das er aus der tiefsten Tiefe unserer Nation zum Range einer unvergleichlichen Weltmacht empor entwickelt hat. Demgegenüber als einem evidenten Faktum versagt alle feindliche oder gehässige Kritik. Was waren wir Deutschen im November 1918, und was waren wir durch Adolf Hitler 1939?

20.4.1943

Daß diese Wiederaufrichtung unseres Volkes den verstärkten Haß unserer Todfeinde erzeugte, war klar. Als daher im September 1939 der Krieg um Sein oder Nichtsein unseres Volkes ausbrach, da wurde in diesem Entscheidungsringen Adolf Hitler nun auch der große Feldherr. Heute stehen die deutschen Truppen als die Herren Europas in einem gigantischen Ringen um die Durchsetzung der Lebenskraft unseres Vaterlandes. Nichts wird diesen ehernen Block von entschlossenster Siegessicherheit zerschlagen, niemand wird die deutsche Fahne herabholen, niemand das deutsche Schwert brechen, - dies wissen wir, dies ist das Zeichen der Stunde.

In dieser fünffachen Ausstrahlung als Künstler, Soldat, Parteiführer, Staatsmann und Feldherr ist daher all' unser deutsches Vermögen, all' unser Hoffen und Planen in einem Manne versammelt und geballt. Die Persönlichkeit Adolf Hitlers ist damit zur offensichtlichsten Gestalt der deutschen Willenshaltung in dieser Zeit, sein Schicksal zu unser aller Schicksal geworden. Die heutige Feier vereint uns in diesem Bewußtsein und in diesem Gedenken. Vom Dnjepr, Donez bis Tunis, von den Pyrenäen bis zum Nordkap steht die Front der Deutschen heldenmütig, unbesiegbar, würdig, den größten Vorbildern unserer nationalen Geschichte an die Seite gestellt zu werden. Wir alle richten uns immer wieder an Adolf Hitler auf. Was immer Schweres im Verlaufe dieses Krieges geschah, welche Not, Last und Sorge aus diesem Geschehen uns immer entgegentraten, - wir haben alles überwunden dank seiner einzigartig klaren Ruhe und nach Normalmaß menschlicher Fähigkeiten kaum mehr faßbaren stolzen Siegessicherheit. Adolf Hitler der totale Krieger des deutschen Volkes, er wird der totale Sieger ~~des deutschen~~ unserer Nation sein. In den kommenden Jahrhunderten werden die Lieder unseres Volkes ebenso wie die Kunstwerke der Bühne und der Bildung die Gemälde und Plastiken, nicht anders als die wissenschaftlich-historischen Werke diese Epoche Adolf Hitlers immer wieder in das Bewußtsein unseres Volkes bringen. Man wird dann erschauern vor

der Gewalt eines Mannes, der die ganze Welt in Bewegung gehalten hat.

Dabei ist das Großartige, daß er alles, was jetzt geschieht, in seinem Buch "Mein Kampf" mit visionärer Klarheit vorausgeplant, programmatisch niedergelegt und geradezu prophezeit hat, ob es sich nun um die Auseinandersetzung des Deutschtums mit dem Judentum oder dem Bolschewismus, mit der Weltplutokratie oder dem Parlamentarismus handelt, ob man die Fragen der Beseitigung des deutschen Parteienunwesens und des inneren politischen und konfessionellen Haders oder die Frage des Verhältnisses der Einzelstaaten zum Gesamtreich anführt.

Adolf Hitler kann mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß er nichts im geheimen wollte, sondern offen von Anfang an der Welt dargelegt hat, daß aus dem furchtbaren Vergewaltigungsunrecht der sogenannten Friedensverträge von Versailles kein echter Friede entstehen und daß auf die Dauer einem so heroischen und gesunden, sich entwickelnden hochbedeutenden Volke wie dem deutschen der für seine Entwicklung notwendige Lebensraum unmöglich vorenthalten werden kann.

Adolf Hitler wollte diesen Krieg nicht. Er war ihm aufgezwungen durch die Angst des Weltjudentums und der Weltunterdrücker um das Wiedererstehen einer starken blühenden deutschen Macht. Auf diese Kriegshetzerklique, die Adolf Hitler in seiner großen Rede zu Saarbrücken im Beginn des Jahres 1939 vor der Weltöffentlichkeit demaskierte, auf sie fällt die Schuld für die Opfer, für die Tränen und für all' das Leid, das aus dem Wahnsinn der englisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland vom Sept.1939 als Folge erstand und noch ersteht. Es ist die infamste Weltlüge, die je von Judengehirnen ausgedacht wurde, zu sagen, daß man diesen Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur darum führe, um Adolf Hitler

20.4.1943

und seine nationalsozialistische Bewegung zu beseitigen. Hat man nicht denselben Trick während des Weltkrieges von 1914 bis 1918 anzuwenden versucht, war es damals nicht Kaiser Wilhelm, der angeblich beseitigt werden sollte und nach dessen Beseitigung man dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit versprach? War es nicht damals das Argument, daß das angeblich so tyrannische Regiment einer demokratisch-parlamentarischen Neugestaltung in einer deutschen Republik weichen müßte, um einem gesegneten Frieden für das deutsche Volk, dem niemand in der Wekt etwas Schlechtes anhaben wollte, den Weg zu bereiten? War es nicht diese unausgesetzte Methode des Werbens für eine Weltversöhnung, mit der schließlich im November 1918 ebenso engstirnige wie verbrecherische Revolutionshelden durch ihren Novemberumschwung das deutsche Elend bereiteten?

Umso wichtiger ist es, daß wir gerade an den persönlichsten Tage Adolf Hitlers, an seinem Geburtstage, gerade auch dieser persönlichen Bezogenheit Adolf Hitlers zu uns, zum deutschen Volke und des deutschen Volkes zu Adolf Hitler mit besonderem Nachdruck gedenken. Weit mehr als je einer der Repräsentanten unseres deutschen Gemeinschaftsschicksals ist er es, der, aus der Mitte unseres Volkes stammend, berufen ist, unser großes gemeinsames Schicksal zu meistern. Das gewinnend Einfache, das sympathisch Volkstümliche, das unkompliziert allgemeinverständlich Klare an Adolf Hitlers Wirken brachte ihm von jeher gerade diese unmittelbare Beziehung zu jedem Volksgenossen. Und wenn unsere Feinde glauben, daß sie mit einer solchen persönlichen Hitler-Propaganda das deutsche Volk wiederum zur Ohnmacht oder zur Waffenniederlegung veranlassen könnten, so muß ihnen gerade am Geburtstag

des Führers aus dem ganzen deutschen Volke die eindrucksvollste Abfuhr dadurch werden, daß wir uns inniger und stolzer denn je zu Adolf Hitler als der führenden Persönlichkeit unseres deutschen Schicksals bekennen. Das deutsche Volk wird sich von Adolf Hitler ebenso wenig trennen wie Adolf Hitler vom deutschen Volke. Und die deutsche Wehrmacht wird sich von ihrem obersten Befehlshaber, der sie ja geschaffen hat, der sie mit seinem Geist erfüllt und sie zu den größten Siegen der deutschen Kriegsgeschichte geführt hat, nicht trennen, sondern die disziplinierste Waffenhaltung bis zum Äußersten gewährleisten.

Daher ist alle Hoffnung unserer Feinde vergeblich, diese innere und stahlharte Geschlossenheit und Entschlossenheit des deutschen Volkes um seinen Führer Adolf Hitler in ein weltdemütiges, ohnmächtiges Friedensgesäusel oder eine die Kapitualation vorbereitende Unsicherheit aufzulösen. Unser Glaube ist es, daß ein Mann wie Adolf Hitler dem deutschen Volke nicht anders geschenkt wurde als zum größten Siege unserer Nation.

Zu diesem Bekenntnis vereinen sich heute die Deutschen des Generalgouvernements mit besonderer Herzlichkeit. Wir sind ja hier des Führers ureigenes Land. Während andere Teile des Großdeutschen Reiches schon als Land oder Provinz oder Stadt bestanden, lange bevor Adolf Hitler kam, beginnt die Existenz des Generalgouvernements mit dem Gründungsakt, den Adolf Hitler vollzogen hat. Wir haben keine eigenländische Tradition, die irgendwie älter wäre als der dieses Nebenland erzeugende Entschluß unseres Führers. Das Generalgouvernement ist ein territoriales Kriegskind und damit nach Beginn des Freiheitskrieges 1939 der erste imperiale Ausdruck unseres Sieges. Diese ausgeprägte eigenartige Tradition verbindet uns daher

mit dem Führer ganz besonders. Wir sind ein Hitlerland, nicht anders als die dem Deutschen Reich hinzu gewachsenen "Adolf-Hitler-Koog" genannten neues Siedlungsland bildenden Inseln. An seinem Geburtstag müssen wir uns daran erinnern und ihm besonders dafür danken, daß er Tausenden und Abertausenden von Deutschen Gelegenheit gegeben hat, sich in diesem Lande als seine getreuen Männer zu bewähren.

Das Generalgouvernement ist ein nationalsozialistisches Kriegsterritorium, in dem auch unsere nationalsozialistische Bewegung zum ersten Mal in der eigenartigen Form des Arbeitsbereiches kraftvoll in Erscheinung getreten ist. Wenn wir heute schon Tausende von deutschen Kindern in unserem Generalgouvernement in unsere eigenen Hitlerjugend-Verbände übernehmen, wenn gerade Jugendliche im Zusammenhang mit dem Geburtstag des Führers in diesem Raum in unsere eigene Parteiorganisation übernommen werden können, so freut uns das besonders herzlich. Denn es ist das Zeichen dafür, daß sich das deutsche Leben genau so, wie es sich Adolf Hitler wohl bei der Gründung dieses Landes dachte, trotz aller unsäglichen Hemmnisse, Schwierigkeiten und Auswirkungen weiter in zunehmendem Maße vertieft und daß sich dieses Land immer mehr zur Heimat für deutsche Menschen entwickelt.

Die Beziehung zu Adolf Hitler prägt sich aber auch staatsrechtlich besonders aus. Auch hierin sind wir ja ein besonderes Hitlerland, daß nicht nur die Gründung unseres Nebenlandes und seine gesamte Tradition ausschließlich auf Adolf Hitler zurückgeht, - auch im fortwährenden staatlichen und parteilichen Wirken in diesem Raum sind wir, völlig abweichend von anderen Teilen des Großdeutschen Reiches, mit Adolf Hitler besonders verbunden. Die Regierung des Generalgouverneurs untersteht dem Führer unmittelbar und ausschließlich. Sonach ist hier eine besonders intensive

20.4.1943

Beziehung zu ihm und seinem Staatswirken gegeben, die uns in diesem Gebiet auch besonders verpflichtet, uns zu bewähren.

Dieses Nebenland Generalgouvernement hat zum ersten Male seit der Machtübernahme eine völlig eigenartige Verwaltungsführung erhalten, die sich denn auch nach dem Grundsatz der totalen Einheit der Staatsgeschäfte und der klaren Zuständigkeitsverteilung wie der fachlichen Persönlichkeitsautorität besonders bewährt. Dieses ausschließlich und direkt unter dem Führer Stehen ist daher eine besondere Verpflichtung für unsere Leistung. Das Generalgouvernement freut sich, als ältestes Nebenland des Großdeutschen Reiches dem Führer an seinem Geburtstag die feierliche Verpflichtung ablegen zu können, daß es auch in dem neuen Lebensjahr des Führers ihm, wo und wie es nur geht, helfen wird, den Sieg zu erkämpfen.

Wir sind nicht gewohnt, lange zu fragen und herumzudoktern, mußten wir doch vom ersten Tag an in diesem Raume unmittelbarst mit völlig ungewohnten und unerfahrenen Schwierigkeiten ohne jedes Vorbild originell fertig werden. Und wir haben die Probleme gemeistert. Niemand hat uns vorgedacht, niemand uns vorgewirkt; wir mußten uns aus Eigenem den Weg erkämpfen. Daß es geglückt ist, verdanken wir nur dieser unmittelbaren und ausschließlichen Unterstellung unter den Führer, die uns stets die intensivste Energieverbundenheit mit Adolf Hitler gewährleistet.

Und so leben wir hier im Generalgouvernement auch nur seinem Werke wie allüberall im Großdeutschen Reiche. Das Generalgouvernement ist in seinem Bestande aufs engste mit dem Kriegsschicksal verbunden. Es hat keine eigenen Zukunft vor sich, die irgendwie anders wäre als die des gesamten großen deutschen Kampf-

20.4.1943

raumes. Es hat keine irgendwie von den diesem Raum gestellten Aufgaben abweichende Sondermissionen. Wenn wir in den notwendigsten Auswirkungen unseres staatlichen und völkischen Daseins diese klar umrissene Eigenposition einnehmen, dann nur, weil diese Eigenposition allein die restlose und totale Erfüllung der uns für Führer und Reich gestellten Aufgaben ermöglicht. Jede Verwischung wäre hier vom Übel. Der Führer weiß, warum er uns diese Sonderrechte gab: sie sind nämlich nichts anderes als der Ausdruck unserer ganz besonders markanten Sonderpflichten. Was das Generalgouvernement an wirklich großen Leistungen dem Deutschen Reich, dem deutschen Volk und der deutschen Wehrmacht in jedem Hinblick gegeben hat, ist ein starker Posten in der Gesamtbilanz dieses Krieges.

So treten wir Deutsche des Generalgouvernements am heutigen Tage in die Reihen der Gratulanten vor den Führer. Mit reinem Gewissen stehen wir vor diesem einzigen Manne und sagen ihm: unser Führer, haben Sie Dank für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, bleiben Sie auch fernerhin den Deutschen des Generalgouvernements der Beschützer und gnädige Förderer.

Jeder Krieg bringt seine dunklen Stunden, bringt jene Nächte des Grauens und des Zweifels, der sorgenden drückenden Last und der Rückschläge. Kein Krieg ist ein reiner Siegeszug über geglättete Bahnen. Die Freiheit und der Lebensraum werden einem Volke nicht geschenkt, wie man eine überreife Frucht mühelos vom Baume pflückt, sondern durch Wüsten und Sümpfe, durch Sonnenglanz von Siegesstrahlen, durch aschfahle Dämmerung von Rückschlägen geht mühevoll, blutig, hart und verzehrend der heiße, brennende Strom des Umbruches aller Zeiten seinen unberechenbaren Weg. Er hinterläßt

verbrannte Länder, zerstörte Häuser, Ruinen, Gräber, Leiden, Schmerzen, Tränen, Hunger, Krankheit und Nöte aller Art. Der Krieg ist die gräßliche Furie, die immer wieder die Menscheit heimsucht und gegen die offensichtlich das für alle Zukunft heilende Gegenmittel von Gott uns vorenthalten wird. Was hat man nicht alles gedacht und gesorgt im Laufe der Jahrtausende, um den Krieg als Mittel völkischer Auseinandersetzungen auszuschalten? Wie mühten sich nicht die besten Geister unseres Volkes immer wieder, einen Weg zu finden, um ihn irgendwie undenkbar oder unmöglich zu machen!

Aber neben diesen grauenhaften Einzelbildern des Krieges steht doch auch das leuchtend erhebende Grundgesetz allen Lebens, daß nichts Großes auf der Welt wird, es sei denn durch den Einsatz aller und von allem. Unser Volk hat nun diesen letzten höchsten Einsatz in die Schale des Schicksals gelegt: alles, was wir besitzen an Gut und Blut, an Kraft und Energie, an Männern, Frauen, Werten und Leistungen, an Waffen, Wehr und Werken ohne Zahl, - alles haben wir feierlich durch Adolf Hitler dem ewigen Geschick in seine Schale gelegt. Und nun harren wir der Stimme des Ewigen.

Wie groß war nicht der Jubel in den feindlichen Ländern im letzten Winter, als es der sowjetischen Übergewalt gelungen war, unter Ausbeutung des Winters und mit der Überzahl ihrer Horden uns die Rückschläge von Stalingrad und im Kaukausus zu versetzen. Da jubelte man schon und dachte, das Ende Adolf Hitlers und seines Volkes sei gekommen. Aber es kam anders: heute weht die deutsche Flagge wieder in Charkow, die deutsche Front im Osten steht und wird sich aller Voraussicht nach wieder gegen Osten in Bewegung setzen.

20.4.1943

Und dann wird die Stunde kommen, da dieser gewaltigste Koloß aller Zeiten, den die Bolschewiken aufgerichtet haben, von unserem Heldenvolk zerschlagen wird. Dann wird auch ein großer Frieden kommen. Alles, was geopfert worden ist, wird Segen tragen, die verbrannte Erde wird Früchte bringen, die Kinder werden aus unserem Volk erstehen und das Werk ihrer Väter fortsetzen. Dieses herrliche große Reich der Denker und Dichter, der gewaltigen Geistesheroen unserer Nation wird ebenso blühen wie das machtvolle Staatsgebilde, dem die besten Soldaten der Welt, die deutschen, und die besten Staatsmänner voranmarschieren werden. Das ist unser Glaube.

Wenn wir Adolf Hitler sehen, wie er in seiner bebescheiden-schlichten, harten und selbstbewußten Klarheit unbeirrbar durch nichts abgehalten werden kann, uns diesen Weg in die Zukunft unseres Volkes voranzuschreiten, wird es einen Deutschen geben, der ihm nicht folgt? Wo wäre jemals in unserer Geschichte ein so unerhörter Zug gewesen wie dieser, da uns der stärkste Mann die Fahne voranträgt, sieghaft, tapfer, das Zeichen des Sieges auf der Stirn und die Gnade des Ewigen über sich? Nach seinem Vorbild wollen wir handeln und leben; geloben wir uns das immer und immer wieder. Großdeutschland will große Deutsche der Gesinnung, der Haltung und des Opfermutes nach. Wer heute das tapfere Bewußtsein unserer Soldaten erlebt, wer an die Hunderttausende denkt, die ihr Ringen um Deutschlands Freiheit mit ihrem Leben bezahlten, wer an die Tausende und Abertausende denkt, die in den Lazaretten ihre Schmerzen als Opfer für Deutschland tragen, wer an die unzählbaren Massen deutscher Männer und Frauen denkt, die Tag und Nacht am deutschen Siege hämmern und schmieden und arbeiten, wer dieses starke,

mutvolle Sichaufbäumen sieht, mit dem wir dieser großen Zukunft unseres deutschen Landes Arm in Arm entgegenschreiten, der weiß, daß der Mann, der diese Energien entfacht und durchhält, selber seine Energie von Gott erhalten hat. Denn alles läßt sich technisch denken, nur nicht die Persönlichkeit; alles läßt sich maschinell in Bewegung setzen, nur nicht das Herz, und alles läßt sich mathematisch werten, nur nicht das Gehirn.

Adolf Hitler ist das größte Wunder der deutschen Geschichte. Pflegen wir diesen Mann wie einen uns vom Schicksal gesandten. Wir wissen, daß er ein Auserwählter ist, und glauben, weil er uns wurde, auch an die göttliche Bezogenheit unseres Schicksals. Er selber ist der größte Mensch der deutschen Geschichte. Solange er atmet, haben wir die sieghafte Zukunft. Meistern wir die Gegenwart, ehren wir die Vergangenheit! Wenn er einmal nicht mehr sein und dereinst dem für alle Menschen geltenden Gesetz des Wiedervergehens folgen wird, dann wird mit der unvergleichlichen Trauer um ihn auch eine Liebe zu diesem Manne aufflammen, aus der sich das deutsche Volk noch durch Jahrtausende immer wieder fast wie aus einem geheimnisvollen Mythos heraus das Vertrauen zu sich selbst und die Stärke in grimmigsten Zeiten holen wird.

Adolf Hitler wird nicht durch eine Krone aus Metall gekrönt, sondern durch den sieghaften Kampf, den er für sein Volk auf sich genommen hat. Daß das deutsche Volk ihm in diesem Kampf bis zum Äußersten folgt, macht dieses Volk zum Souverän seines Geschickes. Es adelt diese deutsche Nation, daß sie dem Höchstberufenen aus ihren Reihen bis zum letzten Blutstropfen folgt. Es ehrt uns, und daß wir diesem von allen Juden und Menschheitshassern der ganzen Welt meist gehaßten und verleumdeten Mann reinen Herzens gehorchen, gibt dem deutschen Volke auch das Anrecht, andere

Völker zu führen.

Aber nicht nur Deutschland gestaltet Adolf Hitler. Im Verein mit seinen Verbündeten, vor allem mit dem kongenialen Gestalter des neuen italienischen Imperiums Benito Mussolini und seinem Faschismus gestaltet er auch Europa. Das Generalgouvernement ist ein Stück dieses werdenden neuen Europas. Was wäre wohl aus den Polen geworden, wenn nicht Adolf Hitler seinen schützenden Schild auch vor dieses Volk gegen die Bolschewiken gehalten hätte! Es wäre keinem Polen anders ergangen als den Tausenden und Abertausenden heimtückisch ermorderter Offiziere der früheren polnischen Armee, die unlängst durch einen schicksalhaften Fingerzeig in ihren stummen Gräbern bei Smolensk aufgefunden wurden. Ein Schmerzensschrei geht durch die Kulturmenschheit. Mögen die Polen daraus erkennen, was der Kampf bedeutet, den das deutsche Volk unter Einsatz seines besten Blutes gegen die bolschewistischen Massenmörder führt! Hier ist der Schmerz schon groß über einige Tausende. Aber wieviele Hunderttausende hat das deutsche Volk schon im Kampf gegen den Bolschewismus geopfert!

Wenn sich hier die polnische Bevölkerung am Leben befindet und, wenn auch unter allen möglichen Kriegsdrangsalen, immerhin doch unter Aufrechterhaltung von Familie, Kultur, Glauben arbeitet und ihr Dasein entwickelt, so darf die deutsche Führung darauf verweisen, daß das deutsche Volk hier auch den fremden Volkstümern, den Polen und Ukrainern vor allem, volle Gerechtigkeit zuteil hat werden lassen. Ich nehme an, daß sich gerade aus diesem Erlebnis in Smolensk heraus der loyale, d.h. der weitaus überwiegende Teil der fremdvölkischen Bevölkerung des Generalgouvernements noch intensiver als bisher in der Arbeit für die gemeinsame europäische Sache im Dienste des Krieges betätigen wird. Seit Smolensk sind viele Voraussetzungen geschaf-

fen, das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Fremdvölkischen auch im Generalgouvernement günstiger und aufgeschlossener zu gestalten, als es vielleicht bisher der Fall war. Was an der deutschen Führung liegt, hierzu beizutragen, wird geschehen. Im übrigen aber sei allen unverbesserlichen, vor allem unter dem Einfluß von Feinden stehenden Übeltätern gesagt: in nichts wird die Energie der deutschen Führung dieses Raumes nachlassen, mit Unruhestiftern und Verbrechern aller Art so rücksichtslos und nachdrücklich wie nur möglich fertig zu werden.

Eine besondere Anerkennung verdienen dabei die Hunderttausende von fremdvölkischen Arbeitern, darunter auch Polen und Ukrainer, die sich zur Arbeit nach Deutschland begeben haben oder hier in kriegswichtigen Industrien und Unternehmungen arbeiten. Wir werden versuchen, mit aller Kraft ihre Lebensverhältnisse, vor allem ihre Ernährungsverhältnisse so zu bessern, wie das nur irgendwie unter den Kriegsumständen möglich ist.

Das deutsche Leben aber soll sich im Generalgouvernement weiter entwickeln und dazu beitragen, das Generalgouvernement immer des Führers würdiger zu machen. Dies Gelöbnis sei am Geburtstage des Führers 1943 feierlich erneuert! Adolf Hitler! Die Deutschen des Generalgouvernements heben die Hände zu Gott dem Allmächtigen und erflehen von ihm an Deinem Geburtstag Dein Heil, und den ewigen Segen für Dich zum Siege unserer Waffen, unseres deutschen Lebens.

--

20.4.1943

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Mittwoch, den 21. April 1943

bis

Freitag, den 30. April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.